OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Juni 2023

Sicherheit durch Stabilität.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666*
Schriftleitung	*Birgit Niessner, Johannes Turner*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2023

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 16. Juni 2023

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Die globale Wachstumsdynamik geht zurück 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: 2023 startet mit höherem Wachstum und geringerer Inflation 11

Österreich: Konjunkturbelebung nach Stagflationsphase 14

Entwicklungen aus der Finanzstatistik 16

Erholung im Reiseverkehr sorgt für positive Leistungsbilanz Österreichs im Jahr 2022 17

Spezielle Kurzanalysen 20

China's post-zero-Covid rebound 21

Annex 26

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023 27

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 25. April bis 2. Juni 2023 35

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 39

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Nach einer deutlichen Abkühlung Ende 2022 nahm die Dynamik der Weltwirtschaft Anfang 2023, getragen durch die Schwellenländer, wieder Fahrt auf. Die Entwicklung der Industrienationen bleibt weiterhin durchwachsen. Das globale Wachstum wird laut OECD von 3,3% im Jahr 2022 auf 2,7% im Jahr 2023 fallen und sich danach auf 2,9% beschleunigen. Der zugrunde liegende Preisdruck wird 2023 zwar erhalten bleiben, jedoch rechnet die OECD aufgrund der rückläufigen Energiepreise mit einem Rückgang der globalen Inflationsrate auf 6,6%. In den USA setzt sich der Inflationsrückgang trotz robuster Arbeitsmarktentwicklungen fort. Die seit Sommer 2022 beobachtbare Wachstumsschwäche der US-Wirtschaft wird sich laut OECD aber fortsetzen, womit das reale BIP-Wachstum 2023 nur 1,6% betragen wird. Nach einem starken ersten Quartal dürfte sich auch die Wachstumsdynamik in China einbremsen. Der Beitrag des Immobiliensektors liegt deutlich unter seinem historischen Durschnitt und auch sinkende Preise bei für China wichtigen Rohstoffen untermauern diese Einschätzung. In ihrer aktuellen Prognose geht die OECD von einem Wachstum von 5,4% für 2023 aus. Der aktuelle globale Ausblick ist durch Unsicherheiten über die Auswirkungen der raschen geldpolitischen Normalisierung und der Verunsicherungen im Bankensektor geprägt.

Für die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) erhöhte die Europäische Kommission ihre Wachstumsprognose für 2023 auf 1,2% im Mai (von 0,9% im Februar) und für 2024 von 2,5% auf 2,8%. Die durchschnittliche Inflationsrate sank im April 2023 auf 13,7% und erreicht ihren niedrigsten Wert seit einem Jahr.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum hat im ersten Quartal 2023 sowie schon im 4. Quartal 2022 stagniert. Die Entwicklung in den Euroraumländern war heterogen: So rutschte Deutschland, das unter rückläufigen China-Exporten und einer Schwäche der Automobilindustrie leidet, in eine technische Rezession (-0,3% im ersten Quartal 2023 nach -0,5% im vierten Quartal 2022). Die HVPI-Inflationsrate des Euroraums setzt ihren seit Oktober 2022 anhaltenden Abwärtstrend fort und betrug im Mai 6,1%. In ihrer Frühjahresprognose geht die Europäische Kommission von einem BIP-Wachstum von 1,1% für 2023 und 1,6% für 2024 aus. Die Inflationsprognose wurde aufgrund des höher als erwarteten Lohnwachstums und anhaltend hoher Nahrungsmittelpreise nach oben revidiert (2023: 5,8%, 2024: 2,8%). Abwärtsrisiken für das Wachstum ergeben sich aus einer weiteren Straffung der Geldpolitik, Turbulenzen im Bankensektor, zunehmenden geopolitischen Spannungen und erneuten Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Energiepreise und -versorgung.

Die OeNB erwartet in ihrer jüngsten Prognose vom Juni 2023 eine Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr und ein BIP-Wachstum von 0,5% im Jahr 2023. 2024 wird sich das Wachstum auf 1,7 % beschleunigen. Die HVPI-Inflation erreichte energiepreisgetrieben mit 8,6 % im Jahr 2022 ihren Höhepunkt. Der Preisauftrieb wird sich in den Jahren 2023 bis 2025 abschwächen, aber auch 2025 mit 2,9 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Während von den Energiepreisen keine nennenswerten Beiträge zu erwarten sind, bildet sich die Inflation im Dienstleistungsbereich nur langsam zurück, weshalb die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) im Jahr 2024 mit 5,1 % um 1 Prozentpunkt über der HVPI-Rate liegen wird. Der Arbeitsmarkt ist von anhaltendem Arbeitskräftemangel gekennzeichnet. Daher wird für das Jahr 2023 trotz der Konjunkturschwäche nur mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 % gerechnet. Bis 2025 wird die Arbeitslosenquote auf knapp über 6 % sinken. Trotz Stagflation geht der Budgetsaldo im Jahr 2023 aufgrund des Auslaufens temporärer Fiskalmaßnahmen (insbesondere der COVID-Krisenmaßnahmen) auf -2,6 % des BIP zurück. Die Schuldenquote wird vor allem aufgrund des inflationsbedingt hohen Wachstums des nominellen BIP von 78,4 % im Jahr 2022 auf 70,9 % im Jahr 2025 sinken.

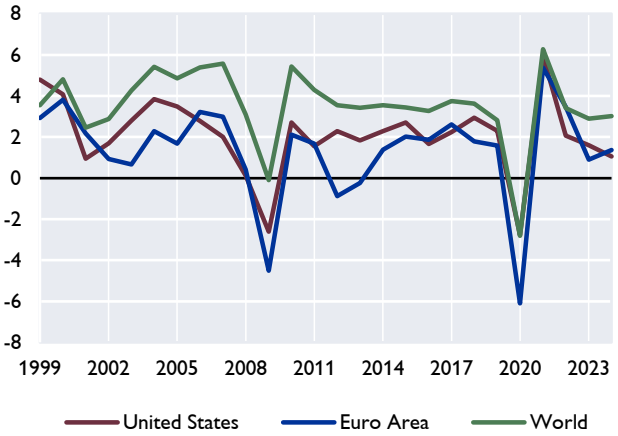
[1] Autor: Richard Sellner (Referat Konjunktur)

Die globale Wachstumsdynamik geht zurück[2]

Weltwirtschaft: Wirtschaftswachstum fragil und schwach

Am aktuellen Rand wird für die Weltwirtschaft weiterhin mehrheitlich ein stetiges, wenngleich schwaches und fragiles, Wachstum erwartet. Am Ende des letzten Jahres hatte die weltwirtschaftliche Entwicklung eine deutliche Verlangsamung erlebt. Diese rückläufige Dynamik hatte sich im ersten Quartal umgekehrt, wobei aber noch immer nicht von einem starken Aufschwung gesprochen werden kann. Dazu kommt noch, dass der Umschwung vor allem von der Entwicklung in Schwellenländern getragen wird, während die Entwicklung in wichtigen Industriestaaten, wie etwa den USA oder Deutschland, weiterhin vergleichsweise durchwachsen verläuft. Die OECD rechnet in ihrer aktuellen Prognose mit einem Wachstum von 2,7% in diesem Jahr, das sich bis 2024 auf 2,9% erhöhen soll. Die ist eine spürbare Verlangsamung im Vergleich zu den 3,3% die noch 2022 zu beobachten gewesen waren.

Welt GDP
Wachstum im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Macrobond, IMF. *Pronose: OECD EO Juni 2023.*

Positiver sind die Nachrichten aus dem Bereich der Inflation. Der Rückgang der Energiepreise in den letzten Monaten hat die Inflationsrate und damit auch den unmittelbaren Druck auf die Haushaltseinkommen zuletzt ein wenig abgemildert. Die stark kontraktive geldpolitische Reaktion schlug sich darüber hinaus in vielen Ländern auch bereits in einer fallenden Hauspreisentwicklung. Außerdem zeigt die Nominallohnentwicklung vielerorts – ungeachtet der weiterhin äußerst robusten Arbeitsmärkte – bereits deutliche Zeichen einer Stabilisierung. Zusammenfassend lässt sich die gegenwärtige Situation durch eine reduzierte Headline-Inflationsrate charakterisieren, während die Kerninflationsrate und damit der zugrundliegende Preisdruck weiterhin recht robust bleiben. Die OECD rechnet für 2023 mit einem deutlichen Rückgang der globalen Inflationsentwicklung auf 6,6%.

Generell wird das aktuelle Umfeld allerdings von einem außergewöhnlich hohen Grad an Unsicherheit dominiert. Die multiplen Krisen der letzten Jahre wirken weiter. Mangelende Erfahrungswerte über die Auswirkungen des ungewöhnlich schnellen und starken geldpolitischen Umschwungs erschweren dabei den Ausblick deutlich. Der Zusammenbruch von zwei regionalen US-Banken sowie die Notübernahme der strauchelnden Schweizer Großbank Credit Suisse haben zu Verunsicherung an den Finanzmärkten geführt. Diese wurde durch die hausgemachte Krise um die Erhöhung des US-Schuldenlimits noch einmal verstärkt. Auch wenn der Streit um die Erhöhung der Schuldengrenze für den US-Haushalt beigelegt ist und auch die unmittelbare Bankenkrise eingedämmt zu sein scheint, ist die Nervosität weiterhin hoch.

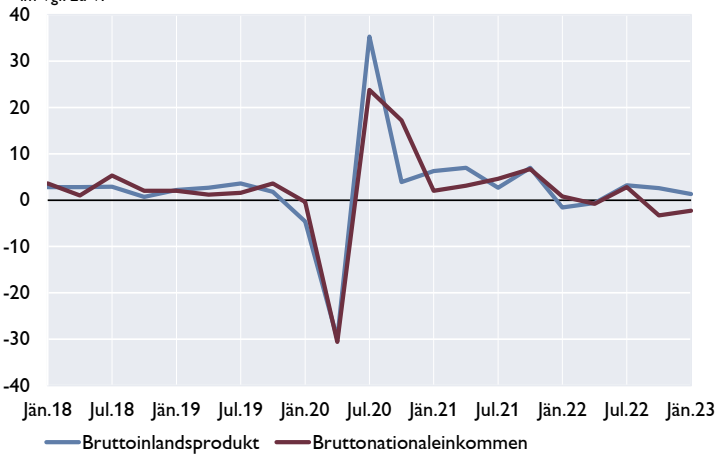
[2] Autor: Paul Ramskogler (Referat International Economics).

USA: Die Verlangsamung setzt sich fort

Gerade die USA passen gut in das Bild, das sich momentan von der Weltwirtschaft bietet. In der zweiten Veröffentlichung des BIP-Wachstums von Q1 2023 lag das Wachstum bei 1,3%. Dies liegt unter den Erwartungen und die USA setzen damit auch eine bereits in Q3 2022 begonnene Verlangsamung fort. Bemerkenswert ist dabei auch, dass das Wachstum der Bruttoeinkommen (formal nur eine alternative Vorgehensweise, um die Wirtschaftsleistung zu berechnen) bereits für das zweite Quartal in Folge deutlich negativ ausfällt. Dies kann sich durch Revisionen zwar noch ändern, es bietet aber einen gewichtigen Hinweis darauf, dass die wirtschaftliche Dynamik in den USA schwach ausgeprägt ist. Die allgemeine Erwartungshaltung ist demgemäß auch die eines weiterhin nur langsamen Wachstums. Die OECD – die die Daten für das erste Quartal bereits berücksichtigt hat – erwartet für die USA ein Wachstum von 1,6%.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttoeinkommen in den USA

im Vgl. zu VP



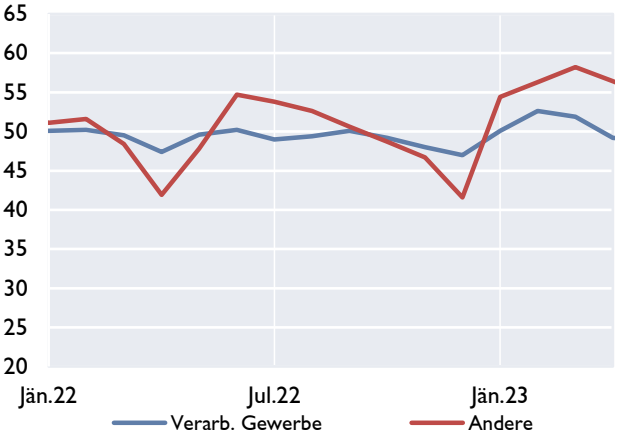
Quelle: Bureau of economic analysis.

Umso faszinierender ist der Umstand, dass die Entwicklung am Arbeitsmarkt in den USA nach wie vor äußerst robust ist. Das Wachstum der Beschäftigung zeigt wenig Schwächen und dies trägt auch zu einem konstanten Wachstum der Stundenlöhne bei. Ungeachtet dessen setzte sich jedoch der Rückgang der Inflationsrate weiterhin fort. Mit 4,0% lag die Headline-Inflationsrate laut CPI im Mai um nunmehr bereits 5,1pp. unter dem temporären Höchstwert von Jänner letzten Jahres. Die Kerninflationsrate zeigte sich aber – konsistent mit der vergleichsweisen stabilen Entwicklung der Stundenlöhne – weiterhin relativ robust und liegt mit zuletzt 5,3% nunmehr bereits den zweiten Monat in Folge über der Headline-Inflationsrate.

CHINA: PMI nach Gewerbe

Index

Letzter Wert: April. 2023



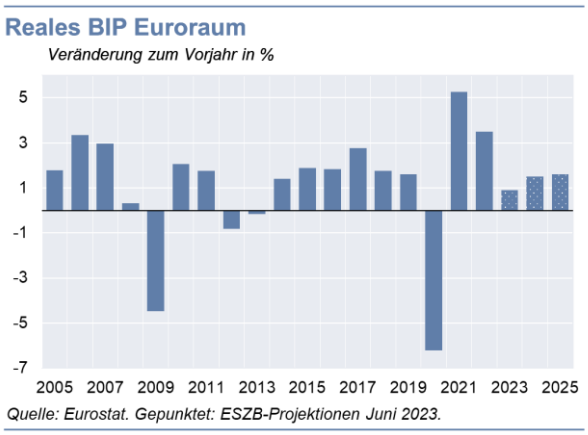
Quelle: Macrobond.

China: Nach starkem Q1 zunehmend schwächere Signale

Auch in China zeigen sich nach einem noch sehr starken Start in das Jahr zunehmende Zeichen eines schwächelnden Wachstums. Nach der Abschaffung der COVID-19-Maßnahmen zu Jahresbeginn lag das chinesische BIP-Wachstum im ersten Quartal bei überraschend hohen 4,5%. Der vorläufige PMI für Chinas verarbeitendes und nicht-verarbeitendes Gewerbe zeigt zuletzt eine Abwärtsbewegung. Es gibt einige strukturelle Schwächen. So liegt die Jugendarbeitslosigkeit in China auf historischen Höchstständen und der Immobilienmarkt – der so lange Zeit ein wesentlicher Wachstumstreiber gewesen war – ist zwar stabil, aber weit entfernt

von seiner alten Dynamik. Auch wird weithin damit gerechnet, dass die Nettoexporte weniger zum Wachstum beitragen werden als noch in der Vergangenheit. Bemerkenswert ist auch, dass es seit einigen Wochen zu einem starken Rückgang der Kupfer- und Eisenpreise gekommen ist. Es handelt sich hier um zwei essenzielle Inputgüter der chinesischen Volkswirtschaft, deren Preisentwicklung üblicherweise stark durch die Entwicklungen in China mitbeeinflusst werden. Ein Rückgang deutet darauf hin, dass auch an den Rohstoffmärkten die Entwicklung in China pessimistischer eingeschätzt wird als noch zuletzt. In ihrer aktuellen Prognose rechnet die OECD für China mit einem Wachstum von 5,4%.

Euroraum: Mittelfristig leichte Erholung erwartet[3]



Mit einem saisonbereinigten BIP-Rückgang von jeweils 0,1% im Vergleich zum Vorquartal stagnierte die Wirtschaftsleistung im Euroraum im ersten Quartal 2023 sowie im vierten Quartal 2022 de facto. Der Arbeitsmarkt zeigt sich hingegen weiterhin robust. Im April 2023 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum bei 6,5 %; ein leichter Rückgang gegenüber 6,7 % im April 2022. Die Entwicklung in den Euroraumländern war aber nicht einheitlich. Deutschland rutschte in eine technische Rezession (BIP-Rückgang -0,3 % im 1. Quartal 2023 nach -0,5 % im 4. Quartal 2022). Neben der hohen Inflation, die den privaten Konsum dämpft, leidet Deutschland weiterhin unter der Schwäche der Automobilindustrie und den rückläufigen Exporten nach China.

Das Verbraucher:innenvertrauen im Euroraum hat sich im Lauf des Jahres 2023 stetig erholt, liegt aber noch immer unter den Werten vor Beginn des Ukrainekriegs. Gleichzeitig haben sich die Erwartungen der anderen Sektoren verschlechtert, was zu einem Rückgang des Economic Sentiment Indicator, der die Erwartungen und Beurteilungen der Unternehmen und der Verbraucher:innen kombiniert, führte. Der Indikator sank im Mai 2023 um 2,5 Punkte auf 96,5 Punkte, nachdem er zuvor seit Jahresbeginn relativ stabil war.

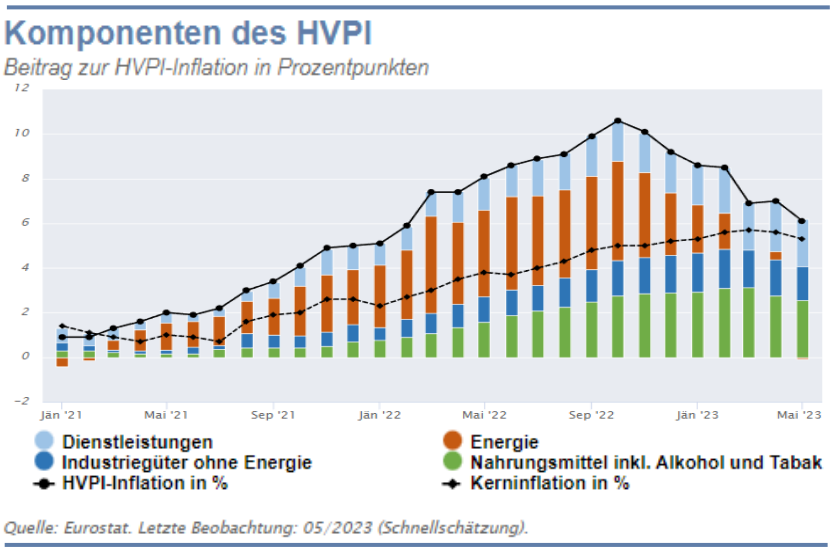
Nach dem schwachen Wachstum zum Jahreswechsel erwartet das Eurosystem in seiner Juni-Projektion eine Erholung ab der Jahresmitte. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von 0,9 % prognostiziert, gefolgt von durchschnittlichen Wachstumsraten von etwa 1½ % in den Folgejahren. Eine hohe Auslandsnachfrage, die Verringerung von Lieferengpässen, eine moderate Entwicklung der Energiepreise, ein robuster Arbeitsmarkt, der Rückgang der Inflation und eine Reduzierung der Unsicherheiten werden das Wirtschaftswachstum unterstützen. Es wird erwartet, dass die Auswirkungen der verschärften Finanzierungsbedingungen auf die Realwirtschaft begrenzt sein werden. Mittelfristig wird das Wirtschaftswachstum aber durch geringere fiskalische Unterstützungsmaßnahmen belastet. Abwärtsrisiken für die Konjunkturprognose ergeben sich aus einer weiteren Straffung der Geldpolitik, potenziellen Turbulenzen im Bankensektor, zunehmenden geopolitischen Spannungen sowie der weiteren Entwicklung des Ukrainekrieges und dessen Auswirkungen auf die Energiepreise und die

[3] Autor: Christian Beer (Referat Konjunktur)

Energieversorgung. Die Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission (2023: 1,1 %; 2024: 1,6 %) und der OECD Economic Outlook vom Juni (2023: 0,9 %; 2024: 1,5 %) kommen zu einer ähnlichen Einschätzung wie die Eurosystem-Projektionen.

Euroraum: Entspannung bei Energiepreisen dämpft Gesamtinflation; Kerninflation und Nahrungsmittelinflation ebenso leicht rückläufig[4]

Die Jahresinflationsrate im Euroraum ging im Mai 2023 laut Eurostat-Schnellschätzung auf 6,1 % zurück und setzte somit den seit Oktober 2022 anhaltenden Abwärtstrend fort. Für den Rückgang war überwiegend die Energiekomponente verantwortlich, deren Beitrag zur Gesamtinflation im März mit -0,08 Prozentpunkten sogar leicht negativ ausfiel.



Rückläufige Rohstoffpreise für Energie, insbesondere bei Erdöl und Erdgas, inflationsdämpfende Maßnahmen der Euroraumländer sowie der Basiseffekt ansteigender Energiepreise im Vorjahr trugen zum Rückgang der Energiepreisinflation bei. Den größten Beitrag zur HVPI-Gesamtinflation lieferten, wie in den vorangegangenen Monaten, die Nahrungsmittel inkl. Alkohol und Tabak. Die Nahrungsmittelinflation lag im Mai bei 12,5 %, ist allerdings seit März dieses Jahres rückläufig. Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) verlangsamte sich im Mai 2023 auf 5,3 % (nach 5,6 % im April und 5,7 % im März). Während die Dienstleistungsinflation mit 5 % weiter auf hohem Niveau bleibt (nach 5,1 % im März und 5,2 % im April 2023), ging die Inflationsrate der Industriegüter ohne Energie leicht zurück und steht nun bei 5,8 %.

Die aktuelle Euroraum-Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2023 erwartet mit 5,8 % für das Jahr 2023 und 2,8 % für 2024 eine etwas höhere HVPI-Inflationsrate als noch in der vorangegangenen Prognoserunde angenommen. Ein abnehmender Inflationsdruck von Seiten der Energiekomponente wird durch die persistent hohe Kerninflation überkompensiert. Diese wird für 2023 mit 6,1 % und für 2024 mit 3,2 % prognostiziert. Grund für die genannten Aufwärtsrevisionen ist unter anderem ein höheres erwartetes Lohnwachstum für 2023 sowie anhaltend hohe Nahrungsmittelpreise, die durch verzögerte Effekte der hohen Inputkosten sowie wetterbedingte Ernteausfälle erhöht bleiben. Durch den abnehmenden Druck der Energiepreise, die langsame Auflösung der Lieferkettenengpässe sowie der Aufwertung des Euros wird von einem Rückgang der HVPI- sowie der Kerninflationsrate bis 2024 ausgegangen. Die Leitzinserhöhungen der EZB der letzten Monate sollen durch eine Dämpfung der Nachfrage und einer Stabilisierung der Inflationserwartungen, eine Rückkehr zum mittelfristigen Inflationsziel von 2 % gewährleisten. Dieses wird laut März-Prognose der EZB im Jahr 2025 erreicht.

[4] Autorin: Karin Klieber (Referat Geldpolitik)

Umfragebasierte Inflationserwartungen, wie etwa jene der Survey of Professional Forecasters, gingen zuletzt für 2023 zwar leicht zurück, bleiben jedoch mit 5,6 % deutlich erhöht. Die mittelfristigen Inflationserwartungen liegen nach wie vor stabil nahe dem 2 %-Ziel, bei 2,2 % für 2025.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: 2023 startet mit höherem Wachstum und geringerer Inflation[5]

Wirtschaftsleistung in der Region dürfte im ersten Quartal 2023 deutlich zugenommen haben

Die veröffentlichten Zahlen zum BIP-Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) deuten auf eine überraschend robuste Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2023 hin. Vor allem in Polen fiel das Wachstum mit einem Plus von 3,8% im Vergleich zum Vorquartal unerwartet stark aus. Mit der Ausnahme von Tschechien, Ungarn, Estland und Litauen berichteten alle CESEE-Länder moderat positive Wachstumsraten, womit die Wirtschaftsleistung in der Gesamtregion recht deutlich zugenommen haben dürfte.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2022q2	2022q3	2022q4	2023q1
Bulgarien	0.6	0.5	0.5	0.5
Estland	−1.2	−1.3	−1.6	−0.6
Kroatien	1.3	−0.5	0.6	1.4
Lettland	−0.2	−1.2	1.2	0.5
Litauen	−0.7	0.7	−0.5	−2.1
Polen	−2.2	1.1	−2.4	3.8
Rumänien	0.7	1.0	1.0	0.1
Slowakei	0.2	0.3	0.3	0.3
Slowenien	0.8	−1.3	0.8	0.6
Tschechien	0.3	−0.3	−0.4	−0.0
Ungarn	0.7	−0.7	−0.4	−0.3
Gesamte Region	−0.5	0.5	−0.8	1.5

Quelle: Eurostat.

Vor allem die Außenwirtschaft und die Bruttoinvestitionen (inklusive Lagerveränderungen) haben das Wachstum gestützt. In diesen Bereichen dürften die stabile Entwicklung im Euroraum, besser funktionierende Lieferketten, die hohe Rentabilität der Unternehmen, die beginnende Inanspruchnahme von RRF-Mitteln in den meisten Ländern sowie die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung eine Rolle gespielt haben.

Die Entwicklung der hochfrequenten Aktivitätsindikatoren im ersten Quartal 2023 verlief jedoch weiter enttäuschend, wodurch weder von der Industrie noch vom Konsum bedeutende Wachstumsimpulse ausgegangen sein dürften. Das durchschnittliche Wachstum der Industrieproduktion in den CESEE EU-Mitgliedstaaten ging im März 2023 auf –2,5% zurück, womit die Produktion im Sektor im gesamten ersten Quartal um durchschnittlich –2,2% sank. Dies war der stärkste Rückgang seit dem Höhepunkt der COVID-Pandemie im Sommer 2020. Auch das Wachstum der Einzelhandelsumsätze drehte im Februar 2023 in den negativen Bereich und die Umsätze sanken im März bereits um –4,7% im regionalen Durchschnitt. Dieser Wert übertraf den Rückgang im Januar/Februar 2021, einer Zeit, in der in vielen Ländern noch Lockdowns in Kraft waren. Die Stimmungs- und Vertrauensindikatoren haben sich in den letzten Monaten zwar stabilisiert, bleiben aber vor allem in der Industrie und im Dienstleistungssektor recht deutlich hinter ihren langjährigen Durchschnitten.

Die Europäische Kommission hat ihre Wachstumsprognose zuletzt etwas erhöht. Wurde im Februar dieses Jahres für die CESEE-Region noch ein durchschnittliches Wachstum von 0,9% im

[5] Autor: Josef Schreiner (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

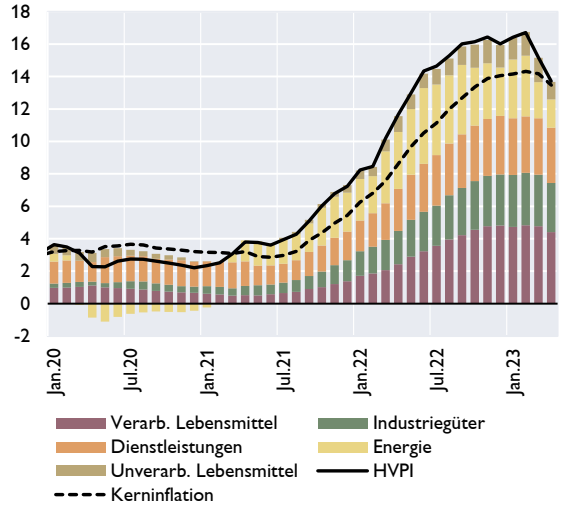
Jahr 2023 erwartet, geht die Kommission aktuell von einem durchschnittlichen Plus von 1,2% aus. Im gleichen Ausmaß wurde auch die Prognose für 2024 nach oben revidiert (von durchschnittlich 2,5% auf 2,8%). Nach einer deutlichen Heterogenität der erwarteten Wachstumsraten im Jahr 2023 (zwischen –0,4% in Estland und 3,2% in Rumänien erwartet werden), sollte die wirtschaftliche Dynamik in der Region im kommenden Jahr wieder etwas einheitlicher ausfallen.

Inflation weiter rückläufig und Preisdruck verliert an Breite

Die durchschnittliche Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten sank im April 2023 auf 13,7% und erreicht damit den niedrigsten Wert seit Mai 2022. Im Februar hatte sie noch 16,7% betragen. Der Rückgang war zu rund zwei Drittel von Energiepreisen getrieben, wo Basiseffekte nach der russischen Invasion der Ukraine im März 2022 eine zunehmende Rolle spielen. Im April fiel allerdings auch der Inflationsbeitrag von verarbeiteten und unverarbeiteten Lebensmitteln und – in geringerem Ausmaß – auch von Industriegütern und Dienstleistungen geringer aus. Dieser Trend spiegelte sich auch in der Kerninflation wider, welche im April das erste Mal seit Ausbruch der Teuerungskrise in nennenswertem Ausmaß abnahm. Der Preisdruck verliert damit an Breite. Im April wurde nur noch für knapp 30% der Positionen im Warenkorb eine steigende Inflationsrate berichtet.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

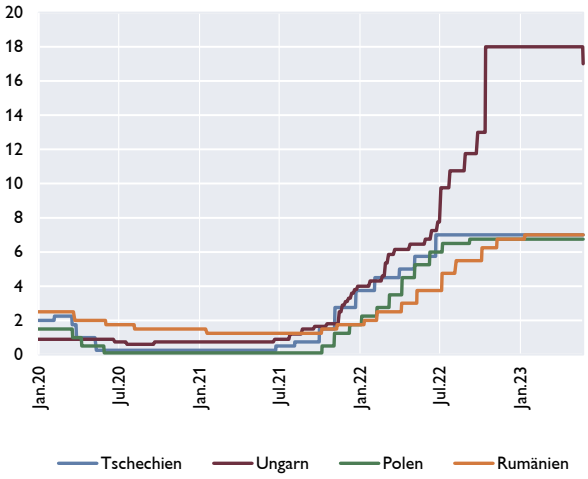
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Auch abseits der Verbraucherpreisindizes mehren sich derzeit die positiven Nachrichten. Fallende Rohstoffpreise und funktionierende globale Lieferketten wirkten sich dämpfend auf die Produzentenpreise aus. Im April 2023 nahmen die Erzeugerpreise für den Inlandsmarkt im regionalen Durchschnitt um 17,1% zu. Zu ihrem Höhepunkt im August 2022 hatte die Inflation in diesem Bereich noch knapp 46% betragen. Die Teuerungsraten bei Vorleistungen und Investitionsgütern sind bereits in den einstelligen Bereich zurückgekehrt. Auch die umfragebasierten Inflationserwartungen gingen in den letzten Monaten in allen Sektoren deutlich zurück. Bei den Konsumenten befinden sie sich aktuell auf dem tiefsten Niveau seit Anfang 2018.

Vor dem Hintergrund der Inflationsentwicklung, der Konjunkturabkühlung und der bereits sehr weitreichenden geldpolitischen Straffung haben die meisten Notenbanken der Region in den letzten Monaten von weiteren Zinsschritten abgesehen. Die ungarische Notenbank hat sogar damit begonnen erste Zinserhöhungen rückgängig zu machen. Im Mai senkte sie ihren effektiven

Leitzinssatz um 100 Basispunkte auf 17%. Der Zinssatz war im Oktober 2022 unter anderem als Reaktion auf die Schwäche des Forints um 500 Basispunkte angehoben worden. Eine Verbesserung des Risikoumfelds und eine damit einhergehende Erholung des Forints wurde folgerichtig auch als Grund für die jüngste Zinssenkung genannt. Gleichzeitig betonte die ungarische Notenbank aber weiterhin die Bedeutung straffer geldpolitischer Bedingungen für die Erreichung ihres Preisstabilitätszieles.

Österreich: Konjunkturbelebung nach Stagflationsphase [6]

Die OeNB erwartet in ihrer jüngsten Prognose vom Juni 2023 eine Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr und ein BIP-Wachstum von 0,5% im Jahr 2023. 2024 wird sich das Wachstum auf 1,7 % beschleunigen. Die HVPI-Inflation sinkt nach Spitzenwerten zu Jahresbeginn kontinuierlich, beträgt aber 2025 noch immer überdurchschnittliche 2,9 %.

In der zweiten Jahreshälfte 2022 kam der Aufholprozess nach der COVID-19-Pandemie zum Erliegen. Seitdem befindet sich die österreichische Wirtschaft aufgrund der Unsicherheiten infolge des russischen Angriffskriegs, einer geringeren Dynamik des internationalen Umfelds und des energiepreisbedingten starken Inflationsanstiegs in einer Stagflationsphase. „Wir befinden uns aktuell in einer Phase mit Nullwachstum und weiterhin hoher Inflation, aber in der zweiten Jahreshälfte nimmt die Wirtschaft wieder Schwung auf und die Inflation wird langsam sinken", kommentiert OeNB-Gouverneur Robert Holzmann die vorliegende Prognose. Im Gegensatz zu Deutschland besteht in Österreich für das Gesamtjahr 2023 zum aktuellen Zeitpunkt keine Gefahr einer Rezession. Mit der Erholung der internationalen Konjunktur im weiteren Jahresverlauf sowie dem rückläufigen Inflationsdruck wird ab dem zweiten Halbjahr 2023 wieder mit nennenswerten Wachstumsraten des realen BIP in Österreich gerechnet. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich ein schwaches Wirtschaftswachstum von 0,5 %. 2024 wird der Inflationsdruck weiter abnehmen und die Inlandskonjunktur wird zur zentralen Konjunkturstütze. Die aufgrund des österreichischen Lohnbildungsprozesses um ein Jahr verzögerte Inflationsabgeltung führt zu einem außergewöhnlich kräftigen Ansteigen der Reallöhne und damit des privaten Konsums; das Wirtschaftswachstum wird sich 2024 auf 1,7 % beschleunigen. Auch 2025 wird das Wachstum (1,6 %) von kräftigem Konsum getragen. Im Vergleich zur Dezemberprognose der OeNB ist die Prognose für das Wachstum des realen BIP annähernd unverändert.

Die HVPI-Inflation erreichte energiepreisgetrieben mit 8,6 % im Jahr 2022 ihren Höhepunkt. Der Preisauftrieb wird sich in den Jahren 2023 bis 2025 abschwächen, aber auch 2025 mit 2,9 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Während von den Energiepreisen keine nennenswerten Beiträge zu erwarten sind, bildet sich die Inflation im Dienstleistungsbereich nur langsam zurück, weshalb die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) im Jahr 2024 mit 5,1 % um 1 Prozentpunkt über der HVPI-Rate liegen wird. Der Arbeitsmarkt ist von anhaltendem Arbeitskräftemangel gekennzeichnet. Daher wird für das Jahr 2023 trotz der Konjunkturschwäche nur mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 % gerechnet. Bis 2025 wird die Arbeitslosenquote auf knapp über 6 % sinken.

Trotz Stagflation geht der Budgetsaldo im Jahr 2023 aufgrund des Auslaufens temporärer Fiskalmaßnahmen (insbesondere der COVID-Krisenmaßnahmen) auf –2,6 % des BIP zurück. Die weitere Verbesserung des Budgetsaldos im Jahr 2024 auf –1,9 % lässt sich auf die wieder anziehende konjunkturelle Dynamik und das Auslaufen der Energiepakete zurückführen. Die Schuldenquote wird vor allem aufgrund des inflationsbedingt hohen Wachstums des nominellen BIP von 78,4 % im Jahr 2022 auf 70,9 % im Jahr 2025 sinken.

[6] Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

OeNB-Prognose vom Juni 2023 für Österreich

	2022	2023	2024	2025
Wirtschaftliche Aktivität	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Bruttoinlandsprodukt	4,9	0,5	1,7	1,6
Privater Konsum	4,9	−0,2	2,3	1,6
Öffentlicher Konsum	3,6	−0,3	0,0	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,4	0,6	1,4
Exporte insgesamt	13,0	2,9	2,7	3,0
Importe insgesamt	7,8	2,7	2,2	2,6
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	0,7	1,3	1,9	2,3
Preise	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	8,6	7,4	4,1	2,9
HVPI ohne Energie und unverarb. Nahrungsmittel	5,1	7,1	5,1	2,8
Einkommen und Sparen	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Real verfügbares Haushaltseinkommen[1)]	−0,6	0,3	3,3	2,4
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	8,4	7,4	8,2	9,0
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Unselbstständig Beschäftigte	2,9	1,1	1,1	1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	3,0	0,3	1,1	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots (saisonbereinigt)			
Arbeitslosenquote gemäß AMS	6,3	6,4	6,2	6,1
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*			
Budgetsaldo	−3,2	−2,6	−1,9	−1,9
Schuldenstand	78,4	75,2	72,7	70,9

1) Deflationiert mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Quelle: Statistik Austria (2022); OeNB-Prognose vom Juni 2023 (2023-2025).

Entwicklungen aus der Finanzstatistik

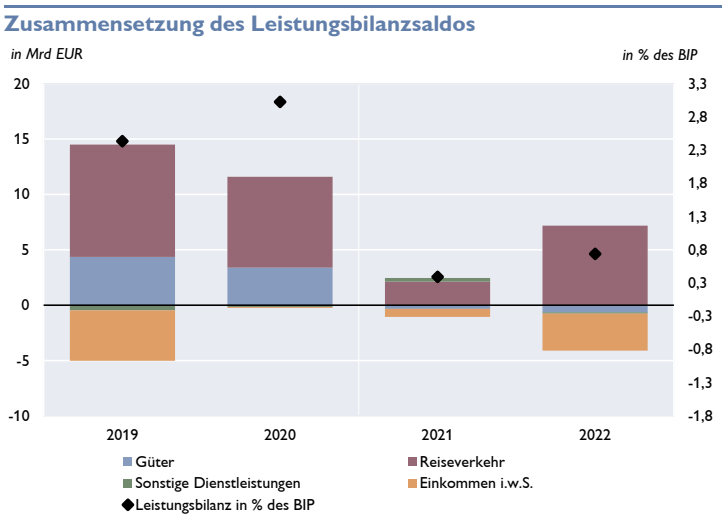
Erholung im Reiseverkehr sorgt für positive Leistungsbilanz Österreichs im Jahr 2022[7]

Im Jahr 2022 betrug die Leistungsbilanz Österreichs gegenüber dem Ausland (saldiert) nach erster Berechnung rund 3 Mrd EUR oder 0,7 % des BIP. Das ist ein deutlich positiveres Ergebnis als noch im Jahr 2021 (1,4 Mrd EUR bzw. 0,4% des BIP) und vor allem der Erholung im Reiseverkehr geschuldet, die für einen Einnahmenüberschuss in Höhe von 7,2 Mrd EUR sorgte. Demgegenüber weitete sich das Defizit aus dem internationalen Güterhandel aus (−0,6 Mrd EUR). Die Netto-Vermögensposition Österreichs gegenüber dem Ausland ist im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 9% auf 65,3 Mrd EUR gestiegen. Das Jahr 2022 war stark von Bewertungsänderungen charakterisiert, wobei die veränderte Zinslandschaft, die Kursentwicklung bei Wertpapieren sowie die Abwertung des Euro eine Rolle spielten.

Reale Außenwirtschaft

Obwohl Österreichs Außenwirtschaft im Jahr 2022 vor großen Herausforderungen stand, insbesondere einer fortgesetzten Unterbrechung von Liefer- und Produktionsketten und rasch steigenden Energiepreisen, ergeben die vorläufigen Zahlen einen positiveren und höheren Beitrag aus dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen zum Wirtschaftswachstum als noch im Jahr 2021, nämlich 6,4 Mrd EUR oder 1,4 % des BIP. Die gesamte Leistungsbilanz Österreichs, einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufenden Transfers vis-a-vis der übrigen Welt (Primär- und Sekundäreinkommen), bilanzierte deutlich positiv im Ausmaß von 3,1 Mrd EUR oder 0,7 % des BIP.

Grafik 1: Zusammensetzung des Leistungsbilanzsaldos



Quelle: OeNB, Statistik Austria.
Bis 2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten, 2022 vorläufige Daten.

Der Güterhandel ergab laut Zahlungsbilanzstatistik der OeNB ein Einnahmendefizit in Höhe von –0,6 Mrd EUR. Die Differenz zwischen dem Wachstum der Importe und jenem der Exporte hat sich zwar im Vergleich zum Jahr 2021 verringert, die Importe wuchsen aber weiterhin unter

[7] Autor:innen: Predrag Ćetković, Thomas Cernohous, Patricia Walter (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

dem Eindruck steigender Preise für Energie- und Brennstoffe stärker. Gegenüber dem Jahr 2019, als Maßstab für die nominellen Werte vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine, bedeutet das ein Wachstum der Importe um rund 35% bzw. der Exporte um rund 31%. Positiv auf die Güterhandelsbilanz ausgewirkt haben sich vor allem die Transithandelserträge (11,6 Mrd EUR) sowie jene Erträge, die aus dem Warenverkehr im Zuge internationaler Produktionsketten stammen (5,2 Mrd EUR).

Die Reiseverkehrseinnahmen Österreichs betrugen im Jahr 2022 nach erster Schätzung 18,2 Mrd EUR. Das stellt eine enorme Erholung im Vergleich zum Jahr 2021 dar (8,4 Mrd EUR), das noch von Schließungsmaßnahmen im Zuge der Eindämmung der COVID-19-Pandemie geprägt war, entsprach gegenüber dem Jahr 2019 aber noch immer einem Rückgang um rund 11%. Der Hauptanteil der Einnahmen kam von Gästen aus dem Nachbarland Deutschland, deren Marktanteil knapp 50 % betrug. Die Durchschnittsausgaben ausländischer Gäste in Österreich (gesamte Reiseverkehrsausgaben pro gezählte Übernachtung) lagen mit rund 186 EUR um 2 % über jenen des Jahres 2019. Unter Berücksichtigung des Preisauftriebs im Bereich Beherbergung und Gastronomie hat sich allerdings das Ausgabeverhalten im Reiseverkehr in realer Betrachtung deutlich verringert.

Kapitalverkehr

Die Vermögensposition Österreichs gegenüber dem Ausland hat sich im Vergleich zum Jahr 2021 um etwa 9% auf 65,3 Mrd EUR erhöht. Die Entwicklung der Bestände an Direktinvestitionen und grenzüberschreitenden Wertpapieren wurde insbesondere durch Preisentwicklungen getrieben. Die vorläufigen Daten für das Jahr 2022 lassen bei Direktinvestitionen eine deutliche Abkühlung der Dynamik gegenüber dem Rekordjahr 2021 erwarten. Die Bestände bei aktiven Direktinvestitionen (ADI) betrugen zum Jahresultimo 238,4 Mrd EUR (+4,1%), jene der passiven (PDI) 191,2 Mrd EUR (+1,7%). Der Zuwachs ist jedoch zum überwiegenden Teil auf Bewertungseffekte, verursacht durch Preiseffekte bei börsennotierten Unternehmen sowie einen schwachen Euro, zurückzuführen. Bei Transaktionen war eine differenzierte Entwicklung zu beobachten: Während Eigenkapitaltransaktionen und reinvestierte Gewinne stagnierten beziehungsweise leicht negativ waren, wurden vermehrt Finanzierungen innerhalb von Konzernen vergeben (ADI: +2,7 Mrd EUR; PDI: +5,7 Mrd EUR). Ein Grund dafür könnten teurere Bankkredite aufgrund der Zinswende sein.

Tabelle 1: Direktinvestitionen

Überleitungsrechnung der Direktinvestitionsbestände von 2021 auf 2022

in Mrd EUR	*Aktive DI*	*Passive DI*
Bestand zum 31.12.2021	229,0	188,0
Eigenkapitaltransaktionen	0,3	-2,2
Nettogewährung Konzernkredite	2,7	5,8
Reinvestierte Gewinne	-3,1	-1,7
Preiseffekte	6,2	3,3
Wechselkurseffekte	1,9	-0,2
Sonstige Änderungen	1,5	-1,7
Bestand zum 31.12.2022	**238,4**	**191,2**

Quelle: OeNB.

Der Stand der grenzüberschreitenden Investitionen in Wertpapiere ist insbesondere in den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 aufgrund von Bewertungseffekten deutlich zurückgegangen, im vierten Quartal konnte hingegen eine Erholung der Aktienmärkte beobachtet

werden. Die negativen Preiseffekte in den ersten drei Quartalen des Jahres sind dabei einerseits auf die sinkenden Marktpreisbewertungen von verzinslichen Wertpapieren aufgrund der Zinspolitik sowie andererseits auf die Verluste an den Börsen zurückzuführen. Im Hinblick auf die Wechselkurseffekte war die Abwertung des Euro in den ersten drei Quartalen 2022, gefolgt von dessen Aufwertung im vierten Quartal, ausschlaggebend. Über das ganze Jahr betrachtet gingen die Verbindlichkeiten stärker als die Forderungen zurück, was einen positiven Effekt (+5,5 Mrd EUR) auf die Nettovermögensposition Österreichs hatte.

Der Saldo der Transaktionen der Portfolioinvestitionen betrug 2022 rund –2,8 Mrd EUR, wobei ein positiver Saldo von rund 2,3 Mrd EUR im vierten Quartal negativen Salden in den drei vorhergehenden Quartalen gegenübersteht. Der Saldo für das Gesamtjahr ergibt sich aus forderungsseitigen Transaktionen von 14,9 Mrd EUR und verbindlichkeitsseitigen Transaktionen von 17,7 Mrd EUR. Die Transaktionen wurden auf beiden Seiten von verzinslichen Wertpapieren dominiert (aktiv: 10,4 Mrd EUR, passiv: 18,7 Mrd EUR). Bezüglich der anderen Finanzinstrumente gab es – auf das Gesamtjahr betrachtet – auf Forderungsseite ein Plus von rund 2,9 Mrd EUR für Aktien und 1,7 Mrd EUR für Investmentfondsanteile. Verbindlichkeitsseitig reduzierten sich die Aktien transaktionsbedingt über das Jahr gerechnet um –1,5 Mrd EUR, während die Investmentfondsanteile um 0,5 Mrd EUR stiegen.

Der private Haushaltssektor hat in allen vier Quartalen des Jahres 2022 positive Zugänge ausländischer verzinslicher Wertpapiere, die sich aufs Jahr betrachtet auf 0,9 Mrd EUR kumulieren (rund 0,3 Mrd EUR davon allein im vierten Quartal). Neben den verzinslichen Wertpapieren gab es 2022 bei den Haushalten auch einen Zugang von Aktien von rund 1,8 Mrd EUR und 2,9 Mrd EUR bei Investmentfondsanteilen.

Spezielle Kurzanalysen

China's post-zero-Covid rebound[8]

Im Jahr 2022 ist die chinesische Wirtschaft mit nur 3% Wachstum ungewöhnlich langsam expandiert. Auch aufgrund der Lockerungen der Null-Covid-Politik wird für 2023 mit einem deutlichen Anstieg auf 5,2% gerechnet. In dieser Kurzanalyse verwenden wir das ‚Global Economic Model' von Oxford Economics, um die Auswirkungen dieser Wachstumsbeschleunigung auf den Euroraum und die globale Wirtschaft zu erörtern.

Basierend auf dieser Analyse rechnen wir für 2023 mit einem Anstieg des Wachstums im Euroraum um moderate 0,1 Prozentpunkte und global um 0,5 Prozentpunkte. Die Inflation steigt in der Eurozone um 0,3 Prozentpunkte und global um 0,4 Prozentpunkte. Der Anstieg in der Inflation wird dabei hauptsächlich durch höhere Energiepreise getrieben, ausgelöst durch den höheren Energiebedarf aus China. Der Wachstumsschub ist getrieben durch die erhöhte Nachfrage aus China nach den Produkten aus anderen Ländern.

Introduction

One of the most debated economic events at the end of last year was the surprising decision in China to considerably lift the Covid19-restrictions which were until then one of the strictest, if not the strictest, around the globe. Until then China followed a zero-Covid policy that reacted to even minor outbreaks of Covid19 with very strict lockdowns. This policy also affected many production lines and thus contributed to the lowest growth rate in China for several decades, with real GDP growing by only 3% against the target of 5.5%.

With China being an important growth-engine for the world economy, this had negative effects for global growth. But it also had the beneficial side effect that Chinese demand for energy and commodities turned out lower than it would have been otherwise. This was especially welcome in Europe which suffered from soaring energy prices in the wake of the Russian war in Ukraine. So, while the reopening in China was welcomed amid fears of a global recession, it also sparked the worry that it might lead to rising commodity and energy prices and thus lead to a resurgence of the energy crisis in Europe. In this note we use the Global Economic Model of Oxford Economics to analyze the effects of the China rebound on energy prices and inflation in Europe.

The **Global Economic Model of Oxford Economics** is a large and complex model of the world economy that is used by many private firms and international institutions, including the IMF, the ECB and the Bundesbank. It includes detailed country-model blocks for 85 countries, including all the countries in the euro area. The country models typically feature more than 300 variables, including, of course, all the relevant aggregate variables, like GDP, private consumption, private investment, public expenditure, employment, and wages. The model also features nominal price rigidities and thus real effects of monetary policy.

The individual country model blocks are linked via trade flows, capital flows and international prices, including exchange rates and commodity prices, like the ones for oil, coal and gas. This makes the model ideal for studying the international spillover effects of domestic policies and economic developments. The equations of the model are estimated in error-correction form, specifying a long-run relationship between variables, as well as the short-run adjustment towards the long-run equilibrium.

[8] Autor:innen: Clara De Luigi and Wolfgang Lechthaler (Referat International Economics).

Baseline scenario

To calibrate the simulations, we rely on the projections for GDP growth in the IMF's most recent World Economic Outlook (WEO). The IMF projects **China's GDP growth** to reach **5.2% in 2023, 4.5% in 2024 and 4.1% in 2025**. Using the 3% GDP growth in 2022 as a baseline, we thus simulate an increase in Chinese growth by 2.2ppt in 2023,1.5ppt in 2024 and 1.1ppt in 2025.

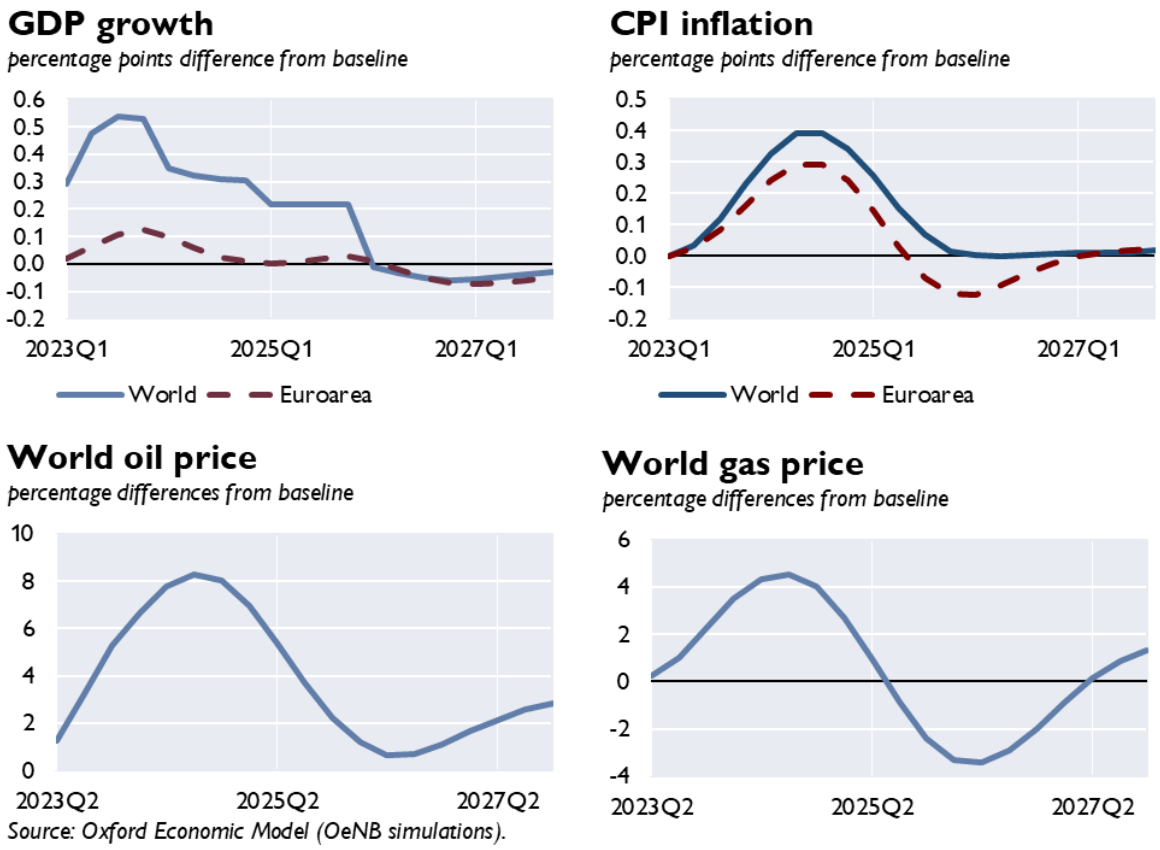


Figure 1: Top panels: Effects of the China rebound on world and euro area growth and inflation (ppt deviation from baseline). Lower panels: Effect of China rebound on World oil and gas prices (percentage difference from baseline). Baseline scenario: IMF April forecast vs China pre-reopening 2022 growth. Effects on global variables are represented by the blue solid lines, while effects on EA measures are illustrated by the purple dashed lines.

For **China's domestic variables**, such an increase in GDP growth would lead to an increase in domestic consumption by about 2.6% in the first year, and another 1.8% in the second year, while investment grows by 4.5% at the peak in Q2.2023 before slowing down to 2.7% growth in 2024 (always relative to the baseline of 3% growth). Inflation is projected to increase by 0.5 ppt at the peak in Q1.2024.

The projected increase in growth in China has noticeable **effects for growth in the world economy and Europe** (see **Figure 1**). According to our simulations, growth in world GDP would increase by almost 0.5ppt in 2023 and 0.3ppt in 2024. For Europe this effect would be considerably smaller with just above 0.1ppt in 2023. This effect is primarily driven by European exports which increase by 0.3%, while private investment increases by half as much and private consumption stays flat. Although China is the single most import trading partner for Europe, most of its international trade is internal trade, i.e., trade within the euro area (for most countries the share of internal trade lies between 50% and 75%). In contrast, many East-Asian countries rely

more heavily on Chinese demand. Furthermore, it should be noted that China is an important part of the world economy and thus has a direct impact on world GDP.

Much larger are the **effects on energy prices**, confirming the concern stated in the introduction. The results are presented in the two lower panels in **Figure 1**. The China rebound has a noticeable positive impact on the world oil price, with its peak-effect at the second half of 2024: the oil price per barrel is about 6.5$ or 8.3% higher than if growth in China remained as high as in 2022. Likewise, the world gas price is about 4.5% higher. Still, the **effects on euro area inflation** are relatively mild: at the peak in the middle of 2024 inflation is around 0.3 percentage points higher in the euro area (see **Figure 1**).

Counterfactual simulations

Having discussed our baseline scenario, we now consider various alternative scenarios. This helps identifying the possible drivers of the effects of the China rebound on the world and euro area economy.

First, we analyze the role of China's commodity demand by shutting off its effect on oil and gas prices. Second, we analyze the role of Chinese imports. Third, in order to test the robustness of the results based on different growth forecasts for China, we illustrate the effects, using alternative growth projections by other institutions. Finally, we present the result for a shock to China's growth normalized to one percentage point.

Fix energy prices

In our first alternative scenario, we assume that the oil and gas prices are not affected by the increase in Chinese growth. This exercise helps to disentangle the direct effect of growth in China from the indirect effect via energy prices. Technically, we implement this by complementing the growth shock by an oil price shock that assures that the oil price is the same as in the baseline scenario without growth shock. The results are illustrated in the graphs below.

In the scenario without change in energy prices the movement in inflation is much smaller both for the euro area and for the world economy. For the euro zone at the peak the effect on inflation is only a third of the effect in the baseline scenario. GDP in the euro zone and the world economy also expand more strongly in the scenario without energy price changes. As expected, the increase in oil and gas prices is dampening economic activity. For the euro area this effect is quite substantial implying a weaker and less persistent increase in GDP growth. For world GDP the effect appears minor, but that is also due to the generally higher growth rate in the world economy.

Fix Chinese demand for imports

In a second alternative scenario we analyze the role of the increased import demand stemming from the rebound in China. In analogy to our fixed oil price scenario, we thus assume that China's imports do not differ from our baseline scenario with 3% GDP growth. The results are illustrated in **Figure 2** below. In this scenario the increase in inflation is also considerably lower than in the baseline scenario, but the difference is much smaller than in the oil-price-scenario. Thus, while the increase in external demand from China is pushing up inflation in the euro area and the world alike, the effect of increased energy demand is quantitatively much more important.

In contrast, the effects on GDP growth are more substantial in the fixed-import-scenario and furthermore point in opposite direction than the oil-price-scenario. In the absence of the increase in Chinese imports, GDP growth would be about 0.1 ppts lower in 2023 compared to the IMF

baseline scenario. For the euro area the effects are starker, with GDP growth declining even compared to 3% growth (pre-reopening) scenario. Thus, if it wasn't for the increase in Chinese imports the effects of the China rebound would actually be negative for growth in the euro area.

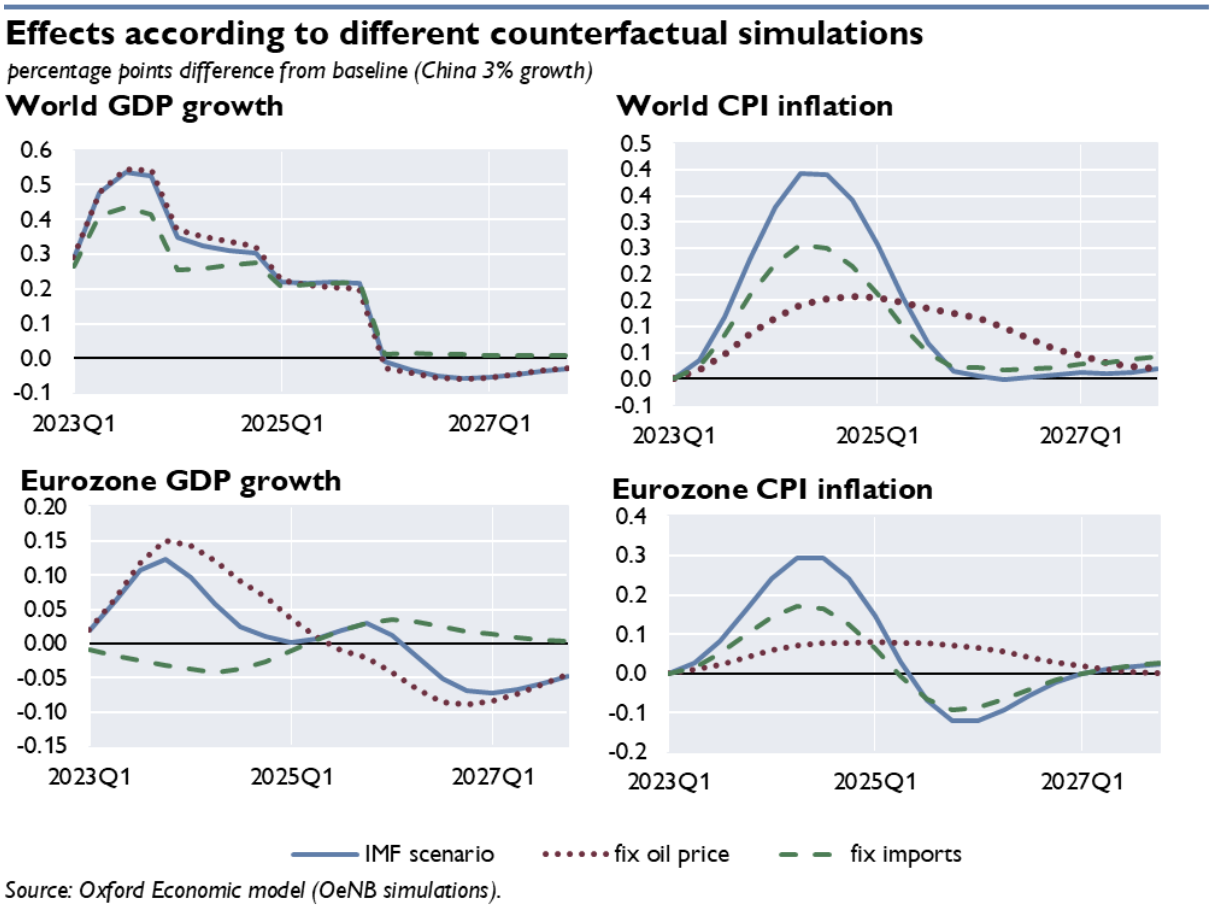


Figure 2: Counterfactual simulations: Role of oil prices and imports for world and euro area growth and inflation. Percentage point deviations from pre-opening (3% growth) baseline. The IMF scenario is represented by the blue solid line, while the purple dotted line and the green dashed line are alternative scenarios where the oil price and China's imports, respectively, remain fixed after the shock to Chinese GDP growth.

China's growth acceleration normalized to 1 percentage point

The results above have to be interpreted with care. Our simulations report the results relative to a baseline of 3% growth in China, which was its growth rate in 2022. So, our results illustrate the effects of a surge in Chinese growth starting from an unusually low base (when it comes to Chinese growth). This is, however, not the effect of China's departure from its strict zero-Covid policy, since even in the absence of this departure a growth acceleration would have been expected, albeit a milder one.

To help interpreting the results we thus illustrate in **Figure 3** below the effects of an increase in Chinese growth in 2023 and 2024 that is normalized to 1 ppt. Since the effects are roughly linear for such relatively small shocks, they are scalable, meaning that a 2 percentage points increase in growth would roughly yield twice the effect.

Estimates for the isolated effect of releasing Covid-related restrictions are also around 1ppt additional growth for 2023 and 2024. Thus, the results could also be interpreted as the effects of

abandoning zero-Covid policy. Our results are broadly comparable to ECB staff's simulations presented in the Mach 2023 Projections.[9]

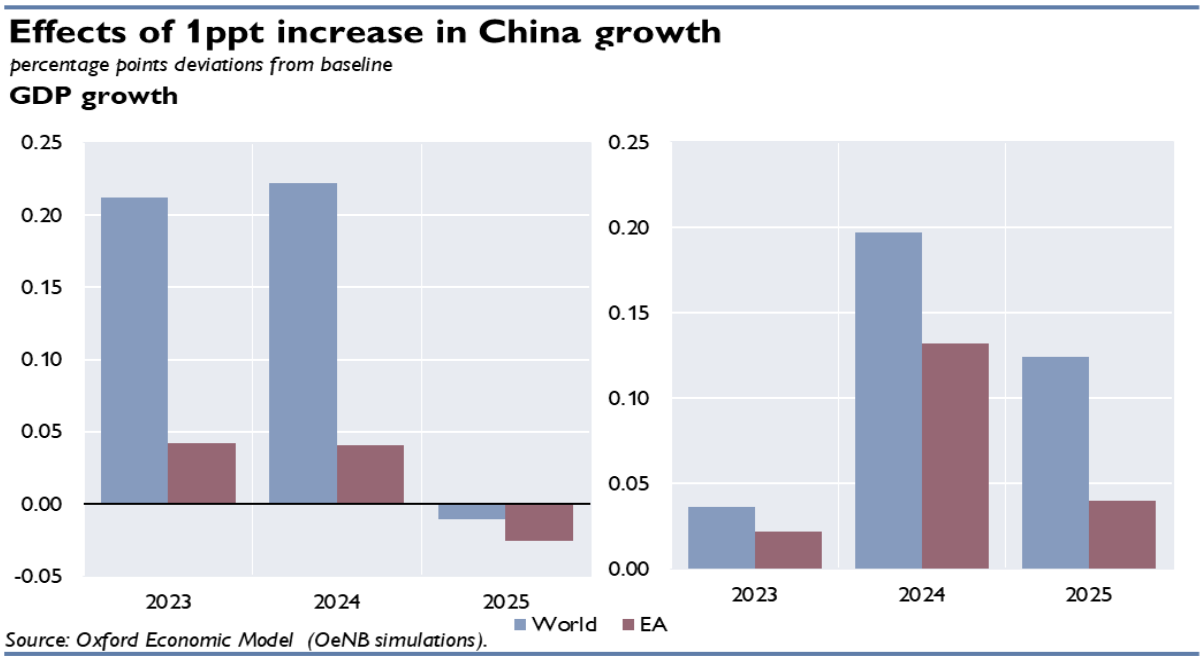


Figure 3: Effects of a 1 ppt increase in Chinese growth on World and EA growth and inflation. Percentage point deviations from baseline.

Conclusions

We have used the Global Economic Model of Oxford Economics to analyze the effects of a rebound in Chinese growth on energy prices, inflation and GDP growth in Europe and globally. We find that the **effects on inflation** are not huge, but also not negligible, with the peak effect in **euro area** around **0.3ppt** and **globally** around **0.4ppt**. The effect on GDP growth is around 0.12ppt for euro area and 0.5ppt globally.

The effects on inflation are **primarily driven through energy price inflation**. The China rebound raises oil and gas prices by 8.3% and 4.5%, respectively, and thus explain roughly 2/3 of its effect on inflation in the euro area. **More relevant for growth is the increase in Chinese demand for foreign goods.** Without this increase, the China rebound would actually lower growth in the euro area compared to the pre-reopening scenario.

[9] Using ECB-BASE model, the ECB staff estimates the effects of a stronger rebound in the Chinese economy (additional 1.1ppt increase in China's GDP growth in 2023) will lead to approximately 0.1ppt increase in EA GDP growth and 0.2ppt increase in EA inflation in 2023. For more details see ECB staff macroeconomic projections for the euro area, March 2023 (europa.eu), Box 3.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023[10]

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse[11]
15. Juni 2023	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Juni 2023 auf 4,00 %, 4,25 % bzw. 3,50 % erhöht. Weiters beschließt er, die Tilgungsbeträge aus dem APP ab Juli 2023 nicht weiter anzulegen: Bis Ende Juni 2023 werden die APP-Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert, danach werden keine Reinvestitionen mehr vorgenommen.
4. Mai 2023	Die Inflationsaussichten sind weiterhin zu hoch, und dies über einen zu langen Zeitraum, daher hebt der EZB-Rat die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Haupt-refinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 10. Mai 2023 auf 3,75%, 4,00% bzw. 3,25% steigen. Die EZB-Leitzinsen bleiben das wichtigste Instrument bei der Festlegung des geldpolitischen Kurses. Parallel dazu wird der EZB-Rat die Bestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) weiter verringern: Ab Juli 2023 werden die Tilgungsbeträge aus dem APP voraussichtlich nicht wieder angelegt werden. Die Phase der Reinvestitionen wird somit beendet und das APP-Portfolio wird langsam abschmelzen.
25. April 2023	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar verbessert haben, beschließen die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam in Abstimmung mit der Federal Reserve, die Häufigkeit der liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar (mit einer Laufzeit von sieben Tagen) fortan wieder einmal pro Woche, statt täglich durchzuführen. Die Neuregelung tritt am 1. Mai 2023 in Kraft.
21. April 2023	Per 1. Juli 2024 erweitert die EZB den Kreis der Berichtspflichtigen für die Geldmarktstatistik um 24 Banken (aktuell: 47 Banken). Damit soll die Repräsentativität der von der EZB veröffentlichten Daten zur Geldmarktstatistik erhöht werden. Die Geldmarktstatistik-Daten der neuen Berichtspflichtigen wird jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Berechnung des €STR einfließen, um sicherzustellen, dass die neu gemeldeten Daten von hinreichend guter Qualität sind. Die Erweiterung des Berichtskreises wird die Robustheit und Zuverlässigkeit des Referenzzinssatzes weiter fördern.

[10] Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

[11] Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: Press releases by date (europa.eu)

23. März 2023	Die EZB legt erstmals klimabezogene Finanzinformationen offen. Diese enthalten Angaben zum CO_2-Fußabdruck ihrer Portfolios, zu Klimarisiken, denen die Portfolios ausgesetzt sind, sowie zu Governance, Strategie und Risikomanagement in Bezug auf Klimaaspekte. Die veröffentlichten Informationen zeigen, dass die im Rahmen des CSPP und des PEPP gehaltenen Unternehmensanleihen auf dem Weg der Dekarbonisierung sind. Obwohl die absoluten Treibhausgasemissionen der Portfolios in den letzten Jahren gestiegen sind, weil das Eurosystem mehr Wertpapiere für geldpolitische Zwecke erworben hat, ist die CO_2-Intensität der Emittenten nach und nach zurückgegangen. Zudem schichtet die EZB ihre Reinvestitionen zugunsten von Emittenten mit einer besseren Klimabilanz um.
19. März 2023	Die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank, die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank einigen sich auf eine koordinierte Aktion zur Stärkung der Liquiditätsversorgung in US-Dollar: US-Dollar-Liquiditätsswaps mit siebentägiger Laufzeit werden ab 20. März 2023 täglich statt wöchentlich durchgeführt. Dies soll mindestens bis Ende April 2023 fortgesetzt werden.
16. März 2023	Der EZB-Rat erhöht die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 22. März 2023 auf 3,50%, 3,75% bzw. 3,00% angehoben. Die erhöhte Unsicherheit verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig ein datengestützter Ansatz bei den Leitzinsbeschlüssen des EZB-Rats ist. Diese werden sich nach seiner Einschätzung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der verfügbaren Wirtschafts- und Finanzdaten, der Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission richten.
7. Februar 2023	Ab 1. Mai 2023 bildet der €STR abzüglich 20 Basispunkten die Obergrenze für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte sowie von Einlagen, die im Rahmen der Währungsreservenverwaltung des Eurosystems (ERMS) gehalten werden. Mit der stufenweisen Verringerung des Zinssatzes im Vergleich zum Beschluss vom 8. September 2022 sollen Anreize für einen schrittweisen und geordneten Abbau dieser Bestände geschaffen werden. Diese Einlagen sollen nämlich langsam in den Markt zurückfließen, um die Risiken negativer Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Märkte und auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik zu minimieren.

2. Februar 2023	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 8. Februar 2023 auf 3,00%, 3,25% bzw. 2,50% erhöht. Angesichts des Drucks im Zusammenhang mit der zugrunde liegenden Inflation beabsichtigt der EZB-Rat, die Zinssätze bei seiner nächsten geldpolitischen Sitzung im März 2023 erneut um 50 Basispunkte anzuheben. Dann wird er eine Bewertung des weiteren geldpolitischen Pfads vornehmen. In jedem Fall werden die Leitzinsbeschlüsse des EZB-Rats auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung festgelegt. Weiters hat der EZB-Rat die Modalitäten für die Verringerung der Wertpapierbestände des Eurosystems im Zusammenhang mit dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) beschlossen. Bei der Reinvestition des verbleibenden Teils der Tilgungsbeträge soll die bisherige Praxis weitgehend beibehalten werden: Dabei wird in den Teilprogrammen des APP proportional, gemäß ihrem Verhältnis an den gesamten Tilgungen, wiederveranlagt. In den Teilprogrammen ABSPP, CBPP3 und CSPP werden die Käufe auf den Primärmärkten auslaufen. Die Marktpräsenz des Eurosystems wird sich daher auf die Sekundärmärkte konzentrieren. Bei den Eurosystem-Ankäufen von Unternehmensanleihen wird die Wiederveranlagung stärker auf Emittenten mit einer besseren Klimaleistung ausgerichtet.
1. Jänner 2023	Heute wird der Euro in Kroatien in Umlauf gebracht. Somit verwenden jetzt 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die gemeinsame europäische Währung. Mit dem Beitritt Kroatiens zum Euroraum wird seine nationale Zentralbank, die Hrvatska narodna banka, Mitglied des Eurosystems.
15. Dezember 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Dezember 2022 auf 2,50%, 2,75% bzw. 2,00% erhöht. Zudem ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die Zinsen in Zukunft noch deutlich und in einem gleichmäßigen Tempo steigen müssen, um ein ausreichend restriktives Niveau zu erreichen, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen 2%-Ziel gewährleistet. Ab Anfang März 2023 werden die Bestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo reduziert, da das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht mehr vollumfänglich wieder anlegen wird. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 werden die Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert. Das Tempo danach wird im Zeitverlauf festgelegt. Die im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere werden weiterhin mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit reinvestiert. Im Zusammenhang mit der andauernden Unsicherheit aufgrund des anhaltenden Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, und den damit verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die internationalen Finanzmärkte hat der EZB-Rat beschlossen, die befristete Swap-Linie mit Polen sowie die befristeten Repo-Linien mit den Zentralbanken von Albanien, Andorra, Ungarn, Nordmazedonien, Rumänien und San Marino bis 15. Jänner 2024 zu verlängern. Der Umfang und die operationellen Parameter der einzelnen Vereinbarungen werden unverändert beibehalten.

27. Oktober 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 2. November 2022 auf 2,00%, 2,25% bzw. 1,50% erhöht. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die Zinsen weiter anheben wird, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel zu gewährleisten. Dabei wird er den künftigen Leitzinspfad an der Entwicklung der Inflations- und Wirtschafts-aussichten ausrichten und von Sitzung zu Sitzung entscheiden. Außerdem ändert der EZB-Rat die Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III). In Anbetracht des unerwarteten und außerordentlichen Anstiegs der Inflation muss eine Rekalibrierung vorgenommen werden, um Konsistenz mit dem allgemeinen geldpolitischen Normalisierungsprozess sicherzustellen und die Transmission der Leitzinserhöhungen auf die Kreditbedingungen der Banken zu verstärken. Deshalb werden die Zinssätze für die TLTROs III mit Wirkung zum 23. November 2022 angepasst und den Banken zusätzliche Termine für eine freiwillige vorzeitige Rückzahlung angeboten. Um die Verzinsung der von Kreditinstituten beim Eurosystem gehaltenen Mindestreserven besser auf die Bedingungen am Geldmarkt abzustimmen, hat der EZB-Rat ferner beschlossen, dass die Mindestreserven ab 21. Dezember 2022 zum Zinssatz der EZB für die Einlagefazilität verzinst werden.
10. Oktober 2022	Am 8. Oktober 2013 hatten die EZB und die PBC die erste für drei Jahre geltende bilaterale Währungsswap-Vereinbarung im Umfang von maximal 350 Mrd CNY und 45 Mrd EUR geschlossen. Sie wurde 2016, 2019 und nun 2022 um jeweils drei weitere Jahre verlängert. Dem Eurosystem dient die Vereinbarung als vorsorgliche Kreditlinie zur Behebung plötzlicher und vorübergehender Renminbi-Liquiditäts-engpässe, die infolge von Störungen am Renminbi-Markt auftreten können.
19. September 2022	Die EZB will im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ihre Bestände an Unternehmensanleihen in den geldpolitischen Portfolios schrittweise dekarbonisieren. Das Ziel ist die Minderung klimabedingter finanzieller Risiken in der Bilanz des Eurosystems. Dementsprechend wird ab 1. Oktober 2022 bei Reinvestitionen in Unternehmensanleihen (im CSPP bzw. PEPP) ein Klimascore herangezogen – berechnet aus rückblickenden Emissions-Scorewerten, vorausschauenden Ziel-Scorewerten sowie Klimaoffenlegungs-Scorewerten – der verstärkt Reinvestitionen in Anleihen von Unternehmen mit einem guten Beitrag zum Klimaschutz vorsieht. Zudem wird das Eurosystem den Klima-Score zur Anpassung seiner Gebote am Primärmarkt nutzen, um Emittenten mit einem besseren Klimaschutz-Beitrag zu bevorzugen und die Laufzeit von Anleihen zu begrenzen, deren Emittenten einen niedrigeren Score aufweisen.

8. September 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzen-refinanzierungs- und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 14. September 2022 auf 1,25 %, 1,50 % bzw. 0,75 % erhöht. Dieser große Schritt sorgt für einen früheren Übergang von dem derzeitigen, stark akkommodierenden Leitzinsniveau auf ein Niveau, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel der EZB gewährleistet. Der EZB-Rat geht auf Grundlage seiner aktuellen Einschätzung davon aus, dass er die Zinsen in den nächsten Sitzungen weiter erhöht, um die Nachfrage zu dämpfen und dem Risiko einer andauernden Aufwärtsverschiebung der Inflationserwartungen vorzubeugen. Nach der Anhebung des Zinssatzes für die Einlagefazilität auf einen Wert über null ist das zweistufige System für die Verzinsung von Überschussreserven nicht mehr erforderlich. Der EZB-Rat hat daher beschlossen, das zweistufige System auszusetzen, indem der Multiplikator auf null gesetzt wird. Um die Wirksamkeit der geldpolitischen Transmission zu gewährleisten und das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte sicherzustellen, hat der EZB-Rat beschlossen, die Obergrenze von 0% für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte vorübergehend aufzuheben. Stattdessen wird entweder der Zinssatz für die Einlagefazilität oder der €STR für eine befristete Zeit die Obergrenze bilden – je nachdem, welcher der beiden Zinssätze niedriger ist. Die geänderte Verzinsung gilt ab dem Beginn der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode, d. h. dem 14. September 2022, und bleibt bis zum 30. April 2023 in Kraft.
21. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzie-rungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 27. Juli 2022 auf 0,50%, 0,75% bzw. 0,00% erhöht. Bei den kommenden Sitzungen des EZB-Rats wird eine weitere Normalisierung der Zinssätze angemessen sein. Durch den raschen Ausstieg aus den Negativzinsen kann der EZB-Rat zu einem Ansatz übergehen, bei dem Zinsbeschlüsse von Sitzung zu Sitzung gefasst werden. Der künftige Leitzinspfad des EZB-Rats wird von der jeweiligen Datenlage abhängen und dazu beitragen, dass das Inflationsziel von 2% auf mittlere Sicht erreicht wird. Zudem wurde das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) genehmigt. Das TPI wird ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken entgegenwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen, und somit sicherstellen, dass die Weitergabe des geldpolitischen Kurses in allen Ländern des Euroraums reibungslos erfolgt, während die Normalisierung der Geldpolitik fortgesetzt wird.
21. Juli 2022 (Fortsetzung)	Die Flexibilität bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) bleibt die erste Verteidigungslinie, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissions-mechanismus entgegenzuwirken.
12. Juli 2022	Der Rat der Europäischen Union hat formal beschlossen, dass Kroatien mit 1. Jänner 2023 dem Euroraum beitritt. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro (=Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus WKM II) festgelegt. Kroatische Banken werden von der EZB bereits seit 2020 beaufsichtigt.

4. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Er kam überein, die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios des Eurosystems und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen. Mit den Maßnahmen sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden.
27. Juni 2022	Die EZB ändert den Zeitpunkt zukünftiger Veröffentlichungen ihrer geldpolitischen Beschlüsse sowie der Pressekonferenzen, auf der die Beschlüsse erläutert werden. Ab dem 21. Juli 2022 werden die geldpolitischen Beschlüsse um 14:15 Uhr MEZ veröffentlicht (statt wie bisher um 13:45 Uhr). Die Pressekonferenz beginnt um 14:45 Uhr MEZ (statt wie bisher um 14:30 Uhr). Die Veröffentlichung der damit verbundenen Dokumente wie etwa der Erklärung zur Geldpolitik verschiebt sich entsprechend auf 15:00 Uhr.
15. Juni 2022	Die Pandemie hat zu anhaltenden Verwundbarkeiten in der Wirtschaft des Euroraums geführt. Diese tragen zur uneinheitlichen Transmission der Normalisierung der Geldpolitik in den einzelnen Ländern bei. Dementsprechend hat der EZB-Rat beschlossen, dass er bei der Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.
9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben. Damit wird er sicherstellen, dass die Inflation mittelfristig auf ihren Zielwert von 2% zurückkehrt.
1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkurs-mechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.

27. April 2022	Die EZB und die Banca Naţională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.
14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albaniens, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.
24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen. Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern.

10. März 2022 (Fortsetzung)	Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten. Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.
3. Februar 2022	Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 25. April bis 2. Juni 2023[12]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
24. Mai 2023	EK	EK-Vorschlag zur Kleinanlegerstrategie Für die im Rahmen des „Aktionsplans für die Kapitalmarktunion 2020“ angekündigte Kleinanlegerstrategie wurde von der EK ein Legislativvorschlag veröffentlicht. Ziel ist, das Vertrauen und damit die Beteiligung von Privatanlegern in den Kapitalmärkten zu stärken. Der veröffentlichte EK-Vorschlag beinhaltet strengere Regeln für den Verkauf von Finanzprodukten von Investmentfonds und Versicherungen, um das Vertrauen der Verbraucher in Investitionen zu stärken und den EU-Kapitalmarkt zu vertiefen. Das Paket umfasst einen sehr breiten Anwendungsbereich von Finanzberatung, Marketing, Offenlegung bis hin zu Finanzbildung.
24. Mai 2023	EK	Veröffentlichung des EK-Frühjahrspaket 2023 Die EK veröffentlichte ihr Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2023. Im Rahmen dieses Pakets lieferte sie den Mitgliedstaaten Leitlinien, um angesichts des schwierigen geopolitischen Umfelds eine robuste und zukunftssichere Wirtschaft zu fördern. Wesentliche Elemente des Frühjahrspakets: • Wirksame Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und der Kohäsionspolitik: Mittlerweile sind alle nationalen Aufbau- und Resilienzpläne vorhanden, es wurden 24 Zahlungsanträge bearbeitet und die EK zahlte im Rahmen der Fazilität mehr als 152 Mrd EUR für die erfolgreiche Umsetzung wichtiger Reformen und Investitionen aus. • Allgemeine Ausweichklausel (General Escape Clause): Diese im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vorgesehene Klausel, die eine vorübergehende Abweichung von den normalerweise geltenden Haushaltsanforderungen im Falle eines schweren Wirtschaftsabschwungs vorsieht, wird mit Ende 2023 außer Kraft gesetzt. • Haushaltspolitische Leitlinien. Nach dem Auslaufen der allgemeinen Ausweichklausel legt die EK quantifizierte und differenzierte länderspezifische Empfehlungen für die Haushaltspolitik vor. Wirtschaftspolitische Empfehlungen der EK an Österreich:

[12] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Beatrix Streichsbier (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Die Empfehlungen der EK betreffen vor allem die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Diversifizierung der Gasversorgung, den schnelleren Ausbau von erneuerbaren Energien, die stärkere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt unter anderem durch eine Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots, die weitere Implementierung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans unter Einhaltung einer umsichtigen Fiskalpolitik.
23. Mai 2023	EK	EK zahlt weitere 1,5 Mrd EUR an Makrofinanzhilfe an die Ukraine Die EK hat eine vierte Zahlung in Höhe von 1,5 Mrd EUR im Rahmen des Makrofinanzhilfepakets (MFA Plus) für die Ukraine in Höhe von bis zu 18 Mrd EUR getätigt. Mit diesem Instrument will die EU der Ukraine helfen, ihren unmittelbaren Finanzierungsbedarf zu decken.
16. Mai 2023	ECOFIN Rat	Vertiefung der Bankenunion Die EK erläuterte ihre Vorschläge zur Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung (CMDI). Das Bankenkrisenmanagement- und Einlagensicherungspaket beabsichtigt eine Verbesserung der Finanzmarktstabilität und Harmonisierung des bestehenden Rechtsrahmens im Fall scheiternder kleinerer und mittelgroßer Banken. Die eingehende Analyse der Vorschläge wird nun auf der Ebene der Sachverständigen der Mitgliedstaaten fortgesetzt. Finanzdienstleistungen Der Vorsitz präsentierte den Sachstand bei Gesetzgebungsvorschlägen für den Bereich Finanzdienstleistungen. Der Rat nahm ferner die Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA) sowie eine der Verordnungen des Legislativpakets zur Bekämpfung von Geldwäsche an. Letztere wird die Verfügbarkeit von Informationen über Kryptowertetransfers verbessern und den Missbrauch von Kryptowerten für Geldwäschezwecke erschweren. Wirtschaftliche Erholung in Europa Die EK unterrichtete den Rat über den aktuellen Stand der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF).
15. Mai 2023	EZB	Sanktion der EZB gegen Goldman Sachs Bank Europe wegen Falschmeldung des Kapitalbedarfs Die EZB verhängte gegen die Goldman Sachs Bank Europe eine Verwaltungsgeldbuße von 6,63 Mio EUR. Grund hierfür war die Meldung von falsch berechneten risikogewichteten Aktiva für ihr Kreditrisiko.
5. Mai 2023	Rat	EU-Unterstützung an die Ukraine in der Höhe von 1 Mrd EUR Der Rat hat eine weitere Unterstützungsmaßnahme im Umfang von 1 Mrd EUR im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) angenommen, die weiter zur Stärkung der Fähigkeiten und der Widerstandsfähigkeit der Ukraine bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit sowie

		zum Schutz der Zivilbevölkerung vor der anhaltenden militärischen Aggression Russlands beitragen wird.
26. April 2023	EK	Ein neuer Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU Die EK legte die Legislativvorschläge für den künftigen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung vor. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung zu verbessern und zugleich in allen Mitgliedstaaten ein nachhaltiges und integratives Wachstum durch Reformen und Investitionen zu fördern. Ziele des neuen Rahmenwerks sind: • die Vereinfachung der Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung, • die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung und der mittelfristigen Perspektive, • die Erleichterung von Reformen und Investitionen für die Prioritäten der EU und • die Verbesserung der Regeldurchsetzung. Die legislativen Arbeiten sollen noch bis Ende des Jahres 2023 abgeschlossen werden.
28. April 2023	EZB	Neue Technologien für die Abwicklung von Großbetragszahlungen in Zentralbankgeld Die EZB kündigte ihre Absicht an, potenzielle Lösungen für die Abwicklung von Großbetragszahlungen (Wholesale-Transaktionen) in Zentralbankgeld zu untersuchen, die über Distributed-Ledger-Technologie-Plattformen erfasst werden. Zur Unterstützung der Arbeit des Eurosystems und zur Förderung des Dialogs wird eine eigene Marktkontaktgruppe eingerichtet.
25. April 2023	EK	Makrofinanzhilfe (MFA Plus) für die Ukraine Die EK zahlte im Rahmen des bis zu 18 Mrd EUR umfassenden MFA Plus Pakets für die Ukraine eine dritte Tranche in Höhe von 1,5 Mrd EUR an die Ukraine aus. Bis zum Jahresende 2023 sind weitere Auszahlungen in Höhe von 1,5 Mrd EUR pro Monat geplant. Die Unterstützung soll der Ukraine dabei helfen, den Betrieb wichtiger öffentlicher Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Schulen und Unterkünfte für umgesiedelte Menschen aufrechtzuerhalten.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

30. Mai 2023	IWF	Ukraine: Treffen von Vertretern des IWF und der Ukraine in Wien - Erfüllung der Kriterien für die Auszahlung von 900 Mio USD durch den IWF Im Mai 2023 haben sich Vertreter des IWF und der Ukraine (Finanzminister und Zentralbankchef) in Wien zu Beratungen über das 4-jährige Hilfsprogramm EFF (Extended Fund Facility; gesamt 15,6

		Mrd USD) des IWF getroffen. Der IWF teilte danach mit, dass die Ukraine alle notwendigen Kriterien für die Auszahlung von 900 Mio USD durch den IWF, erfüllt hat. Weiters wurde bekanntgegeben, dass sich die ukrainische Wirtschaft durch eine beachtliche Resilienz auszeichnet und die aktuellsten wirtschaftlichen Entwicklungen auf eine sukzessive Erholung im Jahr 2023 hindeuten. Von der Ukraine wird erwartet, dass das Land Reformen im strukturellen Bereich, vor allem aber bei der Bekämpfung von Korruption auf den Weg bringt. Insgesamt betragen die internationalen Finanzmittel (IWF, andere Organisationen und bilaterale Gläubiger) für die Ukraine 115 Mrd USD, diese sollen dabei helfen, den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen und langfristig den Beitritt der Ukraine zur EU zu realisieren.
10. Mai 2023	IWF	Beschlussfassung des IWF Exekutivdirektoriums zur Verlängerung sämtlicher Bilateraler Darlehen aus dem Jahr 2020 Am 10. Mai 2023 fand im IWF-Exekutivdirektorium die formelle Beschlussfassung zur Verlängerung sämtlicher bilateraler Darlehen aus dem Jahr 2020 statt. Die Laufzeit des aktuellen bilateralen Darlehens (BBA) Österreichs mit dem IWF wird somit um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 2024 verlängert. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Ressourcen des IWF in konstanter Höhe bestehen bleiben, falls es bei der Umsetzung der 16. IWF-Quotenreform zu Verzögerungen kommen sollte (Abschluss ist für den 15.12.2023 geplant). Die Eventualverpflichtung der OeNB aus dem laufenden bilateralen Darlehen beträgt 2,641 Mrd EUR.
05. Mai 2023	IWF	Entwicklung eines Human Resources Gender Index (HRGI) Der IWF hat einen „Human Resources Gender Index“ (HRGI) entwickelt, um Gender Equality bewerten zu können und diese im Verhältnis zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Vergleich zur Gesellschaft des jeweiligen Landes zu beurteilen. Der Index basiert auf einer neuen Umfrage, die sich an die Personalabteilungen von Notenbanken richtet, um quantitative und qualitative Daten in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl schriftlich als auch durch ergänzende bilaterale Gespräche, abzufragen. Das Pilotprojekt, das zukünftig auch global ausgerollt werden soll, umfasst acht Notenbanken (G7-Länder und EZB), sowie zum Vergleich drei große IFIs (IWF, WB-Group, OECD). Der HRGI-Index zeigt laut IWF-Paper, dass Diversität und Gleichstellung einen ökonomischen Effekt haben; eine höhere Anzahl an Frauen in Notenbanken kann zu einer verbesserten finanziellen Stabilität führen.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 16. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
Vereinigtes Königreich	−0,2	1,0	6,7	2,4	4,3	4,6	−3,2	−2,4	99,4	99,1	−2,2	−1,7
USA	1,4	1,0	4,3	2,6	4,1	4,8	−5,0	−5,5	121,8	122,8	−3,3	−3,0
Japan	1,1	1,0	3,2	1,8	2,5	2,4	−6,5	−4,4	255,1	252,3	2,6	3,4
China	5,5	4,7	×	×	×	×	×	×	×	×	1,6	1,3
Euroraum	1,1	1,6	5,8	2,8	6,8	6,7	−3,2	−2,4	90,8	89,9	2,1	2,4
EU	1,0	1,7	6,7	3,1	6,2	6,1	−3,1	−2,4	83,4	82,6	2,0	2,3
Österreich	0,4	1,6	7,1	3,8	4,9	5,0	−2,4	−1,3	75,4	72,7	0,8	1,2
Deutschland	0,2	1,4	6,8	2,7	3,2	3,1	−2,3	−1,2	65,2	64,1	5,8	5,6
Polen	0,7	2,7	11,7	6,0	3,3	3,2	−5,0	−3,7	50,5	53,0	−1,0	0,5
Ungarn	0,5	2,8	16,4	4,0	4,2	4,0	−4,0	−4,4	70,7	71,1	−3,5	−2,8
Tschechische Republik	0,2	2,6	11,9	3,4	2,8	2,6	−3,6	−3,0	42,9	43,1	−2,5	−0,7

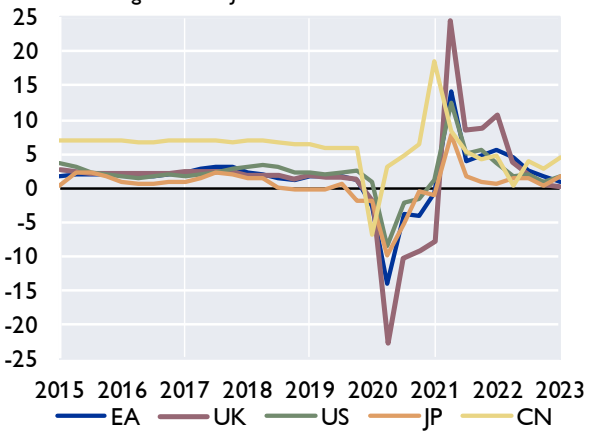
Quelle: Frühjahrsprognose Mai 2023.

[1] HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

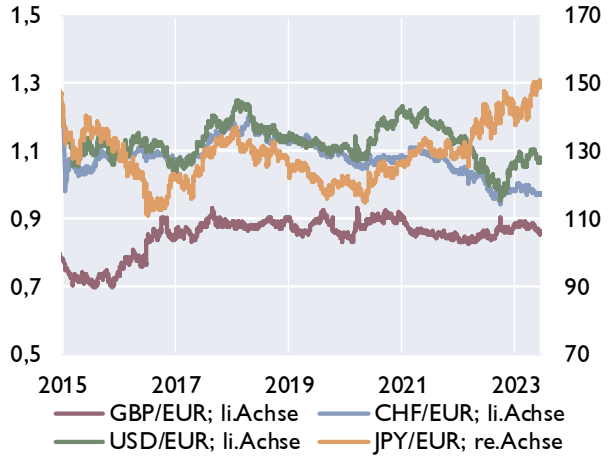
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

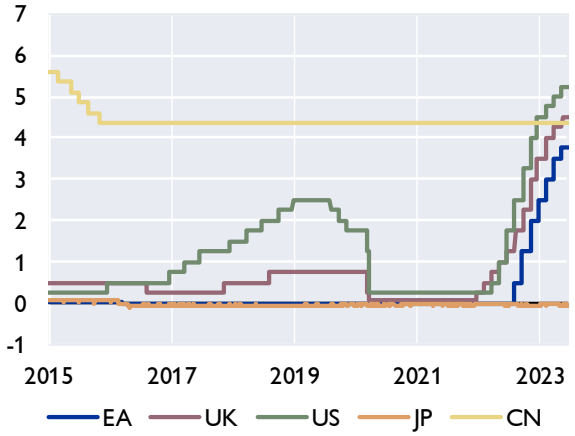


Wechselkurse zum Euro



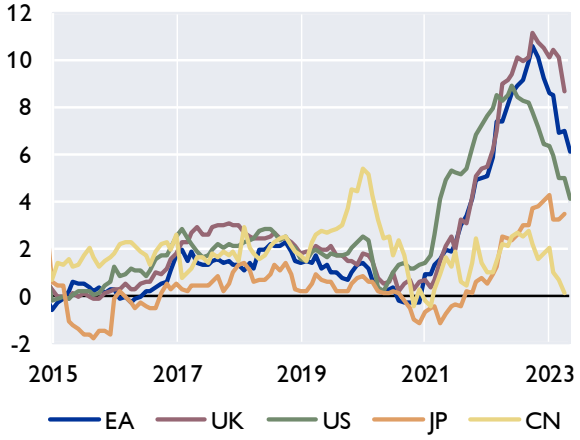
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



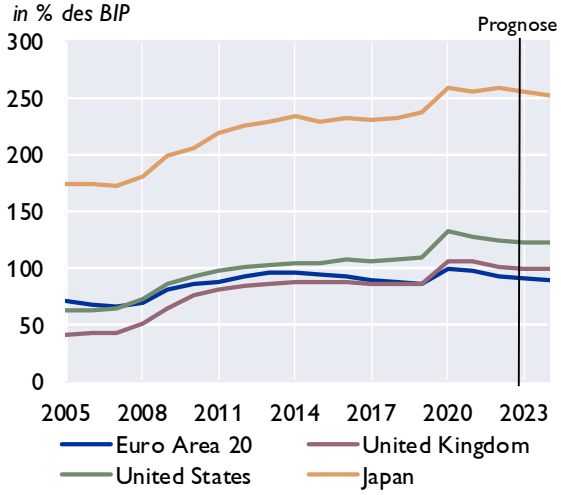
Verbraucherpreisindizes

in %



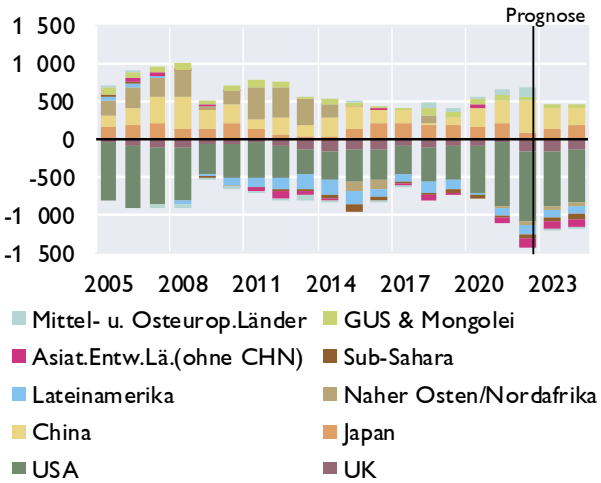
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

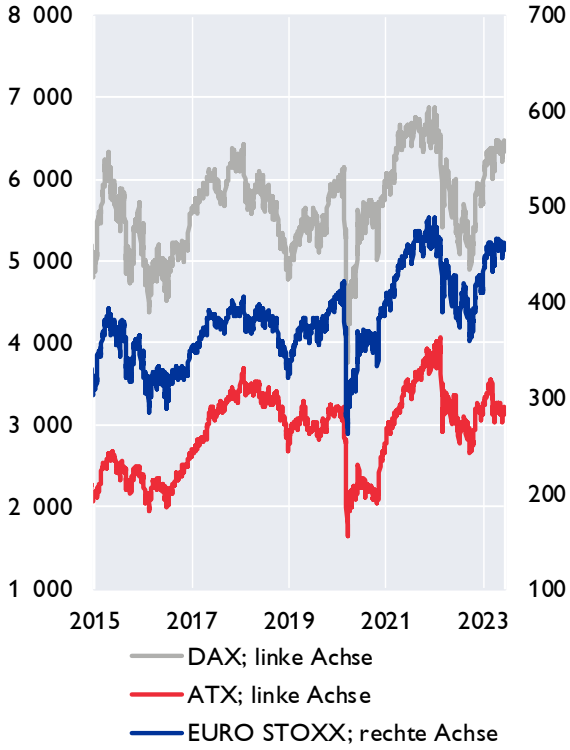


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2023 und IWF WEO April 2023.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

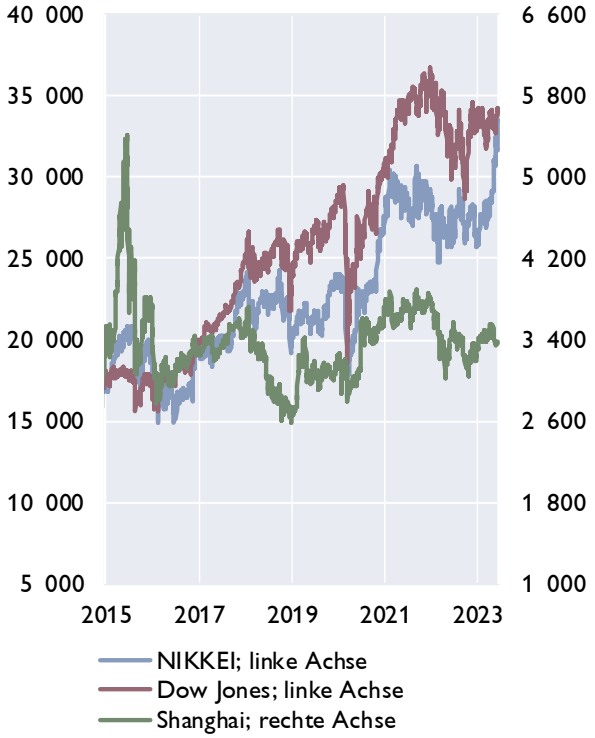
Aktienkurse - Europa

in Punkten



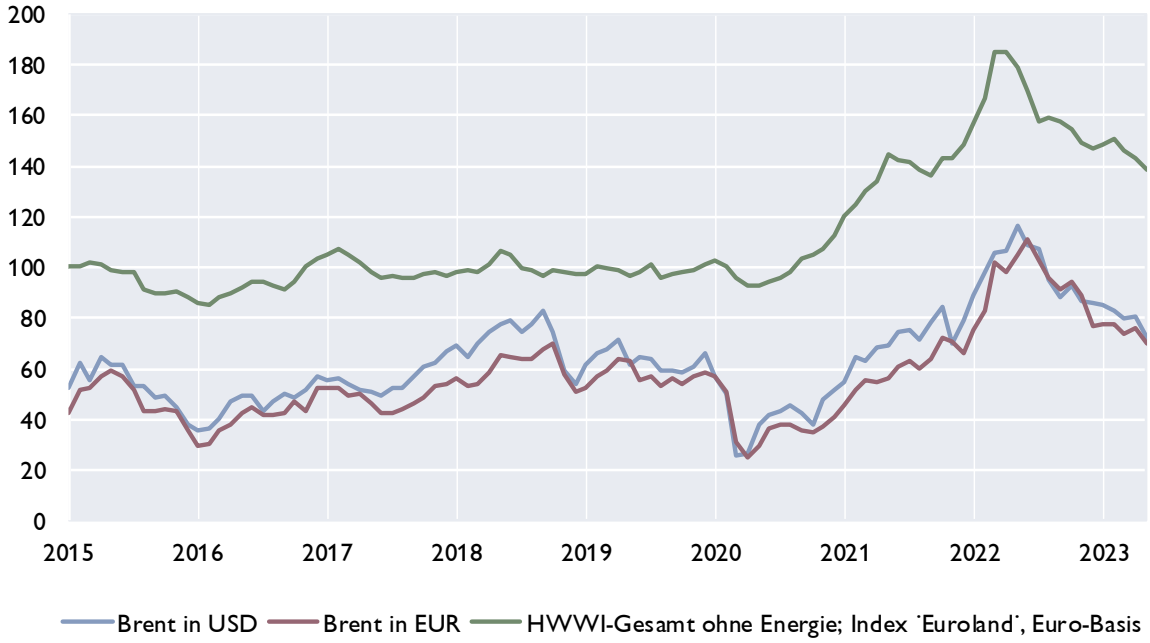
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB			OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2023			Juni 2023		April 2023		Mai 2023	
	2023	2024	2025	2023	2024	2023	2024	2023	2024
BIP, real	0,9	1,5	1,6	0,9	1,5	0,8	1,4	1,1	1,6
Privater Konsum, real	0,2	1,9	1,5	0,2	1,5	1,1	1,6	0,6	1,7
Öffentlicher Konsum, real	0,0	1,1	1,4	−0,2	0,9	0,3	0,5	0,7	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,5	1,1	2,1	0,6	1,4	0,4	1,1	1,0	2,1
Exporte, real	2,7	3,4	3,2	×	×	×	×	3,1	3,3
Importe, real	1,4	3,4	3,2	×	×	×	×	2,3	3,2
BIP Deflator	5,4	3,1	2,6	5,7	3,0	4,9	3,0	5,7	2,7
HVPI	5,4	3,0	2,2	5,8	3,2	5,3	2,9	5,8	2,8
Lohnstückkosten	5,6	3,4	2,6	×	×	3,6	2,8	5,0	3,2
Beschäftigte	1,3	0,5	0,4	×	×	0,3	0,2	0,6	0,5
Arbeitslosenquote	6,5	6,4	6,3	6,7	6,6	6,8	6,8	6,8	6,7
Leistungsbilanz	1,1	1,5	1,6	2,4	2,6	0,6	0,9	2,1	2,4
Öffentliches Defizit	−3,2	−2,6	−2,5	−2,9	−2,2	−3,7	−2,8	−3,2	−2,4
Erdölpreis in USD/Barrel	78,0	72,6	70,4	77,4	75,0	73,1	68,9	76,3	72,1
Kurzfristiger Zinssatz in %	3,4	3,4	2,9	3,2	3,4	2,8	3,0	3,3	3,3
USD/EUR	1,08	1,09	1,09	1,04	1,04	1,06	1,05	1,09	1,10
BIP, real USA	×	×	×	1,6	1,0	1,6	1,1	1,4	1,0
BIP, real Welt[1]	2,9	2,9	3,1	2,7	2,9	2,8	3,0	3,1	3,3
Welthandel[1]	1,5	3,4	3,3	1,6	3,8	2,4	3,5	1,4	3,0

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EU), Welthandel (ohne EU, Weltimporte).*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2021	2022	2022 Q2	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2023 Q2	2023 Feb	2023 Mär	2023 Apr	2023 Mai
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,6	8,4	8,0	9,3	10,0	8,0	..	8,5	6,9	7,0	6,1
Kerninflation	1,5	3,9	3,7	4,4	5,1	5,5	..	5,6	5,7	5,6	5,3
BIP-Deflator des privaten Konsums	2,3	6,8	6,3	7,5	8,5	8,1	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	0,0	3,1	2,6	3,1	4,8	5,7	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	3,9	4,3	4,2	3,7	4,8	5,2	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	3,8	1,1	1,6	0,6	-0,1	-0,4	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	12,3	34,3	36,5	41,1	27,2	10,9	..	12,7	5,5	1,0	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	137,6	164,0	177,5	158,3	150,3	148,5	..	150,8	146,2	143,2	138,2
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	59,9	93,8	104,7	96,8	86,9	76,5	..	77,9	73,8	75,9	69,6
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	70,8	98,7	111,5	97,4	88,5	82,1	..	83,4	79,0	83,3	75,7
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	5,3	3,4	0,8	0,4	-0,1	0,4	..	×	×	×	×
Privater Konsum	3,7	4,5	0,9	1,3	-1,0	0,3	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	4,3	1,4	-0,1	0,0	0,8	-1,1	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	3,7	1,0	4,0	-3,6	1,2	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	3,7	3,4	0,6	1,5	-1,2	-0,3	..	×	×	×	×
Nettoexporte	1,3	-0,2	0,1	-1,3	1,1	0,7	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,3	0,3	0,1	0,2	0,0	0,1	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	105,3	-331,7	-91,7	-127,4	-52,9	-5,5	..	2,8	23,6	-11,7	..
Leistungsbilanz	278,3	-149,3	-41,0	-92,9	-15,8	..	..	24,5	31,2	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,3	-1,1	-1,2	-2,8	-0,5	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,7	101,8	103,9	97,1	95,3	99,3	..	99,4	98,9	99,0	96,5
Industrievertrauen (Saldo)	9,4	4,8	6,7	1,7	-0,9	0,1	..	0,1	-0,7	-2,8	-5,2
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	60,2	52,1	54,1	49,3	47,1	48,2	..	48,5	47,3	45,8	44,8
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,2	90,4	92,3	87,6	86,8	91,5	..	91,1	93,2	93,4	91,7
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	8,8	2,2	2,7	3,2	1,3	0,2	..	2,1	-2,2	0,6	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,5	-21,9	-22,7	-27,0	-24,4	-19,6	..	-19,0	-19,1	-17,5	-17,4
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	5,1	0,9	1,2	-0,6	-2,6	-2,5	..	-2,4	-3,2	-2,4	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,4	82,2	82,5	82,3	81,4	81,0	81,2	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,6	..	6,6	6,6	6,5	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,5	2,3	0,4	0,3	0,3	0,6	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	6,9	4,1	5,8	6,3	4,1	2,5	..	2,9	2,5	1,9	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	2,9	2,4	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	4,3	3,8	4,5	4,4	3,8	2,8	..	3,2	2,8	2,5	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	2,50	0,00	1,25	2,50	3,50	..	3,00	3,50	3,50	3,75
3-Monats Zinssatz (%)	-0,55	0,35	-0,35	0,49	1,77	2,64	..	2,64	2,91	3,18	3,37
10-Jahres Zinssatz (%)	0,20	2,04	1,96	2,32	3,04	3,17	..	3,22	3,23	3,19	3,21
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	..	..	2,31	1,84	1,27	0,53	..	0,58	0,32	0,01	-0,2
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	..	..	144,7	168,2	174,9	133,3	..	121,0	138,7	135,0	144,7
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	448,0	414,7	413,8	394,0	404,0	447,8	..	455,8	448,5	460,4	456,4
Wechselkurs USD je EUR	1,18	1,05	1,07	1,01	1,02	1,07	..	1,07	1,07	1,10	1,09
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	102,1	97,3	97,6	95,3	97,0	99,4	..	99,4	99,6	100,9	100,3
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	102,9	99,5	99,3	97,7	100,3	102,6	..	102,7	102,9	104,0	103,0
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-5,3	-3,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	97,3	93,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

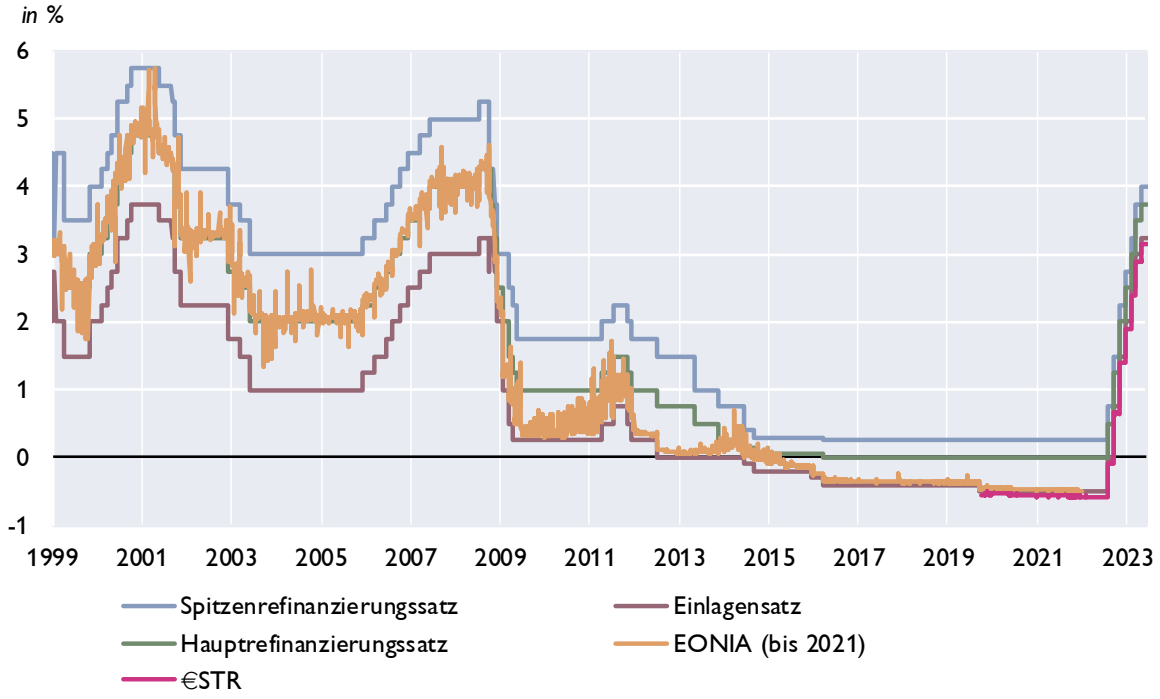
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

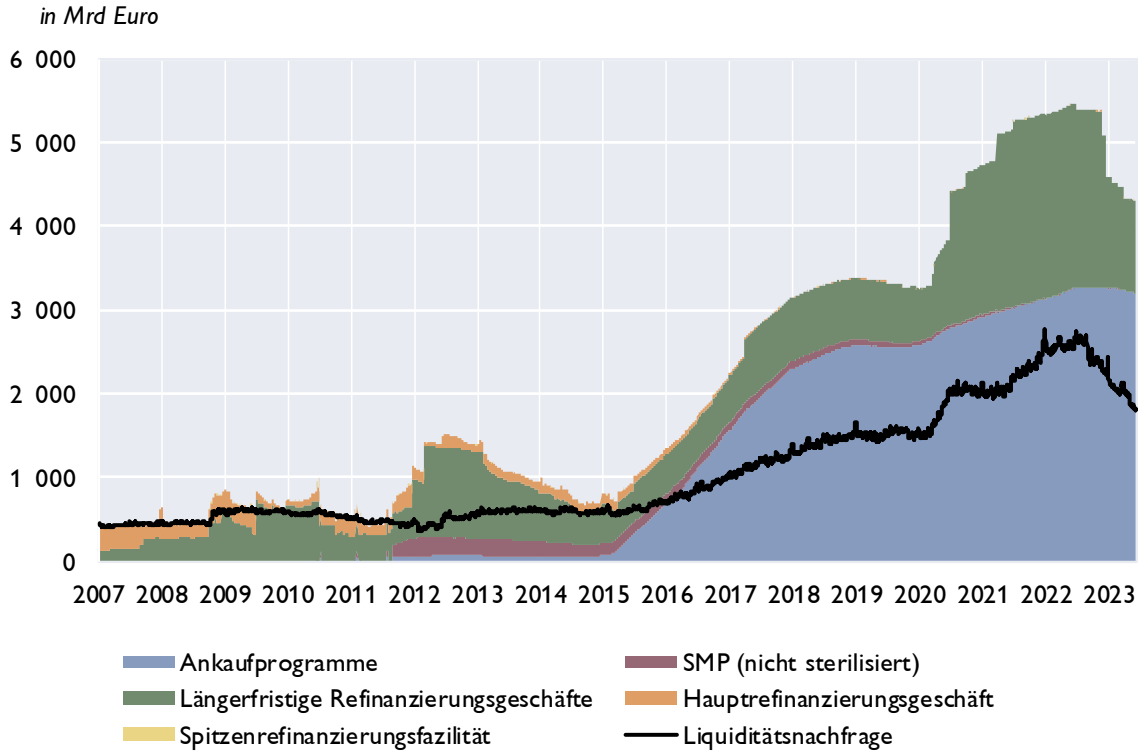
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

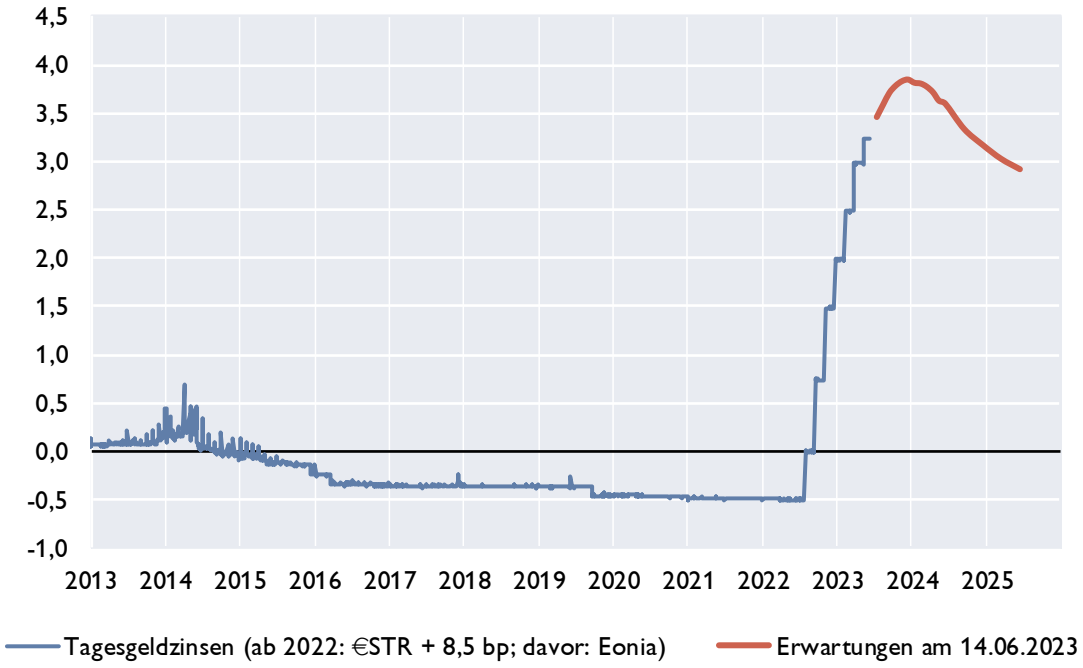


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

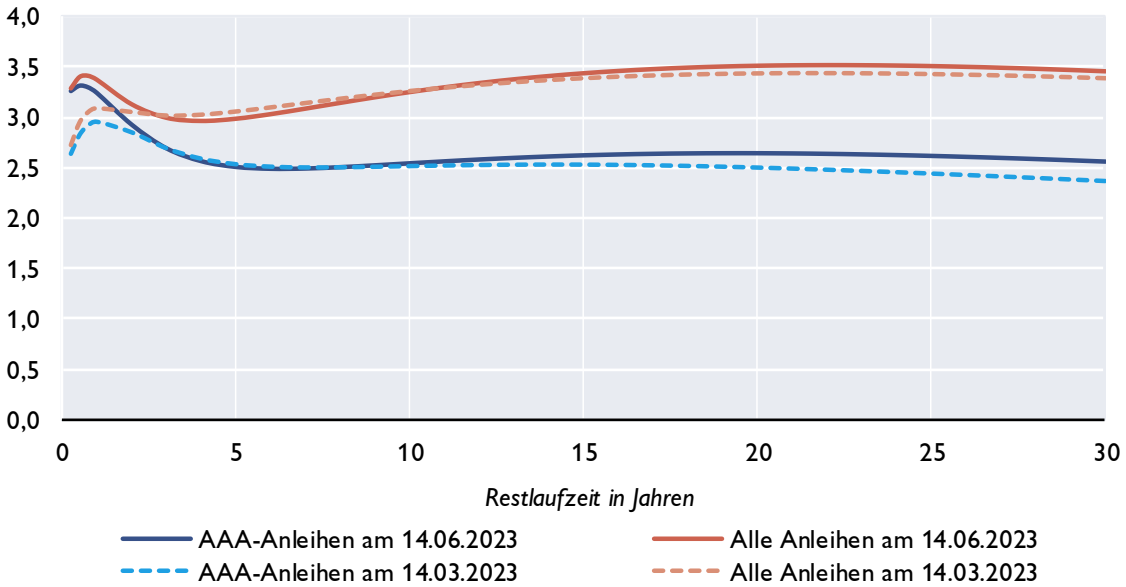
Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

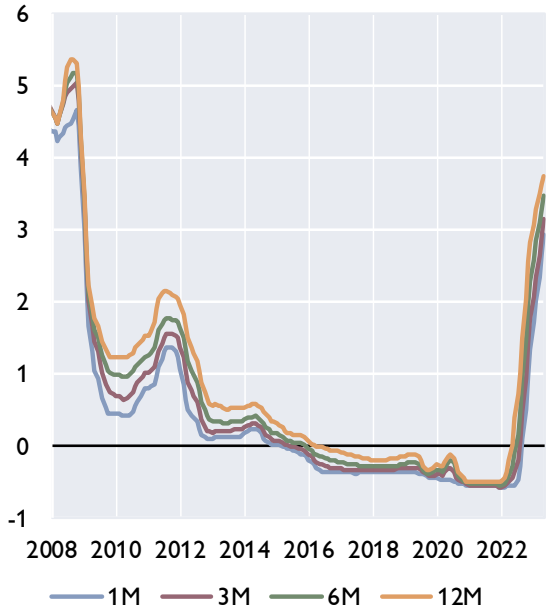


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

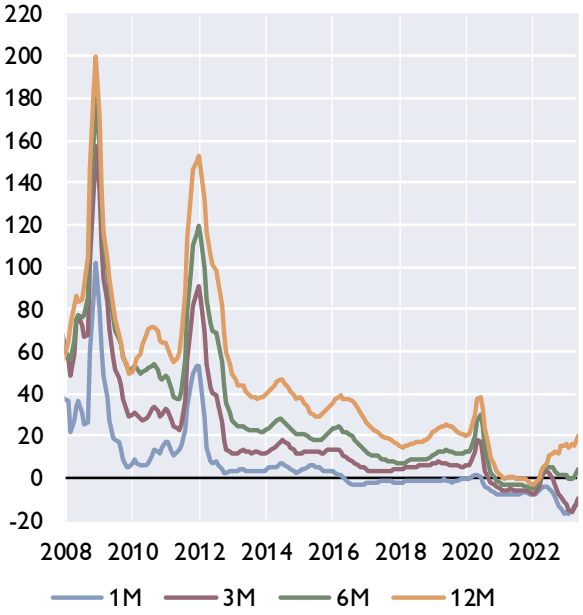
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



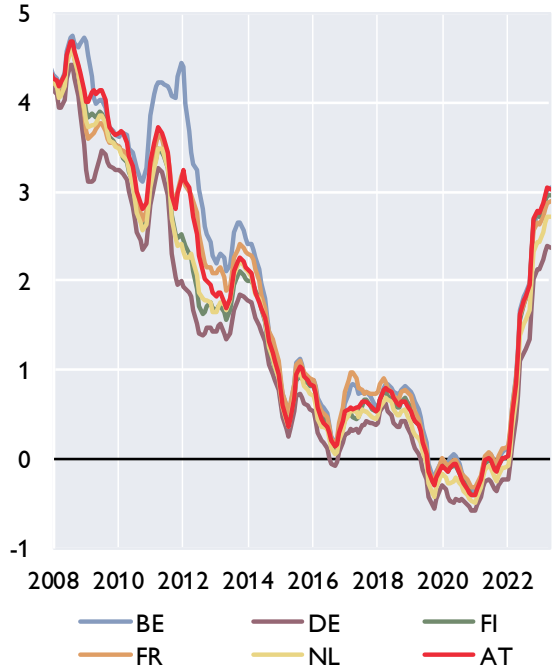
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



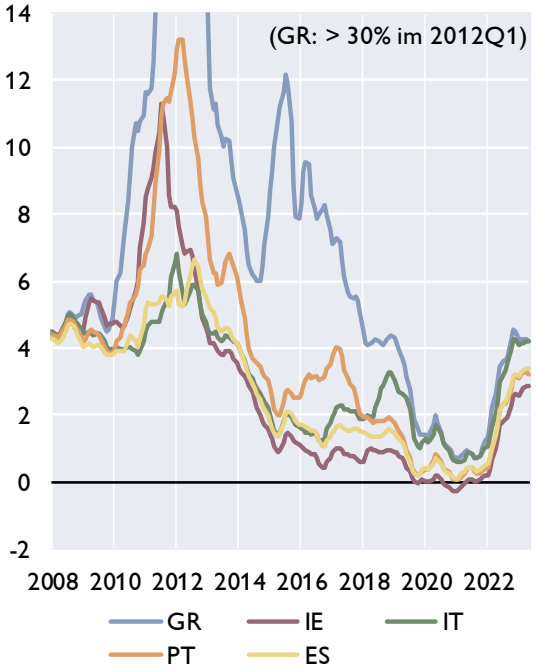
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

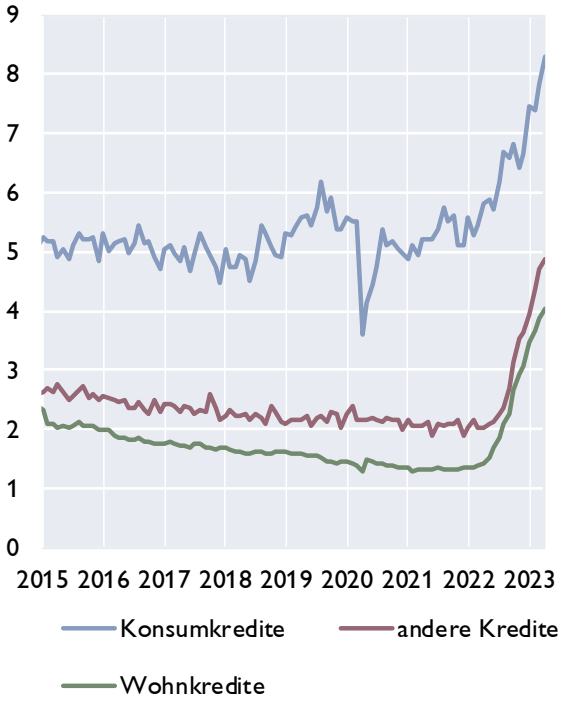


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

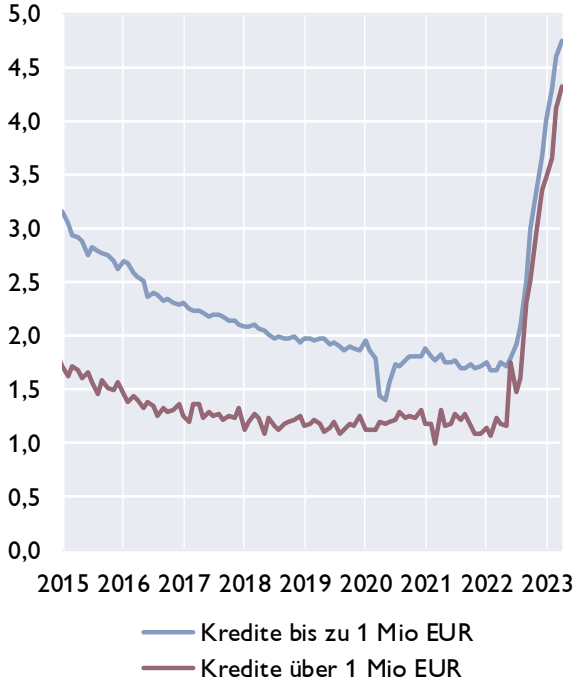
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



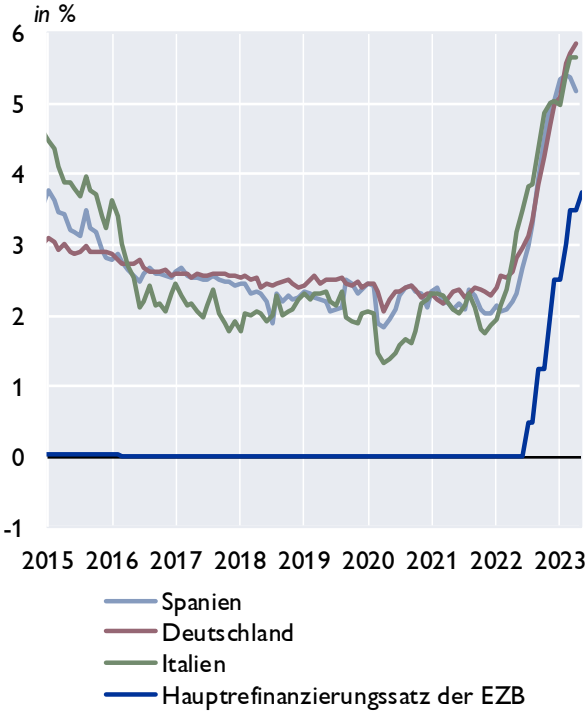
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



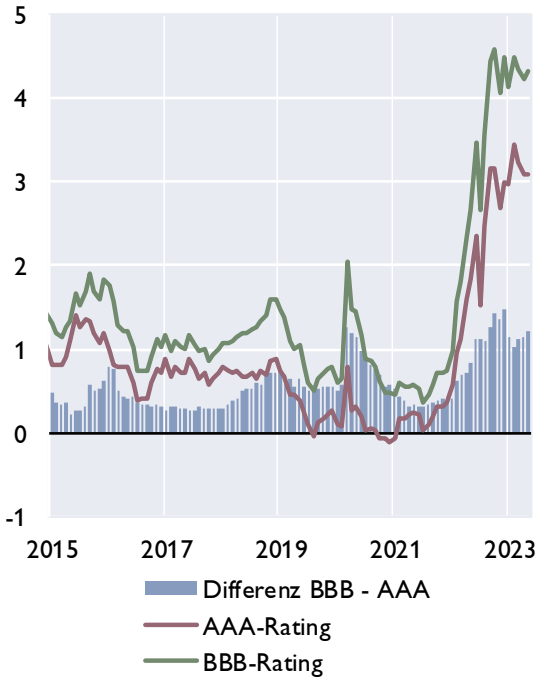
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

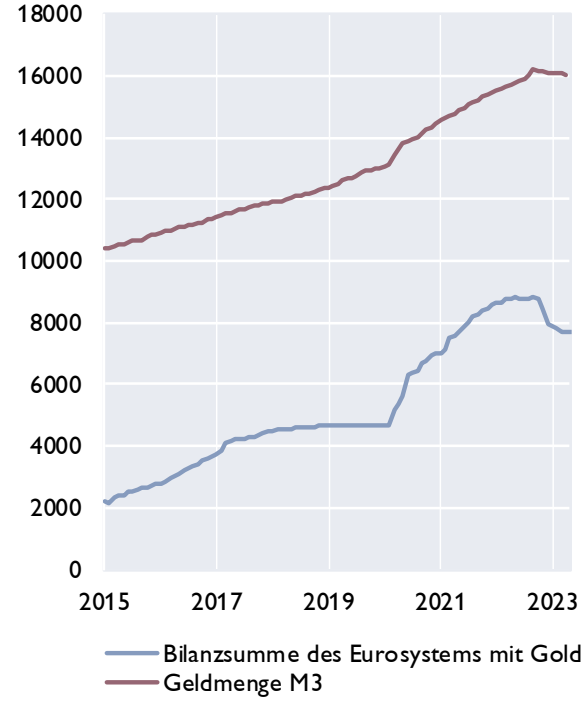


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

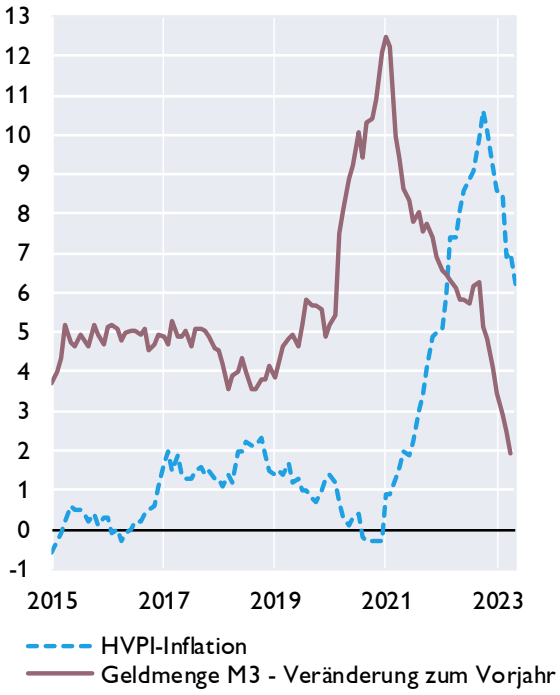
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



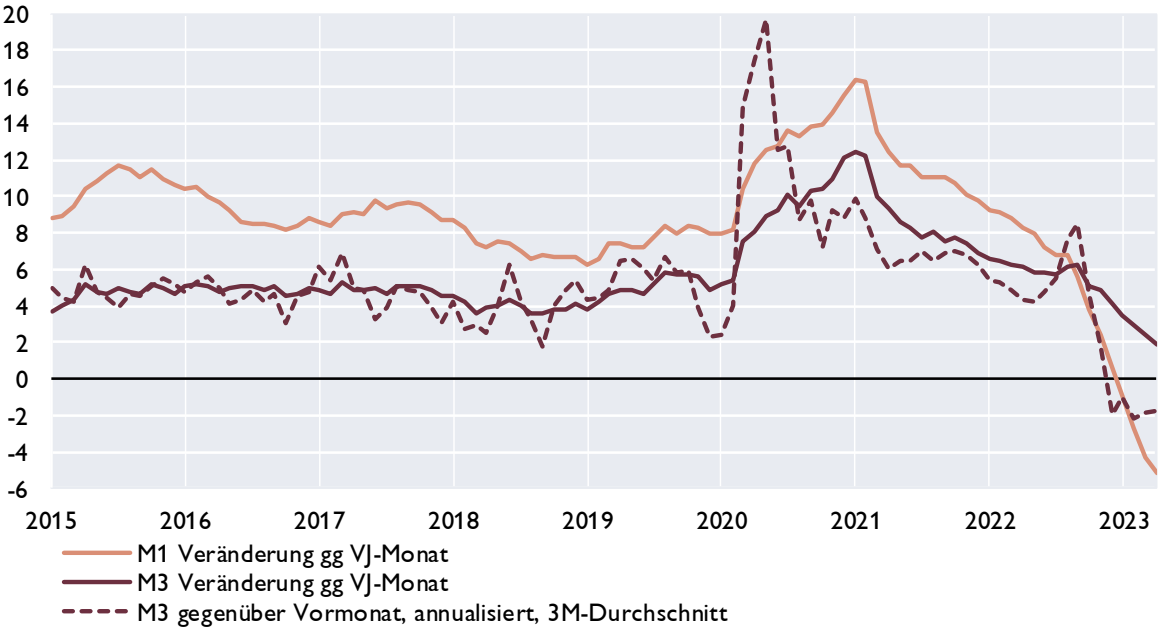
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

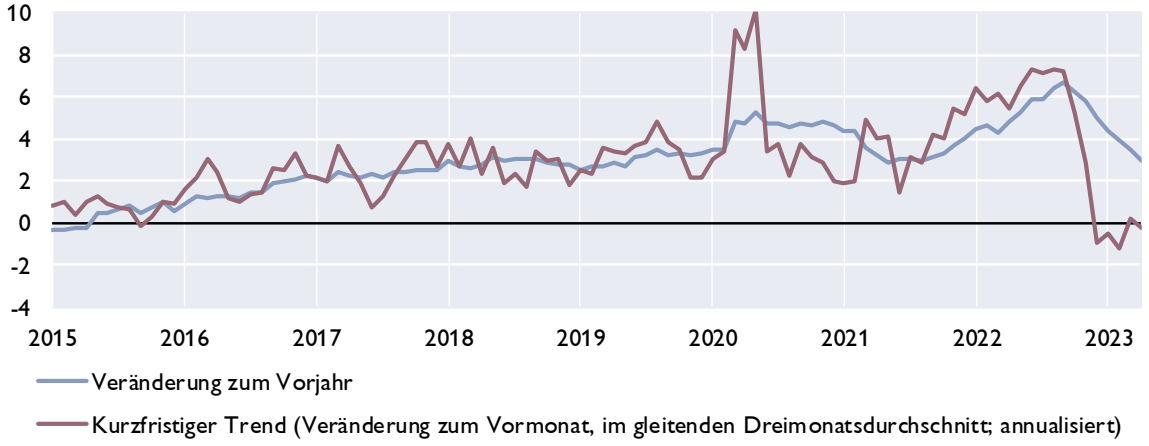
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2021	2022	Nov.22	Dez.22	Jän.23	Feb.23	Mär.23	Apr.23
Aktiva	Kredite	6,1	3,8	4,7	3,8	3,1	2,6	2,0	1,5
	Kredite an öffentliche Haushalte	11,3	2,8	3,7	2,8	1,4	0,7	−0,1	−0,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,9	4,3	5,1	4,3	3,8	3,3	2,9	2,5
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*4,0*	*5,0*	*5,8*	*5,0*	*4,4*	*3,9*	*3,5*	*3,0*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	6,5	−0,8	−0,3	−0,8	−1,0	−2,2	−0,3	0,3
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	10,7	0,1	2,0	0,1	−0,2	−2,1	−1,0	−1,4
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−0,5	0,5	−0,1	0,5	1,2	1,8	2,3	2,3

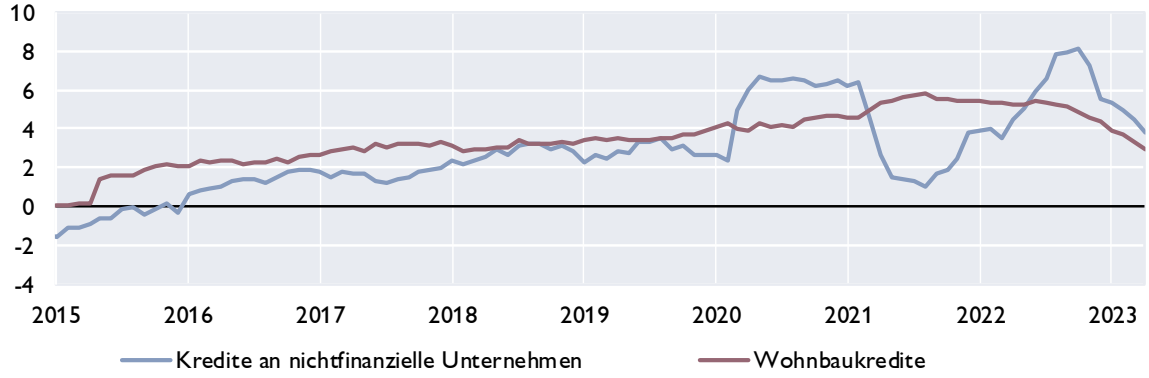
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



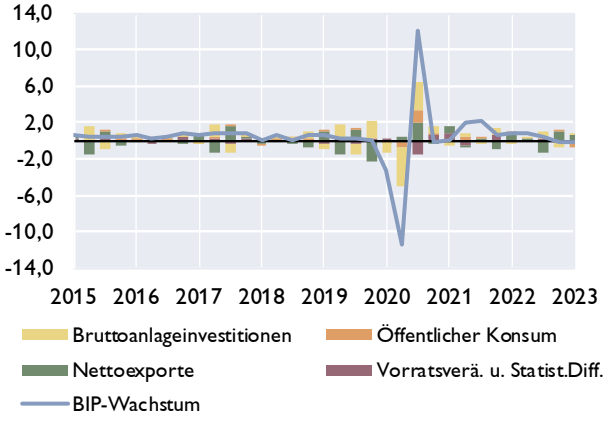
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

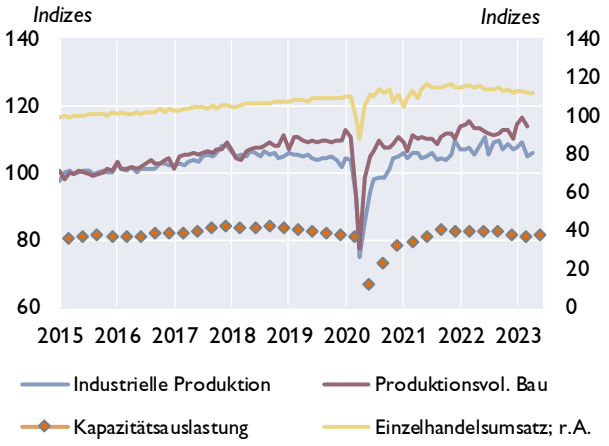
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

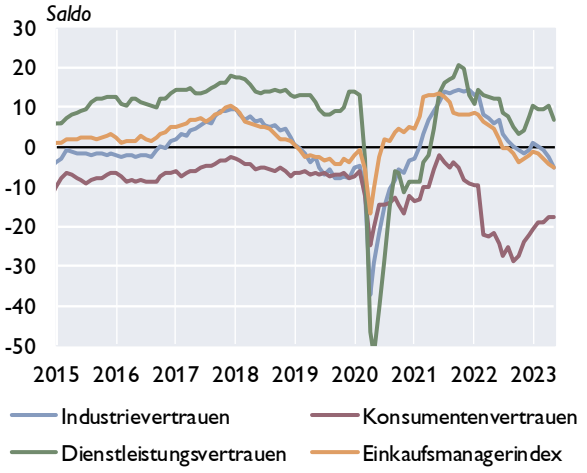
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



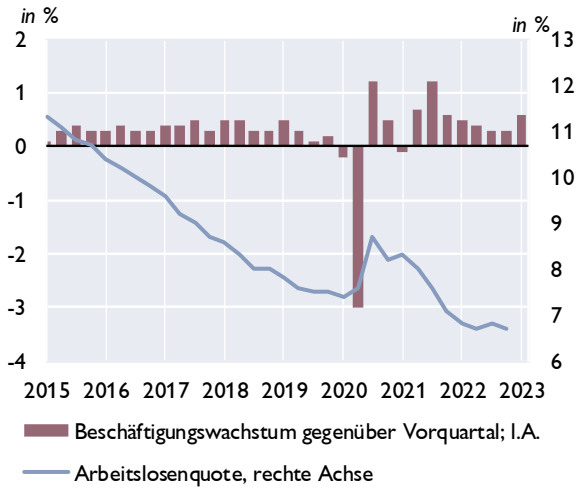
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
Leistungsbilanz	188,7	288,7	−93,1	42,2	−4,7	−50,9	−74,4	36,9
Güter	342,0	290,3	−56,1	37,8	−2,1	−22,6	−50,8	19,3
Dienstleistungen	−15,6	91,8	116,4	18,3	28,1	43,0	15,6	29,7
Einkommen	20,1	65,8	7,8	26,3	12,3	−34,8	3,0	27,3
Laufende Transfers	−157,8	−159,2	−161,3	−40,2	−43,1	−36,6	−42,2	−39,4
Vermögensübertragungen	3,4	45,8	128,0	13,4	7,8	104,1	3,2	12,9
Kapitalbilanz	182,7	313,9	22,0	26,5	−6,5	24,7	−50,2	53,9
Direktinvestitionen	−197,5	294,7	141,6	59,0	14,2	112,3	−18,0	33,0
Portfolioinvestitionen	530,1	317,2	−242,0	82,6	−48,3	−41,3	−178,4	26,0
Finanzderivate	18,9	68,6	69,5	40,2	−1,6	28,9	44,1	−2,0
Sonstige Investiitionen	−181,9	−496,6	35,2	−158,3	30,1	−77,6	94,7	−12,0
Währungsreserven	13,2	130,1	17,7	2,9	−0,9	2,3	7,4	8,9
Statistische Differenz	−9,4	−20,6	−12,8	−29,1	−9,5	−28,4	21,1	4,1
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	1,6	2,3	−1,1	1,0	0,3	−1,2	−2,8	−0,5

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

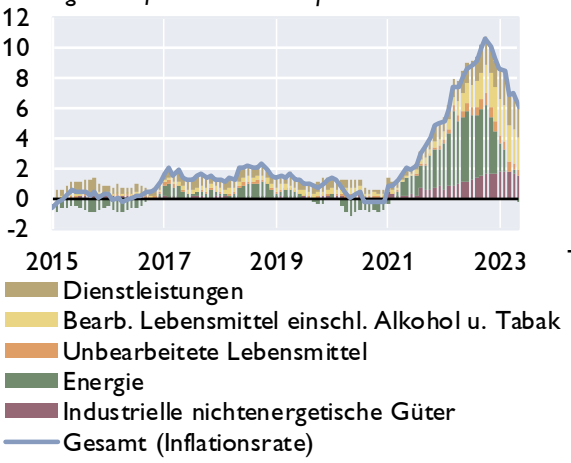
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2023	2021	2022	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	8,4	8,5	6,9	7,0	6,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,1	1,3	10,5	17,3	17,5	15,0	13,7
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,4	6,1	7,3	7,6	7,6
Bekleidung und Schuhe	5,2	0,9	2,1	5,3	4,7	4,1	4,2
Wohnung, Wasser, Energie	15,2	4,6	17,6	10,1	4,6	4,8	4,1
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	1,5	6,4	8,9	8,5	8,1	7,2
Gesundheitspflege	4,9	0,4	1,3	2,6	2,6	2,8	2,8
Verkehr	15,0	6,3	11,2	5,8	0,6	3,1	0,1
Nachrichtenübermittlung	2,7	−0,4	−0,6	0,3	0,3	0,3	0,5
Freizeit und Kultur	8,9	1,3	4,1	5,1	6,3	5,6	5,7
Bildungswesen	1,0	−0,3	0,7	4,4	4,4	4,5	4,5
Hotels, Cafes und Restaurants	10,5	1,6	7,0	8,6	8,5	8,8	8,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,9	1,9	3,0	5,3	5,3	5,3	5,3

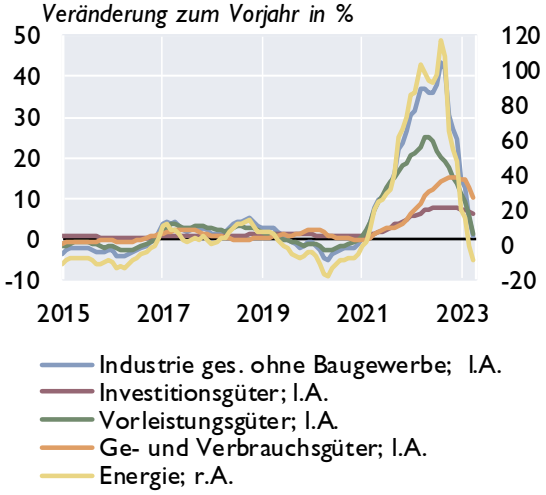
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



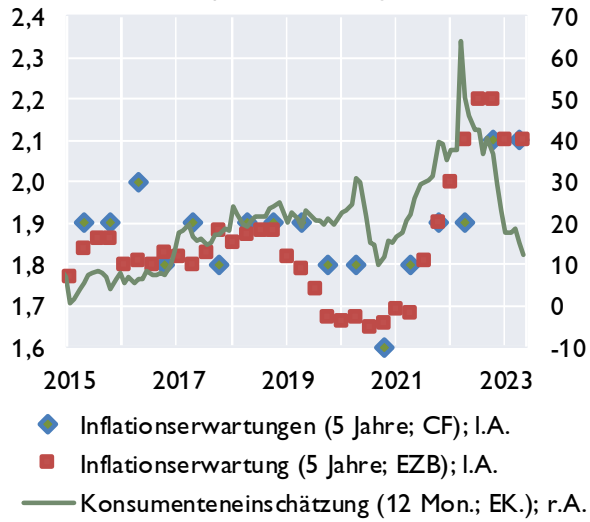
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



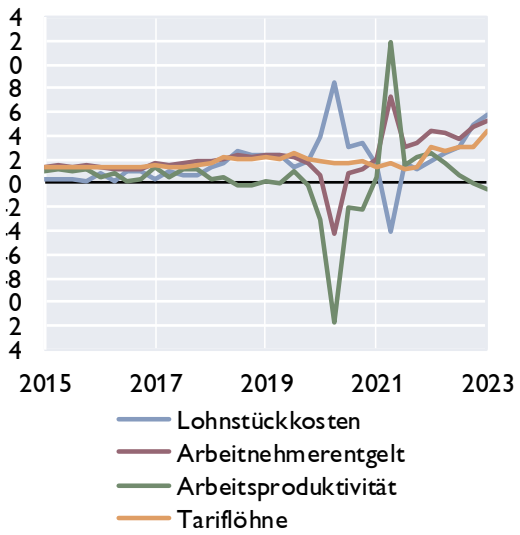
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

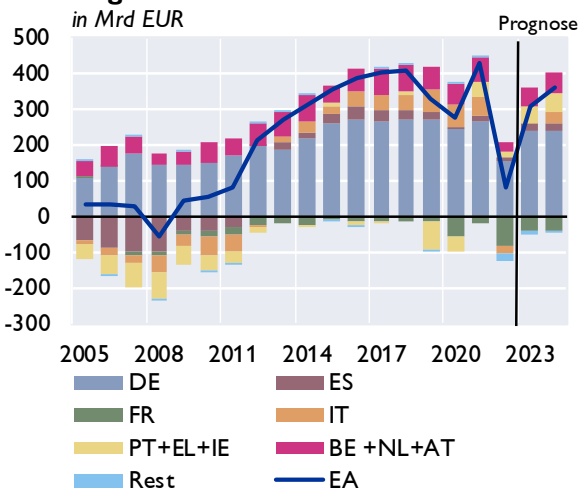


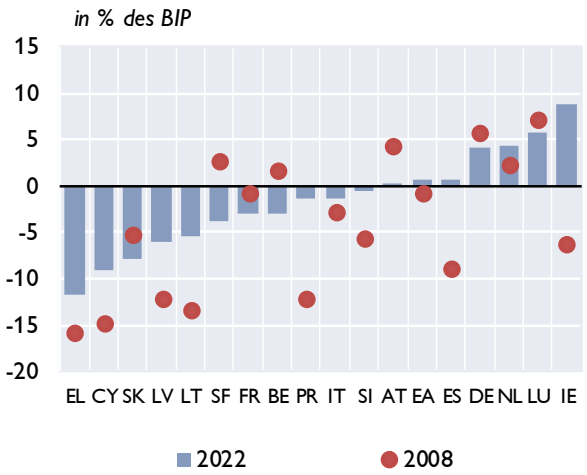
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

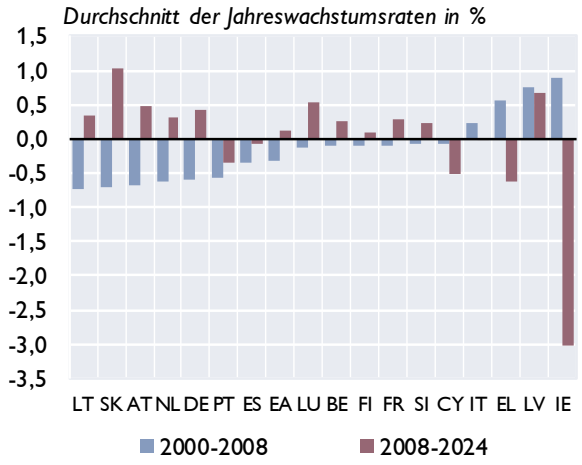
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

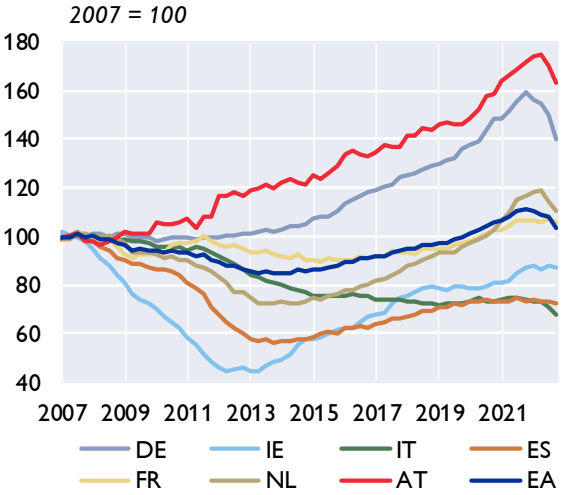




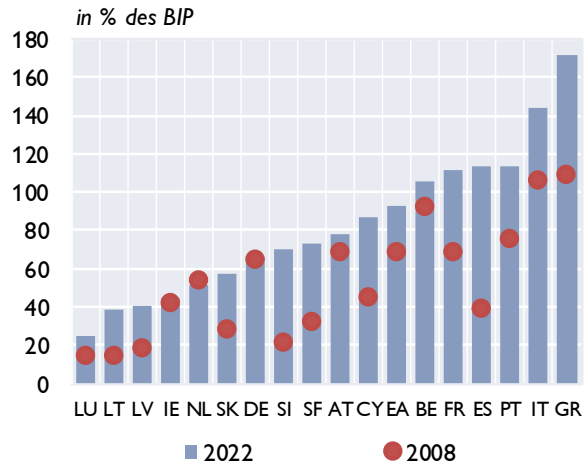
Lohnstückkosten[1]



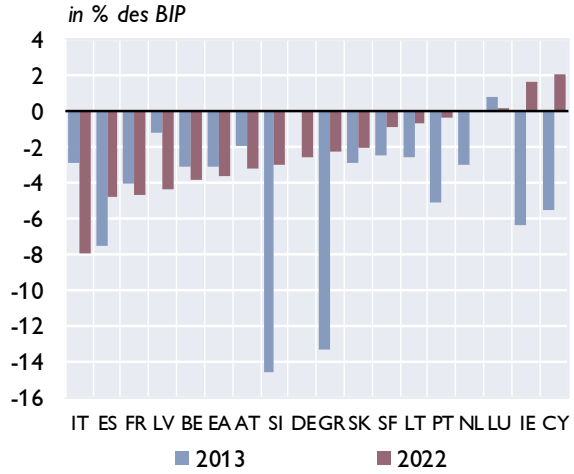
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



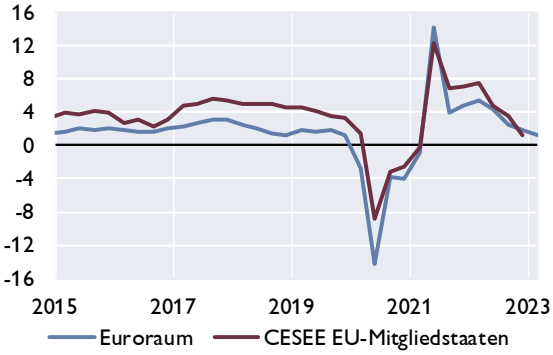
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose Mai 2023.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

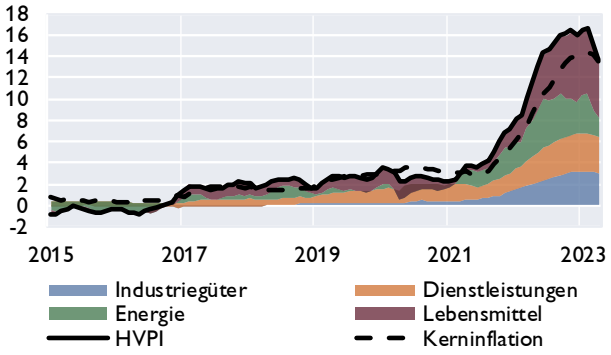
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



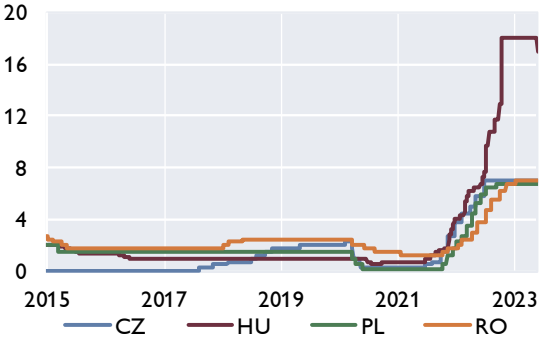
Inflation: CESEE EU-Mitgliedstaaten

in Prozentpunkten, HVPI und Kerninflation in % ggü. Vorjahresperiode



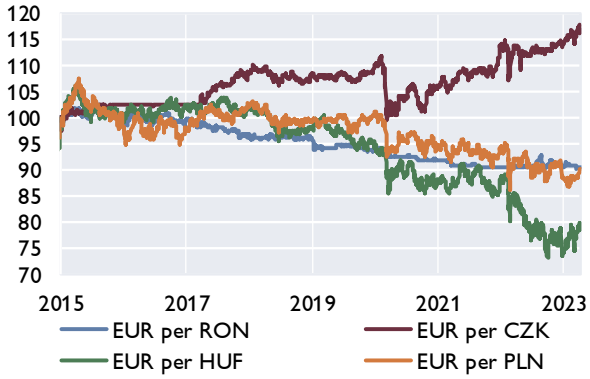
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2015=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	EU-Kommission		IWF		wiiw		EBRD	
	Mai 2023		April 2023		April 2023		Mai 2023	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Bulgarien	1,5	2,4	1,4	3,5	1,7	2,2	1,3	2,9
Estland	−0,4	3,1	−1,2	3,2	0,4	2,6	−1,3	2,8
Kroatien	1,6	2,3	1,7	2,3	2,5	2,9	1,5	2,3
Lettland	1,4	2,8	4,0	2,9	0,3	2,5	0,0	2,5
Litauen	0,5	2,7	−0,3	2,7	0,9	2,6	0,0	2,0
Polen	0,7	2,7	0,3	2,4	1,0	2,4	0,6	3,0
Rumänien	3,2	3,5	2,4	3,7	3,0	4,0	2,5	3,5
Russland	−0,9	1,3	0,7	1,3	0,0	1,0	−1,5	1,0
Slowakei	1,7	2,1	1,3	2,7	0,6	2,5	1,4	3,0
Slowenien	1,2	2,2	1,6	2,1	1,4	2,5	1,5	2,3
Tschechische Republik	0,2	2,6	−0,5	2,0	0,2	2,4	−0,1	2,9
Ungarn	0,5	2,8	0,5	3,2	−0,5	1,5	0,4	3,5

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, EBRD.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2022	2023	2024	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23
		Prognose[1]						
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	3,2	1,2	1,4	5,4	4,1	2,1	1,5	1,4
Deutschland	1,8	0,2	1,4	3,8	1,7	1,4	0,8	−0,5
Estland	−1,3	−0,4	3,1	3,0	−0,6	−2,4	−3,9	−3,7
Irland	12,0	5,5	5,0	12,1	12,4	11,3	12,8	−0,3
Griechenland	5,9	2,4	1,9	7,8	7,3	4,2	4,8	2,1
Spanien	5,5	1,9	2,0	6,5	7,7	4,8	2,9	3,8
Frankreich	2,5	0,7	1,4	4,5	4,0	1,1	0,6	0,9
Kroatien	6,2	1,6	2,3	7,6	8,4	5,5	3,7	2,6
Italien	3,7	1,2	1,1	6,5	5,0	2,5	1,5	1,9
Zypern	5,6	2,3	2,7	6,3	6,4	5,5	4,4	3,4
Lettland	2,8	1,4	2,8	6,0	3,3	0,8	1,2	0,4
Litauen	1,9	0,5	2,7	4,5	2,2	1,4	−0,4	−2,7
Luxemburg	1,5	1,6	2,4	2,5	2,2	3,8	−2,2	−0,4
Malta	7,1	3,9	4,1	8,3	9,6	5,6	5,1	3,2
Niederlande	4,5	1,8	1,2	6,2	5,2	3,3	3,4	2,1
Österreich	4,9	0,4	1,6	8,7	6,3	2,1	2,9	1,8
Portugal	6,7	2,4	1,8	11,9	7,4	4,8	3,2	2,5
Slowenien	5,4	1,2	2,2	9,7	8,3	3,9	1,3	0,7
Slowakische Republik	1,7	1,7	2,1	3,1	1,5	1,2	1,0	1,0
Finnland	2,1	0,2	1,4	3,9	3,0	1,6	0,1	−0,3
Euroraum	3,5	1,1	1,6	5,5	4,4	2,5	1,8	1,0
Bulgarien	3,4	1,5	2,4	5,2	4,6	3,2	2,2	2,3
Tschechische Republik	2,5	0,2	2,6	4,7	3,5	1,5	0,3	−0,4
Dänemark	3,8	0,3	1,5	5,3	4,5	4,0	1,6	2,4
Ungarn	4,6	0,5	2,8	8,0	6,2	3,7	0,7	−1,1
Polen	5,1	0,7	2,7	10,9	5,9	4,7	0,6	0,0
Rumänien	4,7	3,2	3,5	4,9	3,8	3,9	4,3	2,8
Schweden	2,8	−0,5	1,1	5,3	4,1	2,6	−0,2	0,8
EU	3,5	1,0	1,7	5,7	4,4	2,6	1,7	1,0
Türkei	5,6	3,5	4,0	7,2	7,0	4,1	3,5	3,0
Vereinigtes Königreich	4,1	−0,2	1,0	10,6	3,8	2,0	0,6	0,2
USA	2,1	1,4	1,0	3,7	1,8	1,9	0,9	1,6
Japan	1,0	1,1	1,0	0,6	1,5	1,6	0,4	1,8
Schweiz	2,1	0,8	1,5	4,3	2,5	1,0	0,7	0,7
Russland	−2,1	−0,9	1,3	3,0	−4,5	−3,5	−2,7	−1,9
Brasilien	2,9	1,0	1,3	2,4	3,7	3,6	1,9	4,0
China	3,0	5,5	4,7	4,8	0,4	3,9	2,9	4,5
Indien	6,7	5,6	6,6	4,0	13,1	6,2	4,5	6,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] *EK-Prognose: Mai 2023.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2022	Prognose[2] 2023	2024	Jän.23	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	10,3	3,4	3,5	7,4	5,4	4,9	3,3	2,7
Deutschland	8,7	6,8	2,7	9,2	9,3	7,8	7,6	6,3
Estland	19,4	9,2	2,8	18,6	17,8	15,6	13,2	11,2
Irland	8,1	4,6	2,6	7,5	8,1	7,0	6,3	5,4
Griechenland	9,3	4,2	2,4	7,3	6,5	5,4	4,5	4,1
Spanien	8,3	4,0	2,7	5,9	6,0	3,1	3,8	2,9
Frankreich	5,9	5,5	2,5	7,0	7,3	6,7	6,9	6,0
Kroatien	10,7	6,9	2,2	12,5	11,7	10,5	8,9	8,3
Italien	8,7	6,1	2,9	10,7	9,8	8,1	8,6	8,0
Zypern	8,1	3,8	2,5	6,8	6,7	6,1	3,9	3,6
Lettland	17,2	9,3	1,7	21,4	20,1	17,2	15,0	12,3
Litauen	18,9	9,2	2,2	18,5	17,2	15,2	13,3	10,7
Luxemburg	8,2	3,2	2,6	5,8	4,8	2,9	2,7	2,0
Malta	6,1	5,4	2,8	6,8	7,0	7,1	6,4	6,3
Niederlande	11,6	4,9	3,3	8,4	8,9	4,5	5,8	6,8
Österreich	8,6	7,1	3,8	11,6	11,0	9,2	9,4	8,8
Portugal	8,1	5,1	2,7	8,6	8,6	8,0	6,9	5,4
Slowenien	9,3	7,0	3,8	9,9	9,4	10,4	9,2	8,1
Slowakische Republik	12,1	10,9	5,7	15,1	15,4	14,8	14,0	12,3
Finnland	7,2	4,8	2,1	7,9	8,0	6,7	6,3	5,0
Euroraum	8,4	5,8	2,8	8,6	8,5	6,9	7,0	6,1
Bulgarien	13,0	9,4	4,2	14,3	13,7	12,1	10,3	8,6
Tschechische Republik	14,8	11,9	3,4	19,1	18,4	16,5	14,3	12,5
Dänemark	8,5	4,3	2,5	8,4	8,3	7,3	5,6	2,9
Ungarn	15,3	16,4	4,0	26,2	25,8	25,6	24,4	21,9
Polen	13,2	11,7	6,0	15,9	17,2	15,2	14,0	12,5
Rumänien	12,0	9,7	4,6	13,4	13,4	12,2	10,4	9,6
Schweden	8,1	6,0	1,9	9,6	9,7	8,1	7,7	6,7
EU	9,2	6,7	3,1	10,0	9,9	8,3	8,1	7,1
Türkei	72,3	45,0	30,3	57,7	55,2	50,6	43,7	39,7
Vereinigtes Königreich	9,1	6,7	2,4	10,1	10,4	10,1	8,7	..
USA	8,0	4,3	2,6	6,3	6,0	5,0	5,0	4,1
Japan	2,5	3,2	1,8	4,3	3,3	3,2	3,5	..
Schweiz	2,7	2,2	1,3	3,2	3,2	2,7	2,6	2,2
Russland	13,8	6,4	4,6	10,9	5,3	4,7	4,7	3,6
Brasilien	9,3	5,0	4,8	5,8	5,6	4,7	4,2	3,9
China[3]	2,0	3,0	3,0	2,1	1,0	0,7	0,1	0,2
Indien	5,9	4,9	4,4	6,2	6,2	5,8	5,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK-Prognose: Mai 2023; Brasilien u. Indien: IWF WEO April 2023.*

[3] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Seite 18

Arbeitslosenquoten[1]

	2022	Prognose[2] 2023	2024	Jän.23	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23
	in %							
Belgien	5,6	5,8	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6	..
Deutschland	3,1	3,2	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9	..
Estland	5,6	6,2	6,1	5,2	5,3	5,9	6,1	..
Irland	4,5	4,3	4,3	4,3	4,1	4,0	3,9	3,8
Griechenland	12,5	12,2	11,8	10,6	11,1	11,1	11,2	..
Spanien	12,9	12,7	12,4	12,9	12,8	12,8	12,7	..
Frankreich	7,3	7,4	7,5	7,1	7,0	7,0	7,0	..
Kroatien	7,0	6,6	6,1	6,8	6,6	6,5	6,5	..
Italien	8,1	7,8	7,7	8,0	8,0	7,9	7,8	..
Zypern	6,8	6,9	6,4	6,7	6,3	5,7	5,1	..
Lettland	6,9	6,8	6,5	6,4	6,1	5,9	5,7	..
Litauen	6,0	6,6	6,5	6,8	7,3	7,6	7,5	..
Luxemburg	4,6	4,8	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	..
Malta	2,9	2,9	2,9	3,0	3,0	2,9	2,8	..
Niederlande	3,5	3,8	3,9	3,6	3,5	3,5	3,4	..
Österreich	4,8	4,9	5,0	5,1	4,9	4,5	5,1	..
Portugal	6,0	6,5	6,3	7,1	7,0	7,0	6,8	..
Slowenien	4,0	3,9	3,8	3,5	3,6	3,6	3,6	..
Slowakische Republik	6,1	5,8	5,4	6,1	6,1	6,1	6,1	..
Finnland	6,8	7,1	6,8	7,1	6,6	6,6	6,9	..
Euroraum	6,8	6,8	6,7	6,6	6,6	6,6	6,5	..
Bulgarien	4,3	4,3	4,0	4,1	4,0	4,0	3,9	..
Tschechische Republik	2,2	2,8	2,6	2,5	2,4	2,6	2,7	..
Dänemark	4,5	5,0	5,1	4,3	5,2	4,6	4,9	..
Ungarn	3,6	4,2	4,0	3,8	3,8	3,9	3,9	..
Polen	2,9	3,3	3,2	2,7	2,6	2,7	2,7	..
Rumänien	5,6	5,4	5,1	5,6	5,5	5,5	5,6	..
Schweden	7,5	7,7	8,2	7,3	7,6	7,2	7,1	..
EU	6,2	6,2	6,1	6,1	6,0	6,0	6,0	..
Türkei	10,5	10,2	10,2	9,8	10,2	10,1	10,2	..
Vereinigtes Königreich	3,7	4,3	4,6	3,8	3,9	3,8	..	..
USA	3,6	4,1	4,8	3,4	3,6	3,5	3,4	3,7
Japan	2,6	2,5	2,4	2,4	2,6	2,8	2,6	..
Schweiz	2,2	4,7	4,7	1,9	1,9	1,9	1,9	..
Russland	3,9	3,7	4,0	3,6	3,5	3,5	3,3	..
Brasilien	9,5	8,2	8,1	8,4	8,6	8,8	8,5	..
China	5,6	4,1	3,9	5,5	5,6	5,3	5,2	5,2
Indien	7,6	x	x	7,1	7,5	7,8	8,5	7,7

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose Mai 2023; BR, CN: IWF-Prognose April 2023.*

Seite 19

Leistungsbilanzsalden

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Prognose[1] 2023	2024
	in % des BIP									
Belgien	1,4	0,6	0,7	−0,9	0,1	1,1	0,4	−2,9	−1,8	−1,8
Deutschland	8,7	8,7	8,0	8,1	7,7	7,1	7,4	4,0	5,8	5,6
Estland	1,8	1,2	2,3	0,9	2,4	−1,0	−1,8	−1,3	−0,3	0,1
Irland	4,5	−4,1	0,6	4,9	−19,8	−6,8	14,2	8,8	11,1	11,9
Griechenland	−1,4	−2,3	−2,1	−3,5	−2,3	−8,0	−8,2	−11,8	−9,2	−7,8
Spanien	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,6	1,0	0,6	1,6	1,5
Frankreich	−0,5	−0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−2,5	−0,8	−3,1	−1,5	−1,3
Kroatien	2,9	2,2	3,3	1,6	2,9	−0,4	3,2	−0,2	0,7	1,1
Italien	1,4	2,6	2,6	2,6	3,3	3,9	3,1	−1,3	0,0	1,3
Zypern	−0,3	−3,9	−5,0	−3,9	−5,5	−10,0	−6,8	−9,1	−7,3	−6,9
Lettland	−0,6	1,6	1,3	−0,1	−0,6	2,6	−4,2	−6,1	−3,4	−2,7
Litauen	−2,5	−1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	1,1	−5,3	−1,1	−0,1
Luxemburg	−1,0	1,8	3,0	3,9	−1,4	3,1	5,3	5,7	7,2	7,4
Malta	2,7	3,7	10,9	10,7	8,1	2,4	5,0	1,6	3,8	4,1
Niederlande	5,2	7,1	8,9	9,3	6,9	5,1	7,3	4,4	6,0	6,1
Österreich	1,9	2,9	1,5	1,0	2,5	3,0	0,4	0,2	0,8	1,2
Portugal	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	−1,2	−0,8	−1,5	1,0	0,8
Slowenien	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,7	4,0	−0,5	0,9	1,7
Slowakische Republik	−0,7	−2,1	−1,0	−0,7	−2,9	0,1	−2,4	−7,8	−6,7	−5,3
Finnland	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,3	0,6	0,5	−3,9	−1,9	−1,2
Euroraum	3,3	3,5	3,6	3,5	2,7	2,4	3,5	0,6	2,1	2,4
Bulgarien	0,6	5,3	6,1	6,1	−6,4	0,0	−1,9	−0,4	0,1	0,2
Tschechische Republik	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	0,7	−2,3	−5,4	−2,5	−0,7
Dänemark	8,2	7,8	8,0	7,3	8,5	7,9	9,0	13,1	10,7	10,7
Ungarn	1,8	4,2	1,6	−0,0	−0,9	−0,9	−3,8	−8,3	−3,5	−2,8
Polen	−1,3	−1,1	−1,2	−2,0	−0,3	2,3	−1,4	−3,2	−1,0	0,5
Rumänien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	−8,8	−7,6	−7,4
Schweden	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	6,0	6,5	4,4	5,9	6,3
EU	3,2	3,4	3,4	3,2	2,7	2,6	3,1	0,5	2,0	2,3
Türkei	−3,0	−3,1	−4,7	−4,7	−4,7	−4,7	−1,7	−5,7	−4,2	−2,7
Vereinigtes Königreich	−5,1	−5,5	−3,6	−4,1	−2,8	−3,2	−1,5	−3,8	−2,2	−1,7
USA	−2,3	−2,2	−1,9	−2,1	−2,1	−2,8	−3,7	−3,9	−3,3	−3,0
Japan	3,1	3,9	4,1	3,5	3,5	2,9	3,9	2,1	2,6	3,4
Schweiz	8,6	6,4	4,7	4,2	3,4	1,1	7,1	7,3	7,0	7,7
Russland	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,4	6,7	10,4	5,3	4,8
Brasilien	−3,5	−1,7	−1,2	−2,9	−3,6	−1,9	−2,8	−2,9	−2,7	−2,7
China	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,7	2,0	2,2	1,6	1,3
Indien	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	0,9	−1,2	−2,6	−2,2	−2,2

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2023; BR, IN: IWF-Prognose April 2023.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	in % des BIP											
Belgien	−2,0	−9,0	−5,5	−3,9	−5,0	−4,7	97,6	112,0	109,1	105,1	106,0	107,3
Deutschland	1,5	−4,3	−3,7	−2,6	−2,3	−1,2	59,6	68,7	69,3	66,3	65,2	64,1
Estland	0,1	−5,5	−2,4	−0,9	−3,1	−2,7	8,5	18,5	17,6	18,4	19,5	21,3
Irland	0,5	−5,0	−1,6	1,6	1,7	2,2	57,0	58,4	55,4	44,7	40,4	38,3
Griechenland	0,9	−9,7	−7,1	−2,3	−1,3	−0,6	180,6	206,3	194,6	171,3	160,2	154,4
Spanien	−3,1	−10,1	−6,9	−4,8	−4,1	−3,3	98,2	120,4	118,3	113,2	110,6	109,1
Frankreich	−3,1	−9,0	−6,5	−4,7	−4,7	−4,3	97,4	114,6	112,9	111,6	109,6	109,5
Kroatien	0,2	−7,3	−2,5	0,4	−0,5	−1,3	71,0	87,0	78,4	68,4	63,0	61,8
Italien	−1,5	−9,7	−9,0	−8,0	−4,5	−3,7	134,1	154,9	149,9	144,4	140,4	140,3
Zypern	1,3	−5,8	−2,0	2,1	1,8	2,1	90,8	113,8	101,2	86,5	80,4	72,5
Lettland	−0,6	−4,4	−7,1	−4,4	−3,8	−2,7	36,5	42,0	43,7	40,8	39,7	40,5
Litauen	0,5	−6,5	−1,2	−0,6	−1,7	−1,4	35,8	46,3	43,7	38,4	37,1	36,6
Luxemburg	2,2	−3,4	0,7	0,2	−1,7	−1,5	22,4	24,5	24,5	24,6	25,9	27,0
Malta	0,5	−9,7	−7,8	−5,8	−5,1	−4,5	40,3	52,9	55,1	53,4	54,8	56,1
Niederlande	1,8	−3,7	−2,4	0,0	−2,1	−1,7	48,5	54,7	52,5	51,0	49,3	48,8
Österreich	0,6	−8,0	−5,8	−3,2	−2,4	−1,3	70,6	82,9	82,3	78,4	75,4	72,7
Portugal	0,1	−5,8	−2,9	−0,4	−0,1	−0,1	116,6	134,9	125,4	113,9	106,2	103,1
Slowenien	0,7	−7,7	−4,6	−3,0	−3,7	−2,9	65,4	79,6	74,5	69,9	69,1	66,6
Slowakische Republik	−1,2	−5,4	−5,4	−2,0	−6,1	−4,8	48,0	58,9	61,0	57,8	58,3	58,7
Finnland	−0,9	−5,6	−2,8	−0,9	−2,6	−2,6	64,9	74,7	72,6	73,0	73,9	76,2
Euroraum	−0,6	−7,1	−5,3	−3,6	−3,2	−2,4	85,9	99,1	97,2	93,1	90,8	89,9
Bulgarien	2,1	−3,8	−3,9	−2,8	−4,8	−4,8	20,0	24,5	23,9	22,9	25,0	28,1
Tschechische Republik	0,3	−5,8	−5,1	−3,6	−3,6	−3,0	30,0	37,7	42,0	44,1	42,9	43,1
Dänemark	4,1	0,2	3,6	3,3	2,3	1,3	33,7	42,2	36,7	30,1	30,1	28,8
Ungarn	−2,0	−7,5	−7,1	−6,2	−4,0	−4,4	65,3	79,3	76,6	73,3	70,7	71,1
Polen	−0,7	−6,9	−1,8	−3,7	−5,0	−3,7	45,7	57,2	53,6	49,1	50,5	53,0
Rumänien	−4,3	−9,2	−7,1	−6,2	−4,7	−4,4	35,1	46,9	48,6	47,3	45,6	46,1
Schweden	0,6	−2,8	0,0	0,7	−0,9	−0,5	35,5	39,8	36,5	33,0	31,4	30,7
EU	−0,5	−6,7	−4,8	−3,4	−3,1	−2,4	79,3	91,7	89,5	85,3	83,4	82,6
Türkei	−4,4	−4,7	−1,1	−1,2	−4,9	−4,7	32,6	39,7	41,8	31,7	32,7	35,0
Vereinigtes Königreich	−2,2	−12,8	−8,1	−5,2	−3,2	−2,4	85,5	105,6	105,9	101,0	99,4	99,1
USA	−6,7	−14,9	−12,1	−4,0	−5,0	−5,5	108,5	131,8	127,0	123,4	121,8	122,8
Japan	−3,0	−9,1	−6,2	−8,0	−6,5	−4,4	236,4	258,7	255,4	258,9	255,1	252,3
Schweiz	1,3	−3,1	−0,5	−0,1	0,2	0,7	25,9	27,9	27,9	26,4	25,6	24,3
Russland	3,0	−2,8	2,4	−2,2	−3,1	−2,6	13,7	19,2	16,5	14,7	15,9	17,0
Brasilien	−5,8	−13,3	−4,3	−4,6	−8,8	−8,2	87,9	96,8	90,7	85,9	88,4	91,5
China	−6,1	−9,7	−6,0	−7,5	−6,9	−6,4	60,4	70,1	71,8	77,1	82,4	87,2
Indien	−7,7	−12,9	−9,6	−9,6	−8,9	−8,3	75,0	88,5	84,7	83,1	83,2	83,7

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2023; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2023.*

Prognosen und Konjunktureinschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
Aktuelle Prognose	Juni 2023			März 2023		März 2023		Juni 2023		April 2023		Mai 2023	
	2023	2024	2025	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	0,5	1,7	1,6	0,3	1,8	0,5	1,4	0,2	1,6	0,4	1,1	0,4	1,6
Privater Konsum, real	−0,2	2,3	1,6	1,3	2,0	0,6	1,8	−0,2	2,3	×	×	1,4	2,1
Öffentlicher Konsum, real	−0,3	0,0	0,7	0,2	0,6	−1,3	−0,8	−0,2	0,6	×	×	−0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,4	0,6	1,4	0,0	1,0	−0,7	1,0	0,3	1,1	×	×	0,0	1,1
Exporte, real	2,9	2,7	3,0	2,0	3,3	1,7	3,2	3,2	2,7	5,9	2,1	1,5	2,5
Importe, real	2,7	2,2	2,6	2,1	3,2	1,1	3,2	2,8	2,7	4,6	1,7	2,0	2,3
Arbeitsproduktivität[1]	−0,3	0,7	0,7	−0,1	0,8	−0,5	0,5	1,0	1,0	×	×	−0,2	0,7
BIP Deflator	7,7	4,7	3,7	7,1	4,2	6,4	3,7	7,5	3,5	7,8	2,6	7,2	4,2
VPI	×	×	×	7,1	3,8	7,5	3,5	×	×	×	×	×	×
HVPI	7,4	4,1	2,9	7,3	3,5	7,5	3,5	8,0	3,9	8,2	3,0	7,1	3,8
Lohnstückkosten	7,9	5,9	3,6	8,7	7,2	8,1	5,7	1,3	1,3	×	×	8,5	5,9
Beschäftigte[2]	0,8	1,0	1,0	0,8	1,3	1,0	0,9	1,4	0,6	−0,1	0,3	0,6	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots												
Arbeitslosenquote	5,0	4,8	4,6	4,7	4,5	4,9	4,8	5,0	5,1	5,3	5,6	4,9	5,0
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	1,3	1,9	2,3	1,6	2,1	×	×	1,4	1,3	1,2	0,6	0,8	1,2
Finanzierungssaldo des Staates	−2,6	−1,9	−1,9	−1,8	−0,4	−2,9	−2,3	−3,2	−1,6	−2,7	−1,5	−2,4	−1,3
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	78,0	72,6	70,4	84,0	80,0	82,0	77,0	77,4	75,0	73,1	68,9	85,0	78,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	3,4	3,4	2,9	3,9	4,7	3,6	3,9	3,2	3,4	2,8	3,0	3,3	3,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,08	1,09	1,09	1,09	1,20	1,08	1,08	1,04	1,04	1,06	1,05	1,09	1,10
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	0,9	1,5	1,6	0,7	1,6	0,6	1,5	0,9	1,5	0,8	1,4	1,1	1,6
BIP, real USA	1,0	0,6	1,6	1,0	1,5	1,1	1,3	1,6	1,0	1,6	1,1	1,4	1,0
BIP, real Welt	2,9	2,9	3,1	×	×	2,6	2,9	2,7	2,9	2,8	3,0	2,8	3,1
Welthandel[3]	1,5	3,4	3,3	×	×	1,3	3,7	1,6	3,8	2,4	3,5	1,6	3,1

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.
[3] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

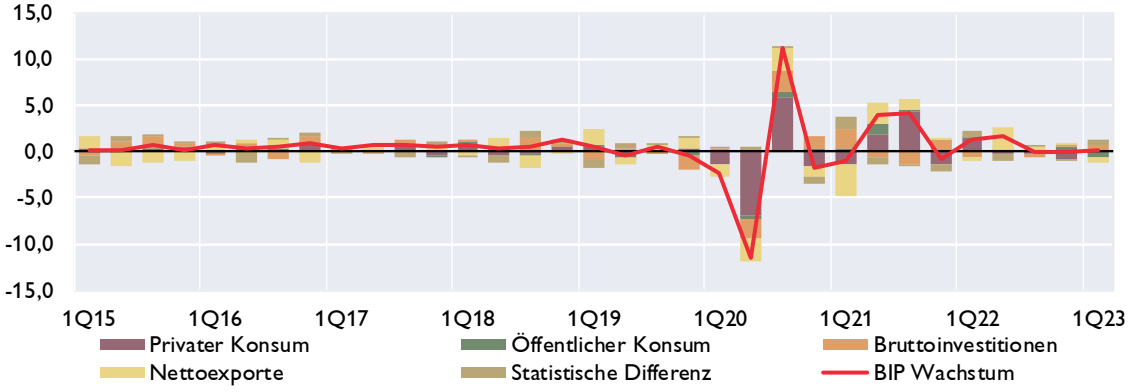
	2021	2022	2022 Q2	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2023 Q2	2023 Feb.	2023 März	2023 April	2023 Mai
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,8	8,6	7,9	9,9	11,1	10,6	..	11,0	9,2	9,4	8,8
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,1	5,7	5,0	6,3	7,9	9,0	..	9,2	8,8	9,0	8,6
Nationaler VPI	2,8	8,5	7,9	9,8	10,6	10,4	..	10,9	9,2	9,6	9,0
Deflator des privaten Konsums	2,3	7,3	6,6	8,5	9,5	11,4	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,9	4,9	4,4	5,1	6,4	7,7	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	7,9	19,3	21,1	21,4	15,7	11,2	..	11,7	7,7	4,6	..
Großhandelspreisindex	10,4	21,0	25,9	21,6	17,3	7,4	..	10,2	−0,4	−1,9	−4,7
Tariflohnindex	1,7	3,1	2,9	3,2	3,4	6,6	..	6,7	6,6	7,0	7,8
BIP je Erwerbstätigen	4,1	6,7	7,3	5,3	6,8	8,1	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,3	2,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	−5,4	5,0	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	4,7	4,9	1,7	0,0	−0,1	0,1	..	×	×	×	×
Privater Konsum	3,4	4,9	−0,5	−0,6	−1,5	0,4	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	7,9	3,6	0,8	0,2	3,0	−2,7	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	8,8	0,4	−1,7	−0,4	3,8	−1,5	..	×	×	×	×
Exporte	10,2	13,0	4,3	1,5	0,3	0,9	..	×	×	×	×
Importe	13,5	7,8	0,2	0,9	−0,1	1,9	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	4,6	4,9	6,5	2,1	2,4	1,9	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	4,7	3,1	3,2	−0,1	2,0	−1,1	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−1,8	3,0	3,2	2,3	3,0	3,1	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	1,7	−1,1	0,1	−0,1	−2,6	−0,0	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	16,1	17,2	19,4	16,7	13,2	8,6	..	3,6	13,2	..	..
Importe	23,6	19,8	19,1	20,7	14,4	5,3	..	6,0	−0,1	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	2,1	6,4	0,3	1,6	2,3	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	2,1	7,2	0,2	1,4	1,7	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	1,4	3,1	−1,6	1,1	2,4	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	0,4	0,7	−1,5	0,9	2,0	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	111,9	96,6	101,1	90,2	86,4	91,6	..	94,4	88,7	90,0	85,1
Industrievertrauen (%-Saldo)	10,3	2,3	6,7	−1,4	−7,5	−4,5	..	−1,8	−6,5	−7,5	−14,1
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	10,2	7,4	9,6	6,4	3,3	1,6	..	3,9	0,6	1,3	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	87,1	87,7	88,9	87,9	85,6	87,1	86,4	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	19,0	9,1	10,1	5,3	1,6	−0,4	..	−2,2	−0,4	−3,4	−5,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	10,2	14,8	6,9	2,7	9,0	..	12,7	4,3	8,2	7,0
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−4,9	−24,5	−23,9	−32,0	−29,6	−24,2	..	−24,1	−24,0	−24,1	−24,5
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−4,8	−11,0	−5,1	−17,3	−15,1	−17,5	..	−13,0	−25,4	−12,9	−34,6
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	2,8	−0,6	−1,4	−1,3	−1,2	−2,7	..	−3,0	−2,3	−7,3	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	2,4	2,9	2,7	1,8	1,9	1,6	..	1,6	1,4	1,3	1,2
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−19,0	−20,7	−24,9	−13,9	−8,8	−3,0	..	−2,8	−0,9	1,5	4,3
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,0	6,3	5,8	5,7	6,5	6,9	..	7,0	6,2	6,2	5,9
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,2	4,8	4,4	5,0	5,0	..	..	4,9	4,5	5,1	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,9	3,1	4,2	5,5	5,0	3,2	..	3,1	3,2	2,4	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	3,2	3,2	2,9	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	9,4	1,7	6,9	4,9	1,7	1,4	..	1,3	1,4	1,5	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,5	0,3	−0,4	0,5	1,8	2,6	..	2,6	2,9	3,2	3,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	−0,1	1,7	1,6	1,9	2,8	3,0	..	3,0	3,1	3,0	3,0
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 436	3 196	3 190	2 921	3 034	..	..	3 450	3 289	3 238	3 154,3
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−5,2	−3,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−5,8	−3,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	82,3	78,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

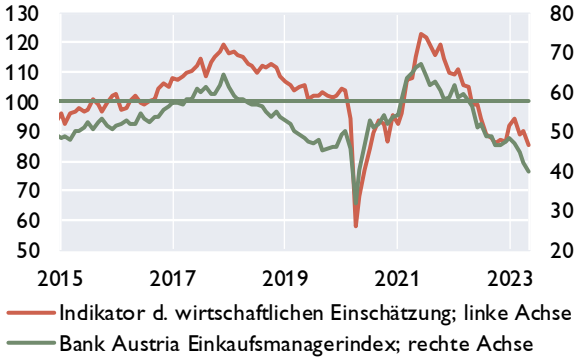
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



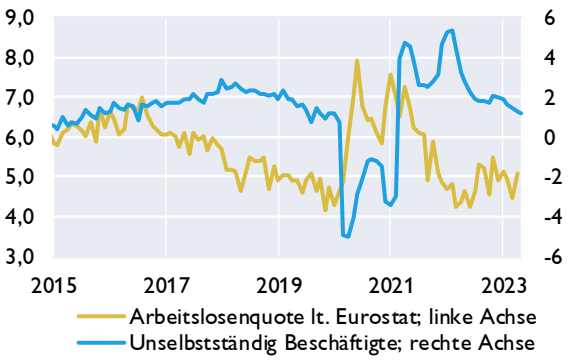
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	11,3	1,4	3,1	0,9	1,3	−1,6	1,1	2,4
Güter	3,4	−0,3	−0,6	−1,2	−1,3	0,1	1,0	−0,5
Dienstleistungen	8,0	2,4	7,1	1,2	3,4	0,2	0,6	2,8
Primäreinkommen	3,4	1,8	−1,1	1,3	−0,3	−1,2	−0,3	0,7
Sekundäreinkommen	−3,5	−2,5	−2,2	−0,3	−0,6	−0,8	−0,3	−0,6
Vermögensübertragungen	−0,4	0,1	0,6	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3
Kapitalbilanz	4,5	−4,0	−8,5	−5,4	5,2	−6,0	0,2	−8,1
Direktinvestitionen	10,7	7,3	−1,0	1,0	2,2	−4,3	−0,5	1,6
Portfolioinvestitionen	−13,3	9,9	−2,8	11,2	−2,3	−1,0	−1,8	2,3
Finanzderivate	1,1	0,6	1,1	0,0	0,0	−0,6	0,1	1,6
Sonstige Investiitionen	4,4	−26,0	−6,4	−17,7	4,5	−0,1	2,3	−13,2
Währungsreserven[3]	1,5	4,2	0,6	0,1	0,8	0,0	0,1	−0,4
Statistische Differenz	−6,4	−5,6	−12,2	−6,4	3,8	−4,4	−0,9	−10,8
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	0,4	0,7	0,9	1,2	−1,5	0,9	2,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten, 2022 provisorische Daten.*

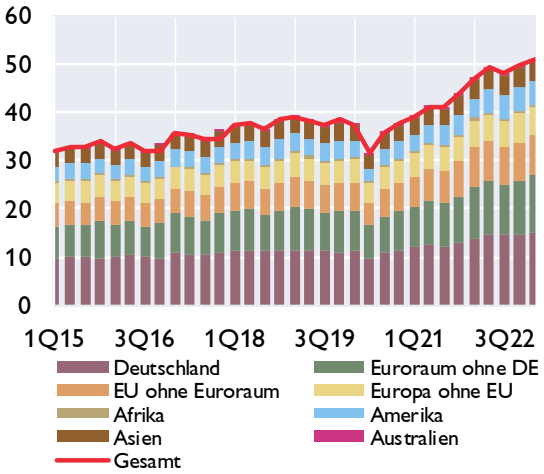
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2020	142 566	144 421	−1 855	−7,1	−8,5
2021	165 586	178 446	−12 860	16,1	23,6
2022	194 126	213 717	−19 591	17,2	19,8
Jän.-März 22	47 087	51 531	−4 445	20,1	25,9
Jän.-März 23	51 116	54 278	−3 162	8,6	5,3
Okt. 22	16 683	18 826	−2 143	16,8	19,4
Nov. 22	18 075	19 948	−1 874	14,4	19,2
Dez. 22	14 982	16 340	−1 358	8,1	4,1
Jän. 23	15 489	17 617	−2 128	8,0	11,3
Feb. 23	15 668	17 145	−1 477	3,6	6,0
März 23	19 959	19 516	443	13,2	−0,1

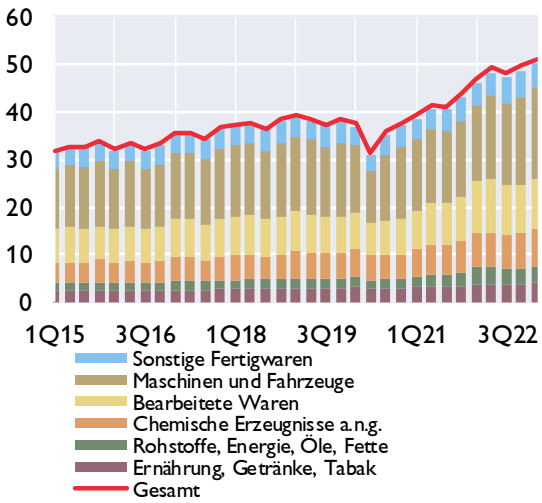
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

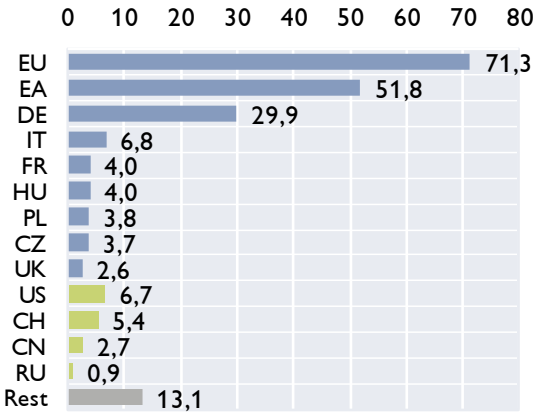
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2022

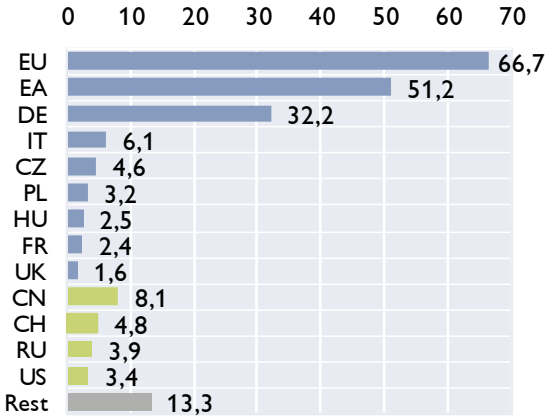
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



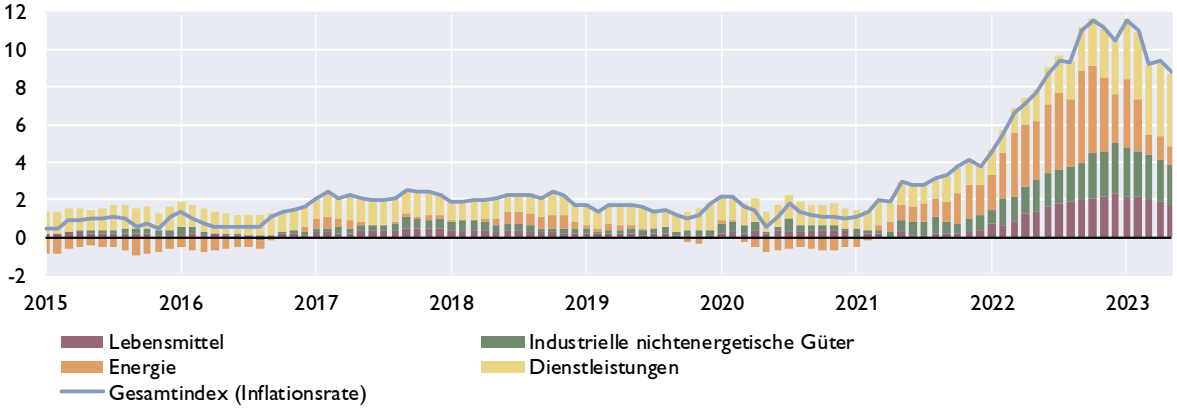
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2023	2021	2022	Jän.23	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,8	8,6	11,6	11,0	9,2	9,4	8,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,1	0,7	10,7	17,0	16,2	14,5	13,2	12,2
Alkoholische Getränke und Tabak	3,5	2,3	3,6	4,5	7,0	7,5	8,0	6,8
Bekleidung und Schuhe	6,2	1,0	1,9	6,1	5,7	6,9	5,3	6,1
Wohnung, Wasser, Energie	15,0	3,2	14,5	22,7	18,4	15,0	16,0	16,9
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,9	7,4	12,0	11,0	9,7	9,9	8,6
Gesundheitspflege	5,2	1,6	2,6	4,7	4,8	4,9	5,9	5,2
Verkehr	13,1	5,9	16,4	11,4	11,1	3,9	2,9	0,3
Nachrichtenübermittlung	2,0	−2,6	−0,3	−3,8	−4,0	−4,4	−2,7	−2,4
Freizeit und Kultur	10,6	2,9	3,7	5,8	6,2	6,2	7,5	7,0
Bildungswesen	1,2	2,0	2,8	3,9	4,7	4,9	5,8	5,8
Hotels, Cafes und Restaurants	15,8	3,8	9,0	12,0	13,0	12,8	13,7	13,1
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,9	1,2	3,3	7,1	7,6	7,5	8,1	8,4

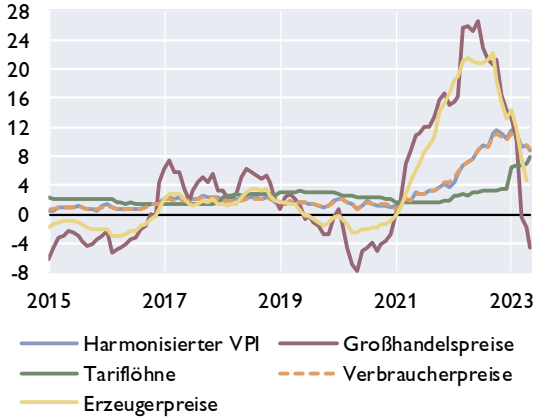
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Arbeitsproduktivität[1]	0,2	−4,6	2,1	1,7
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,9	2,2	2,5	4,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	−1,1	1,7	0,2	−1,7
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,4	7,1	0,3	2,6
Sachgütererzeugung	3,2	4,5	−5,4	5,0

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2020	2021	2022	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23
Gesamt	**97 876**	**79 563**	**136 912**	**35 767**	**26 792**	**50 331**	**24 023**	**45 422**
Inländer	31 596	29 599	38 881	7 796	9 575	14 130	7 380	8 998
Ausländer	66 280	49 964	98 031	27 971	17 216	36 201	16 643	36 425
darunter								
Deutschland	38 508	32 084	53 402	13 864	10 564	20 632	8 342	17 305
Osteuropa	7 679	5 235	11 259	3 652	1 829	3 370	2 408	4 971
Niederlande	7 416	4 334	9 986	4 682	777	3 496	1 032	5 645
Schweiz	3 143	1 992	3 748	755	742	1 360	891	1 202
Vereinigtes Königreich	1 477	310	2 549	983	457	585	525	1 475
Italien	996	1 011	2 192	179	315	1 157	541	429
Belgien	1 737	1 211	2 835	1 099	461	1 015	260	1 166
Frankreich	791	587	1 379	318	231	572	258	414
Dänemark	1 058	385	1 470	815	107	400	149	976
USA	326	375	1 580	159	385	603	434	328
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**−35,9**	**−18,7**	**72,1**	**1222,5**	**135,2**	**4,7**	**38,1**	**27,0**
Inländer	−20,9	−6,3	31,4	299,4	61,5	−10,5	24,4	15,4
Ausländer	−41,2	−24,6	96,2	3616,0	215,1	12,2	45,1	30,2

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
Deutschland	6 031	4 714	8 847	1 141	2 532	1 581	3 068	1 666
Niederlande	1 002	505	1 375	123	717	89	403	166
Schweiz	1 029	546	1 254	152	254	241	428	331
Italien	350	304	741	63	80	76	325	260
CESEE[1]	1 983	1 462	3 028	411	793	577	902	756
Restl. Europa	1 299	543	2 014	179	834	275	536	369
Rest der Welt	430	309	952	94	123	173	377	279
Gesamt	**12 124**	**8 383**	**18 211**	**2 163**	**5 333**	**3 012**	**6 039**	**3 827**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
Deutschland	1 079	1 297	2 123	473	481	421	679	542
Italien	539	1 545	2 147	197	152	760	981	254
Kroatien	173	618	1 174	38	58	307	727	82
Europäische Mittelmeerländer[2]	339	936	1 688	205	147	549	722	270
Restl. Europa	1 341	1 621	2 963	421	424	606	1 195	738
Rest der Welt	454	237	931	147	256	125	293	257
Gesamt	**3 925**	**6 254**	**11 026**	**1 481**	**1 518**	**2 768**	**4 597**	**2 143**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

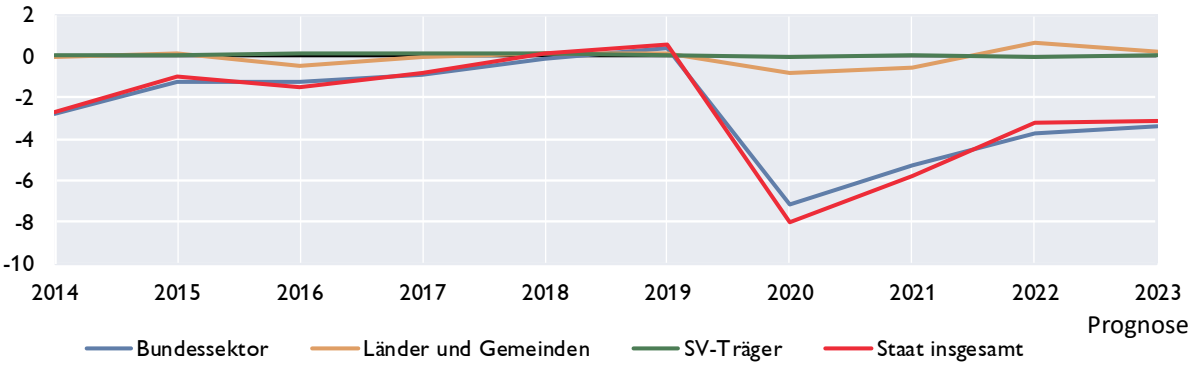
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2019	1,6	0,4	0,2	2,3	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−27,3	−3,1	0,0	−30,4	−7,2	−0,8	0,0	−8,0
2021	−21,2	−2,3	0,1	−23,5	−5,2	−0,6	0,0	−5,8
2022	−16,8	2,8	−0,3	−14,3	−3,8	0,6	−0,1	−3,2
2023[1)]	−16,4	0,9	0,1	−15,4	−3,4	0,2	0,0	−3,2

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

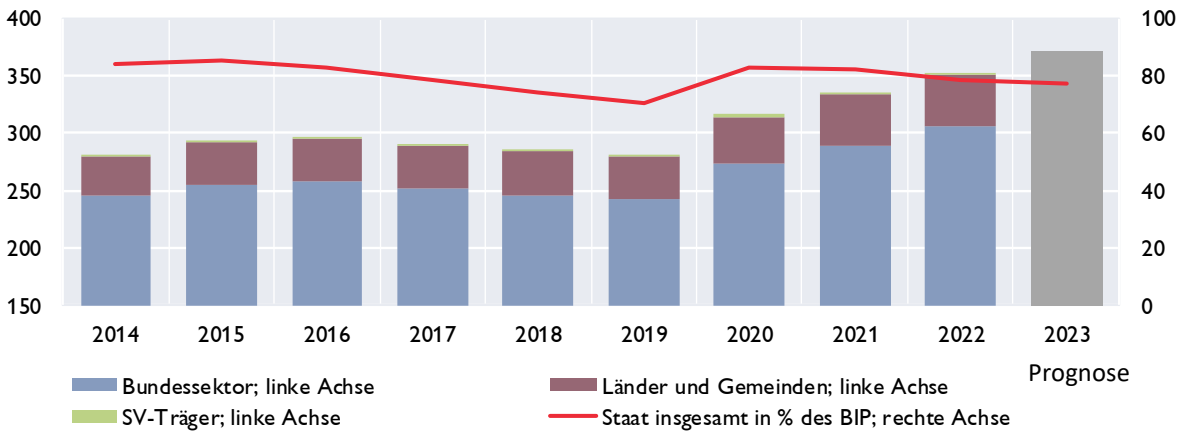


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2019	241,9	37,6	1,0	280,5	60,9	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	71,7	10,7	0,5	82,9
2021	288,7	44,3	1,2	334,3	71,1	10,9	0,3	82,3
2022	306,2	43,7	0,9	350,8	68,4	9,8	0,2	78,4
2023[1)]	.	.	.	369,9	.	.	.	77,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) BMF-Prognose (Österr. Stabilitätsprogramm).
Quelle: Statistik Austria, BMF (April 2023).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis April		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
Allgemeine Gebarung	2022	2023	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	33 160	34 802	113 703	115 197	1,3
Einzahlungen	25 201	26 092	92 941	98 088	5,5
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−7 959	−8 710	−20 763	−17 109	17,6

Abgaben des Bundes

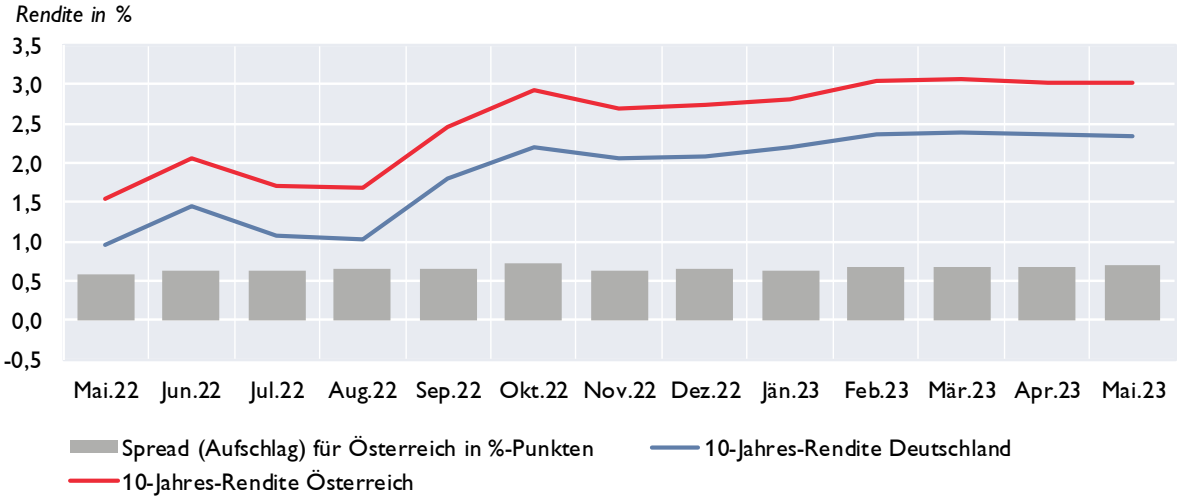
	Jänner bis April		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
	2022	2023	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	14 575	13 519	55 470	55 749	0,5
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*455*	*−143*	*5 867*	*3 500*	*−40,3*
Körperschaftsteuer	*2 785*	*2 342*	*13 625*	*13 500*	*−0,9*
Lohnsteuer	*9 903*	*10 242*	*31 421*	*33 500*	*6,6*
Kapitalertragsteuern	*1 345*	*987*	*4 336*	*5 050*	*16,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	15 763	16 616	49 579	51 679	4,2
davon: Umsatzsteuer	*11 001*	*12 549*	*35 397*	*37 000*	*4,5*
Öffentliche Abgaben brutto	31 064	31 329	105 167	109 100	3,7
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	14 141	13 499	39 534	39 491	−0,1
Überweisungen an die Europäische Union	1 190	898	3 406	3 600	5,7
Öffentliche Abgaben netto[3]	15 732	16 932	62 228	65 919	5,9

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

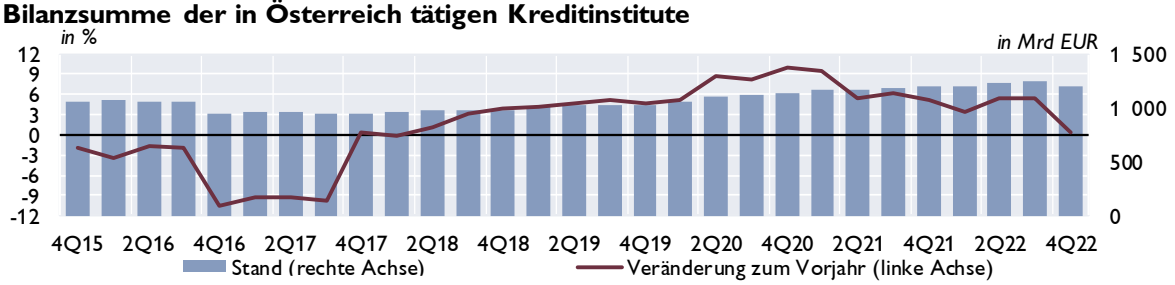
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	4. Quartal 2021	4. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	186 146	161 131	−25 015	−13,4
Darlehen und Kredite	787 015	814 095	27 080	3,4
Schuldverschreibungen	137 988	146 062	8 074	5,9
Eigenkapitalinstrumente	8 709	8 875	166	1,9
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	18 258	22 898	4 640	25,4
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	22 840	23 032	192	0,8
Materielle Vermögenswerte	23 669	10 952	−12 717	−53,7
Immaterielle Vermögenswerte	3 165	3 063	−102	−3,2
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	8 803	9 575	772	8,8
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 196 594	1 199 683	3 089	0,3
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	96 059	62 977	−33 082	−34,4
Einlagen von Kreditinstituten	106 308	106 199	−109	−0,1
Einlagen von Nichtbanken	686 238	709 312	23 074	3,4
Begebene Schuldverschreibungen	152 233	162 558	10 325	6,8
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	12 545	20 702	8 157	65,0
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1 035	676	−359	−34,7
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	11 571	115	−11 456	−99,0
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	15 385	17 575	2 190	14,2
Rückstellungen	13 773	11 599	−2 174	−15,8
Eigenkapital und Minderheitenanteile	101 447	107 970	6 523	6,4
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−8 602*	*−9 232*	*−630*	*R*
**hievon: Minderheitenanteile*	*7 137*	*7 556*	*419*	*5,9*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 196 594	1 199 683	3 089	0,3

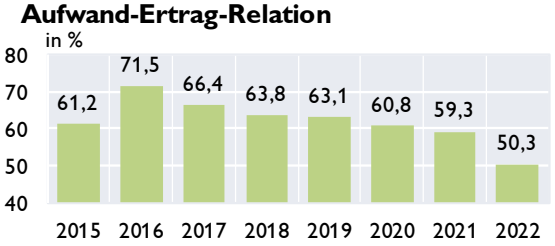
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

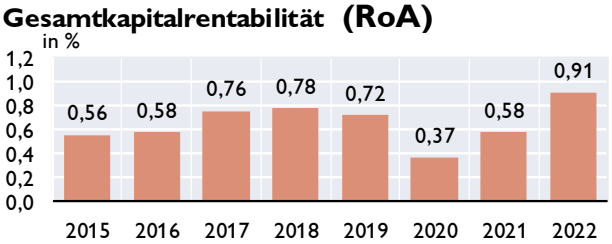
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

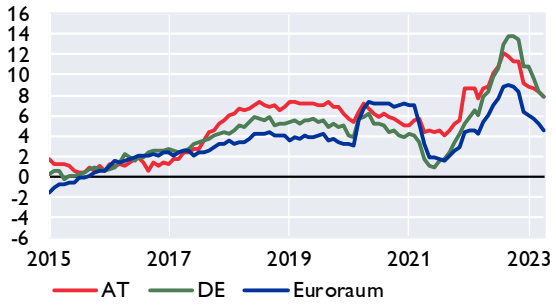
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2020	174,5	6 139	3,6	3,1	169,8	4 697	5,0	7,1
2021	184,2	6 380	5,2	4,2	184,5	4 852	8,6	4,3
2022	190,9	6 640	3,5	3,8	201,4	5 118	9,2	6,3
Jul.22	189,9	6 584	5,4	4,5	195,7	5 083	10,9	7,6
Aug.22	190,5	6 597	5,2	4,5	198,4	5 128	12,1	8,8
Sep.22	191,0	6 618	4,7	4,4	199,3	5 151	11,7	8,9
Okt.22	190,5	6 629	4,4	4,2	200,1	5 181	11,3	8,9
Nov.22	190,8	6 645	4,0	4,1	201,7	5 172	11,3	8,3
Dez.22	190,9	6 640	3,5	3,8	201,4	5 118	9,2	6,3
Jän.23	189,6	6 647	2,9	3,6	201,8	5 134	8,9	6,1
Feb.23	189,1	6 645	2,4	3,2	203,2	5 135	8,7	5,7
Mär.23	188,9	6 654	1,6	2,9	203,9	5 135	8,3	5,2
Apr.23	188,3	6 651	1,2	2,5	204,3	5 133	7,9	4,6

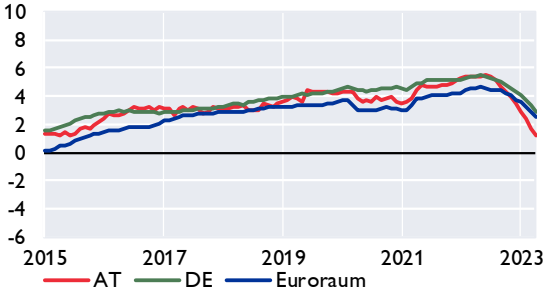
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



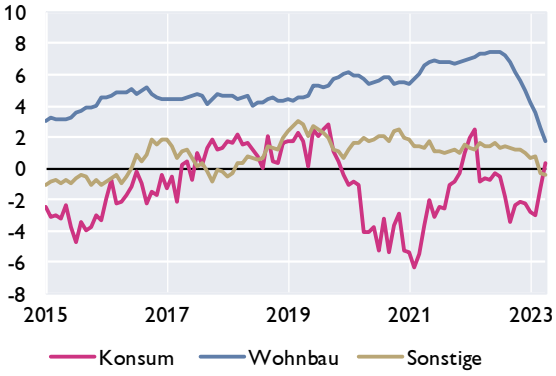
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



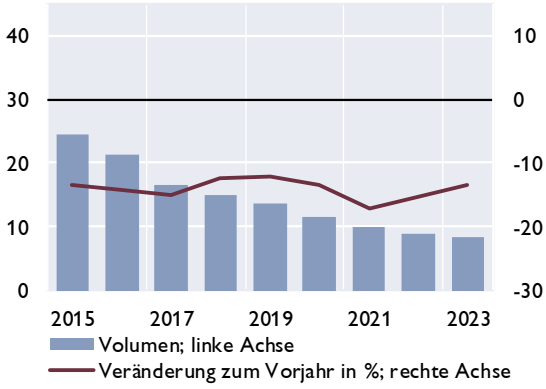
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

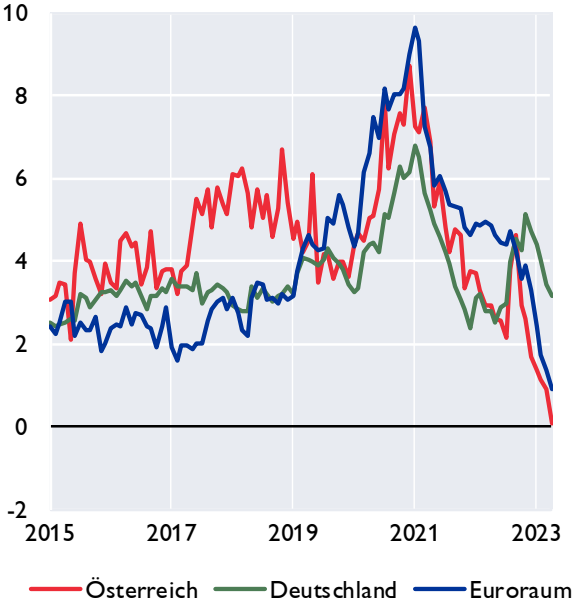


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

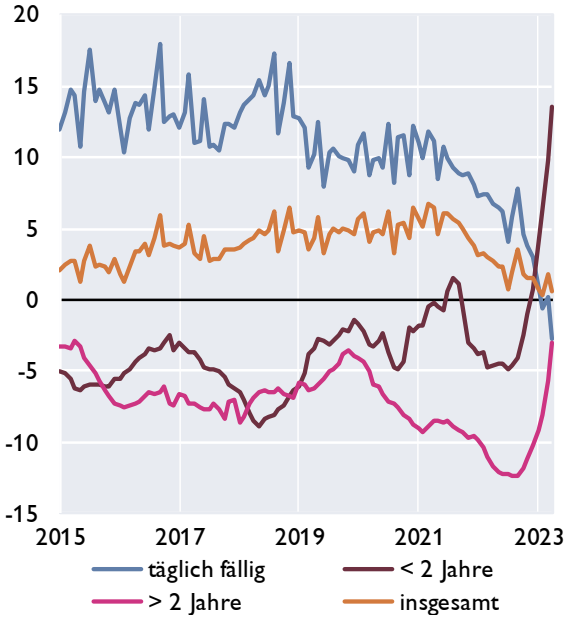
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



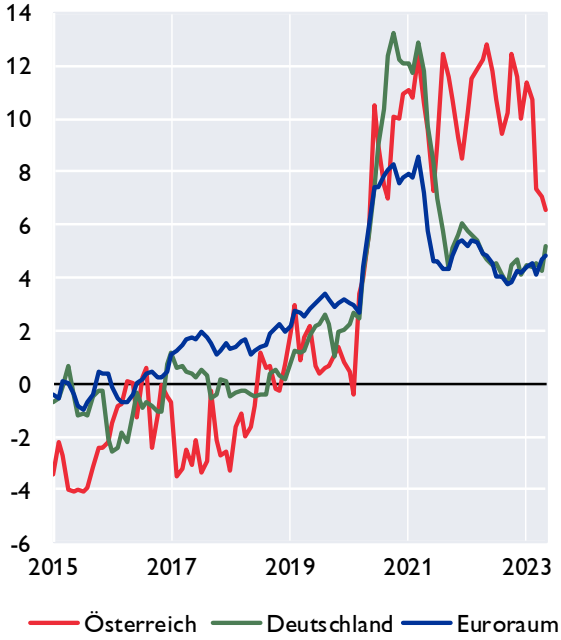
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



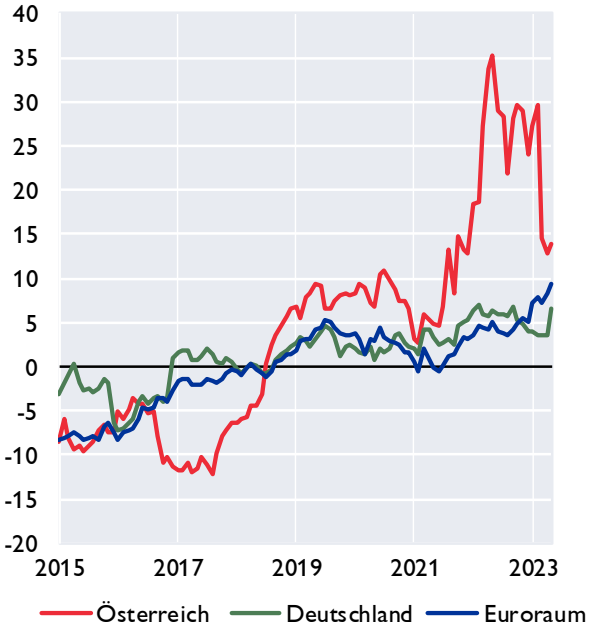
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

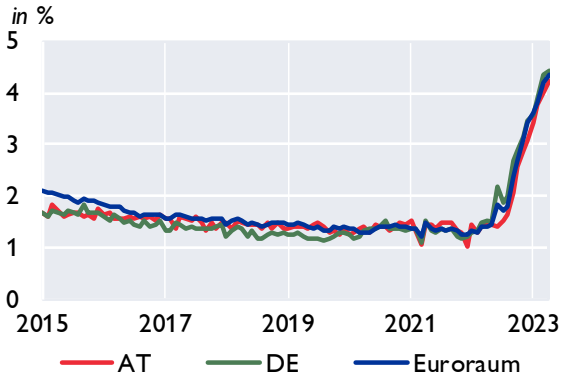


Quelle: OeNB, EZB

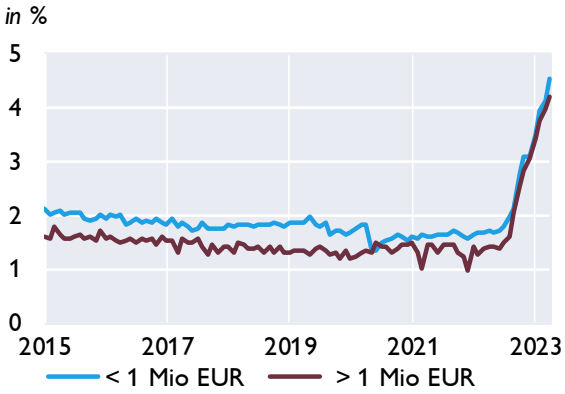
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

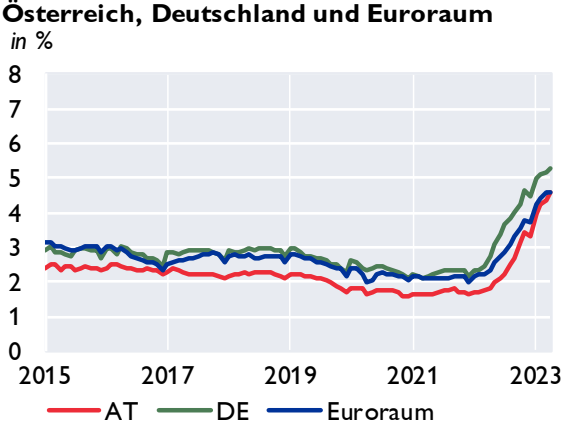


Nach Kredithöhe in Österreich

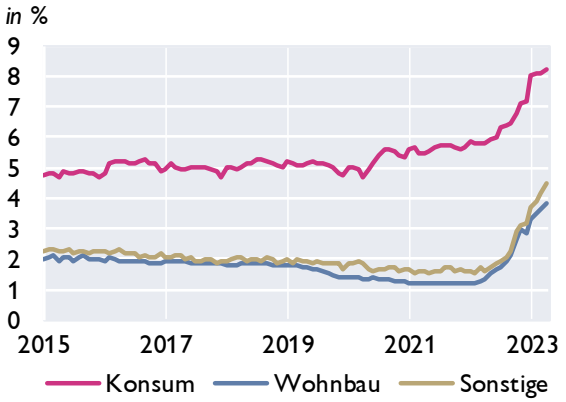


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

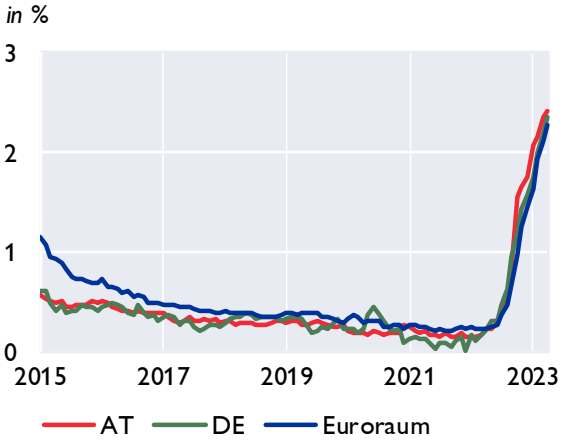


Nach Verwendungszweck in Österreich

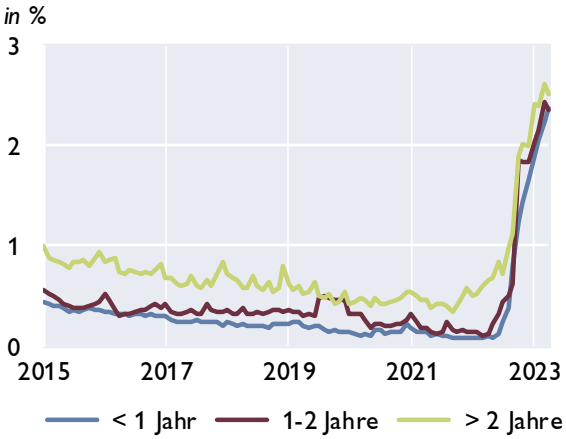


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	4. Quartal 2021 in Mio EUR	4. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	15 659	19 299	3 640	23,2
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*21 944*	*31 029*	*9 085*	*41,4*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*6 285*	*11 729*	*5 444*	*86,6*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2]	0	0	-	-
Dividendenerträge	651	568	−83	−12,7
Provisionsergebnis, netto	8 042	10 097	2 055	25,6
**hievon: Provisionserträge*	*10 525*	*12 650*	*2 125*	*20,2*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*2 483*	*2 552*	*69*	*2,8*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	82	13	−69	−84,1
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	−6	−2	4	A
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−632	−983	−351	R
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2]	78	−371	−449	R
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	1 115	2 115	1 000	89,7
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	30	73	43	143,3
Sonstige betriebliche Erträge	3 870	3 746	−124	−3,2
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	3 082	2 950	−132	−4,3
Betriebserträge, netto	**25 805**	**31 605**	**5 800**	**22,5**
(Verwaltungsaufwendungen)	13 881	14 482	601	4,3
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*8 724*	*8 873*	*149*	*1,7*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*5 157*	*5 610*	*453*	*8,8*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	803	816	13	1,6
(Abschreibungen)	1 415	1 405	−10	−0,7
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	167	129	−38	−22,8
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	517	1 904	1 387	268,3
Betriebsergebnis	**9 022**	**12 869**	**3 847**	**42,6**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	12	6	−6	−50,0
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	129	26	−103	−79,8
(Sonstige Rückstellungen)	322	489	167	51,9
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	981	2 112	1 131	115,3
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−20	33	53	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	116	0	−116	−100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1 329	2 140	811	61,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2]	−8	−10	−2	R
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2]	−48	−80	−32	R
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**8 986**	**12 252**	**3 266**	**36,3**
(Ertragssteuern)	1 663	2 069	406	24,4
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**7 323**	**10 183**	**2 860**	**39,1**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	−7	209	216	A
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2]	−589	451	1 040	A
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	642	688	46	7,2
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**6 085**	**10 156**	**4 071**	**66,9**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

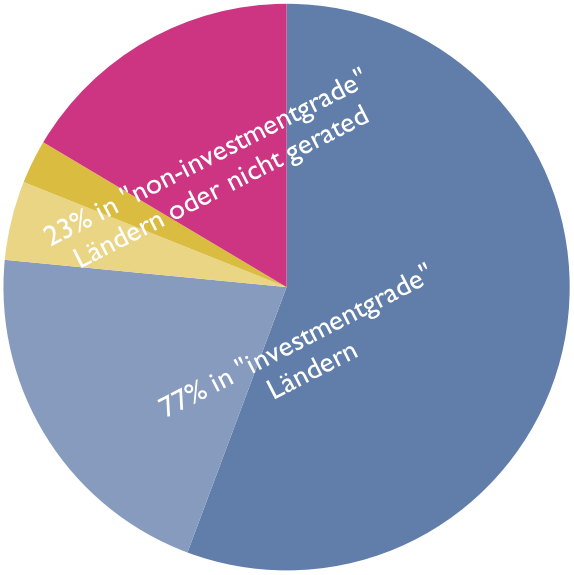
Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Seite 34

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2019	2020	2021	2022Q1	2022Q2	2022Q3	2022Q4
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	77 843	78 868	93 192	102 648	101 831	103 017	98 762
Slowakei	35 985	40 627	46 542	45 739	47 263	48 643	49 013
Rumänien	27 531	30 367	32 721	32 469	33 727	34 239	36 903
Ungarn	18 590	21 240	25 404	27 107	25 676	24 617	26 447
Kroatien	17 811	19 202	20 446	20 779	21 845	22 405	24 160
Republik Serbien	5 344	5 387	9 117	7 971	10 501	9 904	11 396
Polen	8 460	8 446	7 858	8 088	7 971	8 211	8 123
Slowenien	6 155	7 227	6 238	6 285	6 298	6 308	6 525
Bosnien Herzgowina	3 800	3 990	4 156	4 075	4 053	4 103	4 198
Mazedonien	1 107	1 237	1 327	1 341	1 354	1 423	1 559
Republik Montenegro	954	964	946	945	962	1 003	1 031
Bulgarien	4 624	4 931	5 622	5 568	722	528	584
Türkei	253	318	331	406	376	346	430
Lettland	642	616	385	420	412	423	356
Litauen	148	317	365	436	360	372	345
Aserbeidschan	37	46	100	69	69	57	73
Estland	213	149	83	78	77	67	60
Andere	23 778	19 636	24 069	23 541	30 844	31 118	23 196
Gesamt	233 275	243 569	278 902	287 965	294 341	296 783	293 160

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Seite 35

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2022	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	22 309	*22 309*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	6 891
Bargeld	2 602	4 423	*4 374*	*0*	*49*	*1*	*0*	27 889	0	9 803
Täglich fällige Einlagen	76 136	169 097	*149 687*	*7 881*	*8 311*	*2 805*	*413*	209 581	6 927	119 946
Sonstige Einlagen	28 001	235 093	*214 935*	*763*	*18 510*	*660*	*224*	90 012	1 359	50 952
Kurzfristige Kredite	36 003	69 513	*59 809*	*552*	*7 293*	*1 857*	*2*	2 365	0	33 750
Langfristige Kredite	138 731	508 243	*473 235*	*244*	*28 816*	*5 909*	*38*	425	0	97 779
Handelskredite	47 790	38	*37*	*0*	*0*	*0*	*0*	19	15	26 535
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	20	7 410	*6 824*	*577*	*7*	*1*	*0*	440	1	27 018
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 348	323 365	*205 354*	*75 259*	*3 108*	*38 967*	*677*	20 258	835	290 157
Börsennotierte Aktien	40 759	62 806	*4 839*	*40 677*	*16 000*	*1 291*	*0*	37 158	1 088	48 816
Nicht börsennotierte Aktien	48 124	72 026	*24 887*	*107*	*36 926*	*10 057*	*50*	4 558	63	18 396
Investmentzertifikate	17 763	157 425	*13 197*	*64 178*	*23 025*	*33 553*	*23 472*	80 768	3 129	28 273
Sonstige Anteilsrechte	190 913	110 774	*39 617*	*3 122*	*61 736*	*6 275*	*24*	171 028	2 550	145 566
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	63 434	x	1 536
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2 959	3 126	*0*	*0*	*0*	*3 126*	*0*	3 766	0	1 205
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	47 211	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	16 719	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	12 218	38 018	*28 308*	*224*	*7 807*	*1 622*	*57*	12 703	217	20 886
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	646 367	1 783 666	*1 247 414*	*193 585*	*211 586*	*106 123*	*24 958*	788 335	16 184	927 509
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	119	*119*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	1 863	-10 137	*-10 138*	*0*	*1*	*0*	*0*	1 647	0	5 735
Täglich fällige Einlagen	-5 615	-24 298	*-21 724*	*-81*	*-1 948*	*-178*	*-367*	6 152	138	19 177
Sonstige Einlagen	9 040	-9 585	*-15 140*	*35*	*5 395*	*86*	*40*	-1 165	299	6 352
Kurzfristige Kredite	445	3 884	*2 220*	*171*	*1 235*	*261*	*-3*	-580	0	-376
Langfristige Kredite	9 831	22 749	*22 716*	*30*	*-225*	*216*	*13*	125	-12	2 624
Handelskredite	-8 138	8	*7*	*0*	*0*	*0*	*0*	-13	4	-1 185
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-25	-3 380	*-3 686*	*308*	*7*	*-9*	*0*	-24	1	2 594
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	122	20 796	*20 276*	*161*	*129*	*127*	*103*	2 433	29	16 192
Börsennotierte Aktien	6 483	747	*220*	*662*	*-114*	*-20*	*0*	1 976	-1	66
Nicht börsennotierte Aktien	-813	-1 753	*-566*	*-29*	*-1 037*	*-154*	*33*	43	-1	290
Investmentzertifikate	-768	-1 590	*-327*	*-2 135*	*13*	*689*	*169*	5 294	135	502
Sonstige Anteilsrechte	-6 726	839	*279*	*418*	*-158*	*300*	*0*	723	5	-6 109
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 332	x	-138
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-361	-380	*0*	*0*	*0*	*-380*	*0*	-460	0	123
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	228	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 323	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 608	-4 773	*-5 629*	*200*	*603*	*99*	*-46*	-531	-26	-7 380
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	3 728	-6 754	*-11 374*	*-261*	*3 902*	*1 037*	*-58*	15 840	571	38 467
Nettogeldvermögen	-317 713	7 677	*38 030*	*-8 746*	*-36 077*	*13 802*	*667*	569 178	13 707	-65 332
Finanzierungssaldo	-6 584	2 582	*1 567*	*-2 773*	*1 286*	*2 712*	*-210*	9 606	610	8 506

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2022	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	6 891	*6 891*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	22 309
Bargeld	x	44 180	*44 180*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	610
Täglich fällige Einlagen	x	584 137	*584 137*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	21 348
Sonstige Einlagen	x	305 888	*305 888*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	107 636
Kurzfristige Kredite	47 508	23 718	*0*	*357*	*22 474*	*888*	*0*	7 649	305	62 301
Langfristige Kredite	342 568	39 621	*0*	*300*	*37 056*	*2 258*	*6*	208 023	1 879	146 864
Handelskredite	39 193	134	*3*	*0*	*130*	*0*	*0*	115	4	31 622
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	446	7 148	*7 148*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	6 927
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	35 508	158 862	*140 611*	*0*	*13 079*	*5 171*	*0*	x	x	178 616
Börsennotierte Aktien	97 394	33 366	*24 201*	*x*	*4 110*	*5 055*	*x*	x	x	83 060
Nicht börsennotierte Aktien	45 909	45 727	*39 143*	*174*	*195*	*6 214*	*0*	x	x	64 210
Investmentzertifikate	x	201 387	*0*	*201 387*	*0*	*0*	*x*	x	x	98 215
Sonstige Anteilsrechte	321 683	171 404	*19 522*	*88*	*151 727*	*67*	*0*	x	13	139 342
Lebensversicherungsansprüche	x	59 832	*x*	*x*	*0*	*59 832*	*x*	x	x	5 138
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 032	*x*	*x*	*0*	*9 032*	*x*	x	x	2 023
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 781	33 323	*6 457*	*x*	*0*	*2 582*	*24 284*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16 719	*0*	*0*	*16 719*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	20 089	34 620	*31 202*	*25*	*2 171*	*1 222*	*0*	3 370	277	22 619
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	964 079	1 775 990	*1 209 384*	*202 331*	*247 662*	*92 322*	*24 291*	219 157	2 477	992 841
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	119
Bargeld	x	875	*875*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-1 759
Täglich fällige Einlagen	x	-13 415	*-13 415*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 055
Sonstige Einlagen	x	-12 920	*-12 920*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	20 041
Kurzfristige Kredite	3 775	23	*0*	*61*	*-84*	*47*	*-1*	-539	24	3 048
Langfristige Kredite	23 099	3 193	*0*	*123*	*2 829*	*242*	*-1*	6 809	-60	2 137
Handelskredite	-7 118	48	*1*	*0*	*48*	*0*	*0*	-5	1	-2 881
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-37	539	*539*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	-3 474
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-4 015	16 493	*16 230*	*x*	*-151*	*414*	*0*	x	x	14 412
Börsennotierte Aktien	178	-221	*117*	*x*	*-338*	*0*	*0*	x	x	9 303
Nicht börsennotierte Aktien	502	253	*800*	*x*	*-398*	*-154*	*0*	x	x	-2 986
Investmentzertifikate	x	2 125	*0*	*2 125*	*0*	*0*	*0*	x	x	1 605
Sonstige Anteilsrechte	-3 912	-1 081	*31*	*-6*	*-1 073*	*-34*	*0*	x	1	-6 226
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 506	*0*	*x*	*0*	*-1 506*	*0*	x	x	36
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-693	*0*	*x*	*0*	*-693*	*0*	x	x	-385
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-3	243	*89*	*x*	*0*	*0*	*155*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 323	*0*	*0*	*1 323*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-2 156	-4 615	*-5 288*	*205*	*460*	*8*	*0*	-31	-5	-5 083
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	10 313	-9 335	*-12 941*	*2 513*	*2 616*	*-1 675*	*153*	6 234	-39	29 962
Nettogeldvermögen	-317 713	7 677	*38 030*	*-8 746*	*-36 077*	*13 802*	*667*	569 178	13 707	-65 332
Finanzierungssaldo	-6 584	2 582	*1 567*	*-2 773*	*1 286*	*2 712*	*-210*	9 606	610	8 506

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*